

1. Die Zukunft des Kapitalismus im Zentrum des ideologischen Kampfes der Gegenwart

Die Verwandlung des Sozialismus aus einer Utopie in eine Wissenschaft erfolgte durch eine wissenschaftliche Theorie, die die Vergangenheit und Gegenwart richtig zu erklären, daher auch die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung wissenschaftlich vorausszusehen und von dieser Voraussicht ausgehend – zum Unterschied von allen bisherigen sozialistischen Bestrebungen und Bewegungen – ein erfolgreiches Handeln der revolutionären Arbeiterbewegung zu gewährleisten vermochte und vermag. Die Verbindung der revolutionären wissenschaftlichen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung mit der Arbeiterbewegung macht diese unüberwindlich, da sie sie mit einer zielorientierten Handlungskonzeption ausrüstet und ihr die Gewißheit ihres schließlichen Sieges und des unvermeidlichen Untergangs des Kapitalismus vermittelt. Die Verbindung der revolutionären Theorie mit der Arbeiterbewegung stellt daher das Unterpfand ihres Sieges im Weltmaßstab dar.

Bereits das „Manifest der Kommunistischen Partei“, von dem diese Verbindung ihren Ausgang nahm, demonstriert in anschaulicher Weise die Einheit von wissenschaftlicher Voraussicht der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung und jener politischen Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung, die diese ideell vorweggenommene Entwicklung durch ihr gesellschaftliches Handeln herbeiführt. Hier – wie auch später in anderen Schriften – führen Marx und Engels erstmalig den bis heute unwiderlegt gebliebenen, von der gesellschaftlichen Praxis inzwischen immer wieder aufs neue bestätigten theoretischen Beweis für den von ihnen vorausgesagten unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus und den Triumph der sozialistischen Revolution. Dabei stehen sie jeglichem Gedanken an einen blinden Geschichts-[10]automatismus fern. Ausgehend von einer tiefen, theoretischen Einsicht in das Wesen des bisherigen Geschichtsprozesses als einer Geschichte von Klassenkämpfen sowie in das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft als einer antagonistischen Klassengesellschaft, einer Gesellschaft also, in der die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit unversöhnlich sind, entwickeln sie die Idee von der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse als des Totengräbers des kapitalistischen Systems und des Schöpfers einer neuen, sozialistischen Gesellschaft.

Wissenschaftlich vorausschauend legten Marx und Engels gleichzeitig die wichtigsten Bedingungen dar, unter denen die Arbeiterklasse diese ihre welthistorische Mission zu erfüllen, unter denen sich der gesetzmäßige Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu vollziehen vermag. Ausgehend von ihrer materialistischen Auffassung vom Wesen des Staates, das sie in der politischen Gewalt, in der „organisierten Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern“¹ erblicken, bezeichnen sie die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse als notwendige Bedingung für die revolutionäre Umwälzung der alten, kapitalistischen Gesellschaft. Sie stellen ferner fest, daß die Arbeiterklasse die Macht nicht ergreifen und danach auch die Gesellschaft nicht umgestalten kann ohne Führung durch eine revolutionäre Partei, die der Arbeiterklasse ihre historische Mission bewußt macht, ihr Klassenbewußtsein vermittelt, das heißt, die ihr vor allem die Unversöhnlichkeit ihres Gegensatzes zum Kapital und die Notwendigkeit der grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft bewußt macht, und die ihren Kampf leitet.

Neben diesen Hauptaufgaben, die Marx und Engels als Grundbedingungen für die Erfüllung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse ansahen, entwickelten sie eine Reihe von Prinzipien, deren Befolgung wesentliche Voraussetzungen für den Sieg der Arbeiterklasse darstellen. So wiesen sie auf die Notwendigkeit hin, den Kampf um die nächsten Ziele der Arbeiterklasse den Interessen des Kampfes um seine Endziele unterzuordnen und die besonderen Aufgaben des Proletariats eines jeden Landes mit den allgemeinen Aufgaben der internationalen Arbeiterbewegung in Übereinstimmung zu bringen. Sie begründeten ferner die leitenden Prinzipien, die das Ver-[11]hältnis der Arbeiterklasse

¹ K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 482 (im folgenden: MEW).

zu den . verschiedenen Klassen und Parteien bestimmen, und unterstrichen die Pflicht der Kommunisten, jede revolutionäre und fortschrittliche Bewegung zu unterstützen.

Von einer wissenschaftlichen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung ausgehend, die die Errungenschaften des gesellschaftswissenschaftlichen Denkens vor Marx und Engels in sich aufhob und die Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens ihrer Zeit verallgemeinerte, vermochten die Begründer des Marxismus nicht nur den unvermeidlichen Untergang des Kapitalismus wissenschaftlich vorauszusehen – ohne sich dabei auf bestimmte Fristen festzulegen, wie das von bürgerlichen Ideologen häufig zum Zweck der Diskreditierung des Marxismus behauptet wird –, sondern auch wesentliche Merkmale der neuen, sozialistischen Ordnung anzugeben. Im Gegensatz zu den Prophetien über irgendwelche idealen Gesellschaftszustände leiteten sie ihre Voraussicht jedoch aus theoretischen Einsichten ab, das heißt, sie wiesen nach, daß die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten durch ihr gesellschaftliches Handeln erst ganz bestimmte Voraussetzungen für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Krieg schaffen müssen, daß die Erwartung eines derart zielgerichteten und dabei zugleich erfolgreichen Handelns der Arbeiterklasse jedoch nicht utopisch ist, da die Arbeiterklasse auf Grund ihrer gesellschaftlichen Situation, auf Grund der Verschärfung der antagonistischen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft bei Strafe ihres eigenen Untergangs in eben dieser von Marx und Engels vorausgesehenen Richtung zu handeln gezwungen wird und da sie andererseits durch ihr stetes zahlenmäßiges Wachstum und ihre zunehmende Organisiertheit und Bewußtheit die Kraft zur Erfüllung ihrer historischen Mission erlangt.

In dem berühmten 24. Kapitel des ersten Bandes seines Werkes „Das Kapital“, dem Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, hat Marx seiner Zuversicht, die er in die Arbeiterklasse und ihren Sieg über das Kapital setzte – seine gesamten Forschungsergebnisse zusammenfassend – eine wissenschaftliche Begründung gegeben, die ihre Aktualität und Gültigkeit bis auf den heutigen Tag bewahrt und ihre Lebenskraft und Wahrheit seither tausendfach bewiesen hat: „Das selbst erarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des einzelnen, [12] unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf Exploitation fremder, aber formell freier Arbeit beruht.

Sobald dieser Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eignen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete; also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer, eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist.

Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde [13] des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert.“²

² K. Marx, Das Kapital, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1962, S. 790 f.

Wie hier oder im „Manifest“ haben Marx und Engels in allen ihren Werken die von ihnen entwickelte philosophisch-ökonomisch-politische Lehre als eine Theorie der bewußten und revolutionären Veränderung der Welt begriffen. Sie wurde von ihnen zur Erklärung der Vergangenheit und Gegenwart angewandt, danach wurden aus ihr wissenschaftliche Voraussagen über die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung abgeleitet, und von diesen Voraussagen ausgehend, wurden schließlich Schlußfolgerungen über die notwendigen und dabei zugleich möglichen gesellschaftlichen Aktionen gezogen, die zur Umgestaltung der Welt zum Wohle des Menschen führen.

Marx' und Engels' wissenschaftliche Voraussagen vom unvermeidlichen Untergang des kapitalistischen Systems sind durch die Geschichte glänzend bestätigt worden. In zahlreichen Ländern der Welt hat die Stunde des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln schon seit langem geschlagen, sind die Produktionsmittel bereits in die Hände des Volkes übergegangen, wie es Marx vorausgesagt hat. In anderen Ländern ist der Prozeß der „Expropriierung der Expropriateurs“ im Gange, nicht ohne daß sich letztere – vom internationalen Monopolkapital nach Kräften unterstützt – diesem Prozeß nicht mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, mit Wirtschaftssabotage, Terror, Staatsstreichen, Entfesselung von Bürgerkriegen, zu widersetzen versuchten. In wieder anderen Ländern, den entwickelten kapitalistischen Ländern vornehmlich, wird die Forderung nach ökonomischer und politischer Entmachtung der Monopole, die bekanntlich fast sämtliche Produktionsmittel der betreffenden Länder in ihren Besitz gebracht haben, immer lauter und nachdrücklicher von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten im antimonopolistischen Kampf erhoben.

Es nimmt daher keineswegs wunder, wenn die Probleme der Zukunft des staatsmonopolistischen Kapitalismus auch von seinen Ideologen immer mehr in den Vordergrund gerückt werden, wenn die Versuche, die wissenschaftliche Begründetheit der marxistischen Voraussage vom unvermeidlichen Untergang des Kapitalismus zu bestreiten, enorm verstärkt und gleichzeitig alle möglichen Pseudoperspektiven für den Kapitalismus entworfen werden. So wetteifern bürgerliche Ideologen – die [14] rechten sozialdemokratischen Theoretiker nicht ausgenommen –³ seit geraumer Zeit förmlich darum, dem Kapital auch für die Zukunft Lebenskraft zu bescheinigen und seine weitere Existenz theoretisch zu rechtfertigen. Aktivitäten dieser Art sind im Prinzip nichts Neues. Seit es eine revolutionäre marxistische Arbeiterbewegung gibt, versuchen die bürgerlichen Ideologen insbesondere die von Marx entwickelten Ideen von der gesetzmäßigen Abfolge der ökonomischen Gesellschaftsformationen, von der gesetzmäßigen Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus sowie von der historischen Mission der Arbeiterklasse als des Totengräbers des Kapitalismus auf die verschiedenste Weise ad absurdum zu führen.

Einmalig – und daher auch in gewisser Weise neu – ist jedoch auf jeden Fall die hektische Betriebsamkeit, die seit dem Eintritt des Kapitalismus in die dritte Etappe seiner allgemeinen Krise von bürgerlichen Ideologen dabei entfaltet wird. Auch beim Eintritt des Kapitalismus in die erste Etappe seiner allgemeinen Krise, als die Krise seiner Ideologie erstmalig manifest wurde, gab es verstärkte Bemühungen, die offensichtlich gewordene Labilität des ökonomischen und politischen Systems des Kapitalismus durch verstärkte ideologische Anstrengungen wettzumachen, dem zunehmenden Einfluß des Marxismus in fast allen kapitalistischen Ländern und der damit einhergehenden Entfaltung der revolutionären Arbeiterbewegung nicht nur politisch und militärisch zu begegnen, sondern auch durch eine verstärkte Aktivität auf ideologischem Gebiet. Ein unmittelbarer Ausdruck dieser Bemühungen war die in der Periode nach dem ersten Weltkrieg einsetzende Suche nach neuen Mitteln und Methoden des ideologischen Kampfes gegen den Marxismus, die innerhalb der bürgerlichen Sozialwissenschaften bekanntlich einen sogenannten „Methodenstreit“ im Gefolge hatte.

Das gleiche Bild bot sich im Prinzip auch nach dem zweiten Weltkrieg, nach dem Eintritt des Kapitalismus in die zweite Etappe seiner allgemeinen Krise. Mit den Mitteln eines plumpen, militanten Antikommunismus und Antisowjetismus wurde versucht, der Ausbreitung des Marxismus-Leninismus,

³ Charakteristisch für ihre Versuche, dem Kapitalismus den Artschein einer noch langen Perspektive zu geben und wissenschaftlich verbrämte Scheinalternativen zu verbreiten, ist der Anfang des Jahres 1975 veröffentlichte „Zweite Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975-1985“. Ausführlicher dazu siehe bei Albert Norden, Orientierungsversuche im Dschungel der Krise des Kapitalismus, in: Einheit, 7/1975, S. 732-741.

dem Vordringen sozialistischer Ideen, dem wachsenden Einfluß der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern und in den Ländern der jungen Volksdemokratien durch eine ver-[15]stärkte ideologische Aktivität zu begegnen und vor allem von der erwiesenen historischen Überlebtheit des Imperialismus abzulenken.

Wie schon nach dem ersten Weltkrieg waren diese Bemühungen, die in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus in verschiedenen Ländern bereits bedrohlich ins Wanken geratene ökonomische und politische Herrschaft der Bourgeoisie durch verstärkte ideologische Anstrengungen konsolidieren zu helfen, von einer über ein Jahrzehnt anhaltenden intensiven Diskussion über die im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus anzuwendenden Methoden begleitet. Hierbei ging es um Fragen wie die, ob ein pessimistisches oder optimistisches Weltbild zu bevorzugen sei, ob es christlich oder überhaupt religiös begründet werden sollte, ob für die Auseinandersetzung mit dem Marxismus eine „Einheitsweltanschauung“ oder ein „Pluralismus“ von Weltanschauungen das geeignete Mittel sei, ob man sich auf die Leugnung jeglicher Gesetze des Geschichtsprozesses beschränken oder eine historische, auf Pseudogesetzen aufbauende Gegentheorie zum historischen Materialismus entwickeln solle usw. usf.

Alle diese Aktivitäten, Diskussionen um neue Methoden etc. werden jedoch im Hinblick auf Ausmaß und Umfang durch die mit dem Eintritt des Kapitalismus in die dritte Etappe seiner allgemeinen Krise einsetzende maßlose Verstärkung des ideologischen Kampfes und Entwicklung und Anwendung immer vielfältigerer und raffinierterer Methoden dieses Kampfes bei weitem übertroffen. Der Imperialismus sieht sich heute, wie L. I. Breschnew dazu erklärte, genötigt, „ein ganzes System ideologischer Mythen zu schaffen, die den wahren Sinn seiner Absichten verschleiern, die Wachsamkeit der Völker einlullen. Dazu hat er eine gigantische Propagandamaschine geschaffen, die alle modernen Mittel der ideologischen Beeinflussung ausnutzt. In der Tat ..., stündlich, Tag und Nacht, steht das werktätige Volk fast des gesamten Erdballs in der einen oder anderen Weise unter der Einwirkung der bürgerlichen Propaganda, der bürgerlichen Ideologie.“⁴

Die mit dem Beginn der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus immer offensichtlicher werdende historische Überlebtheit dieses Systems, das durch das zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus veränderte inter-[16]nationale Kräfteverhältnis bewirkte zunehmende Unvermögen seiner Verteidiger, den Vormarsch der antiimperialistischen, sozialistischen Kräfte gewaltsam aufzuhalten oder gar den existierenden Sozialismus gewaltsam zu liquidieren, hat sie zu einer bis dahin noch nicht dagewesenen Intensivierung und Verschärfung des ideologischen Kampfes veranlaßt.

Einmalig und neu ist jedoch auch eine andere Besonderheit des derzeit von den Gegnern des Sozialismus geführten ideologischen Kampfes. Gab es beim Eintritt des Kapitalismus in die erste und zweite Etappe seiner allgemeinen Krise in der Folgezeit lediglich vereinzelte Versuche, die geschichtliche Perspektive des Kapitalismus, die angebliche Notwendigkeit seines Fortbestehens mittels einer umfassenden Geschichtstheorie zu begründen – es sei hier nur an Oswald Spenglers Buch „Der Untergang des Abendlandes“ oder an Arnold J. Toynbees vielbändiges Werk „A Study of History“ erinnert –, Versuche, deren Wirkung jeweils nur von relativ kurzer Dauer war und fast immer nur auf ein einzelnes Land beschränkt blieb, so setzte sich mit dem Beginn der sechziger Jahren Gestalt der „Industriegesellschaft“-Theorie in allen kapitalistischen Hauptländern eine ideologische Konzeption durch, die sich – allerdings bereits verschiedentlich von ihren Autoren variiert – als äußerst „zählebig“ erwies und darüber hinaus zum allgemeinen historisch-politischen Denkschema aller bürgerlichen Sozialwissenschaften wurde.

Dieses Phänomen ist wahrhaft einmalig. Es erklärt sich unseres Erachtens aus dem Bestreben der internationalen imperialistischen Bourgeoisie, die von ihr bereits seit Eintritt in die zweite Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus forcierte Vereinigung aller reaktionären Kräfte unter antikommunistischem Banner durch eine einheitliche Geschichts- und Gesellschaftsauffassung ideologisch

⁴ L. I. Breschnew, Für die Festigung des Zusammenschlusses der Kommunisten – für einen neuen Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes, Berlin 1969, S. 44-45.

zu untermauern, der gemeinsam zu verfolgenden Strategie des ökonomischen und politischen Kampfes gegen den Sozialismus eine entsprechende einheitliche theoretische Plattform zu geben.

Es erklärt sich ferner aus der Tatsache, daß sich die imperialistische Bourgeoisie angesichts des sich unaufhaltsam, erfolgreich entwickelnden sozialistischen Weltsystems, angesichts der immer stärkeren Ausstrahlung des Sozialismus auf der einen Seite und der sich vertiefenden allgemeinen Krise des eigenen [17] Systems auf der anderen Seite nicht mehr auf die insbesondere vom Neukantianismus im vorigen Jahrhundert entwickelten theoretischen Positionen der bloßen Leugnung von Gesetzen des Geschichtsprozesses – und damit auch der Gesetzmäßigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus – zurückziehen kann, daß sie die vorgebliche Perspektive des eigenen Systems geschichtstheoretisch begründen muß. Sie kann sie, am Rande bemerkt, auch nicht mehr „heilsgeschichtlich“ oder in ähnlicher, nur von einer Minderheit von Gläubigen zu akzeptierenden religiösen Form begründen, da das die beabsichtigte ideologische Wirkung von vornherein bedeutend schmälern würde.

Von den Bemühungen, die Wissenschaftlichkeit der marxistischen These vom unvermeidlichen Untergang des Kapitalismus vor allem dadurch zu bestreiten, daß man dem staatsmonopolistischen Kapitalismus mittels der „Industriegesellschafts“-Lehre eine dauerhafte, solide Perspektive prophezeit, glaubten sich schließlich auch die führenden reaktionären bürgerlichen Historiker der BRD nicht ausschließen zu können, obgleich sie damit in einen nicht zu übersehenden Widerspruch zu ihrer seit eh und je bekundeten Abneigung gegenüber jeglicher Sozialtheorie und gegenüber jeglicher von einer solchen abzuleitenden Geschichtsprognose geraten mußten. Ausschlaggebend für diese ihre Entscheidung war letztlich die Tatsache, daß sie „trotz ihres unbezweifelbaren politischen Engagements für die imperialistischen Belange der BRD in den Verruf geraten (waren), keine praktikablen Ergebnisse für den gegenwärtigen imperialistischen Herrschafts- und Manipulierungsmechanismus mehr liefern zu können, ihre ideologiebildende Funktion nicht mehr voll zu erfüllen“.⁵

In der Tat erwiesen sich denn auch weder die Abneigung gegenüber jeglichen Gesetzen (auch Pseudogesetzen, wie die Diskussion um Toynbees Universalgeschichte gezeigt hat⁶), Geschichtsprognosen und Sozialtheorien noch der von vielen bürgerlichen Historikern erhobene Anspruch, in der historischen Forschung soziale Indifferenz walten zu lassen, vom eigenen politisch-ideologischen Standpunkt völlig unberührte „objektive“ Forschung zu betreiben, die bestehende Gesellschaftsordnung in der eigenen historiographischen Arbeit nicht zu legitimieren, das heißt, ihr Bestreben, den eigenen ideologisch-poli-[18]tischen Standpunkt nicht offen zu erkennen zu geben (ihn dem Leser unter der Maske der Objektivität aber dennoch insgeheim zu suggerieren) als Hindernis für die Zuwendung zu den Theorien der „Industriegesellschaft“. Dabei gibt es in der bürgerlichen Geschichtsschreibung kaum ein zweites Problem, an dem der ideologisch-politische Standort ihrer Repräsentanten deutlicher offenbar wird als das Problem der Perspektive des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Wie Hans Schleier dazu in seiner unlängst in dieser Reihe erschienenen Arbeit richtig feststellt, bildeten jedoch die Meinungsverschiedenheiten im Objektivitätsstreit zwischen den seit Rankes und Droysens Zeiten in der bürgerlichen Historiographie in dieser Frage existierenden zwei Fraktionen kein Hindernis dafür, „gemeinsam und übereinstimmend klassengebundene Gesichtspunkte in der Geschichtsschreibung zum, Ausdruck zu bringen, als parteiliche Verteidiger der ‚Industriegesellschaft‘ hervorzutreten“.⁷

Die Hinwendung zu soziologischen Theorien, die die weitere Existenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus offen rechtfertigen, enthüllt den ideologisch-politischen Standpunkt der betreffenden Historiker. Versuche aber, diese Ordnung darüber hinaus im Geiste dieser Theorien historiographisch zu legitimieren, diesen Theorien eine geschichtswissenschaftliche Bestätigung zu verschaffen, müssen zwangsläufig zu einem Konflikt zwischen Objektivität und Parteilichkeit führen. Bereits die

⁵ [H. Schleier, Theorie der Geschichte – Theorie der Geschichtswissenschaft. Zu neueren theoretisch-methodologischen Arbeiten der Geschichtsschreibung in der BRD, Berlin 1975, S. 13 \(„Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, hrsg. von Manfred Buhr, Heft 60\).](#)

⁶ Siehe H. Schulze, Ganzheitslehre und Geschichte. Eine kritische Analyse der spekulativen Geschichtsphilosophie des Toynbee-Epigonens Othmar F. Anderle, Dissertation, Berlin 1965, S. 289-300.

⁷ H. Schleier, Theorie der Geschichte ..., a. a. O., S. 63 f.

Begründer des Marxismus haben überzeugend nachgewiesen, daß die Verteidigung des überlebten kapitalistischen Systems seine Ideologen dazu zwingt, wissenschaftliche Objektivität der Parteilichkeit zum Opfer zu bringen, die Möglichkeit rationaler Erkenntnis der Geschichte letztlich überhaupt zu leugnen und zu wissenschaftlich völlig unfruchtbaren Spekulationen Zuflucht zu nehmen.⁸ Selbst so bedeutende Repräsentanten der bürgerlichen Geschichtsphilosophie und Soziologie wie José Ortega y Gasset, Benedetto Croce, Jacob Burckhardt, Martin Heidegger, Arnold Joseph Toynbee, Karl Jaspers, Max Scheler, Karl Mannheim und andere machen, wie in dieser Reihe erst unlängst von den Autoren L. W. Skworzow und Herbert Crüger gezeigt wurde, davon keine Ausnahme.⁹ Wer es daher heute unternehmen will, die sozialistische Zukunftsvorstellung aus dem Bewußtsein der Arbeiterklasse zu verdrängen und ihr die angeblich bereits in der Vergangenheit [19] angelegte Perspektive einer „heilen Welt“ des Kapitalismus zu suggerieren, in der alle sozialen Probleme gelöst und jegliche Klassenkämpfe überflüssig geworden seien, der wird zu diesem Zweck zwangsläufig Mittel und Methoden anwenden müssen, die mit exakter Wissenschaft wenig gemein haben dürften.

Einen Beweis mehr für diese aus allen früheren Versuchen ähnlicher Art zu folgernde Behauptung liefern die Schriften Karl Dietrich Erdmanns, eines zur gegenwärtigen Führungsgeneration der westdeutschen Historikerkunft gehörigen Historikers, der die vom „deutschen Historismus“ gemeinhin geschmähte und verleugnete, in Wahrheit unauflösliche Einheit von Politik und Geschichte nicht nur in seinen historiographischen Arbeiten manifestiert, sondern sie auch praktiziert. So war er (seit 1953) nicht nur nacheinander Dekan und Rektor an der Universität Kiel, sondern zeitweilig (1950-1952) auch Generalsekretär der bundesdeutschen UNESCO-Kommission. Er ist Mitbegründer und Mitherausgeber der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ (seit 1950), war lange Jahre hindurch (1962-1967) Vorsitzender des Verbandes der Historiker der BRD, wurde schließlich 1966 zum Vorsitzenden des bundesdeutschen Bildungsrates ernannt, war von 1970-1975 Vizepräsident des Internationalen Komitees der Historischen Wissenschaften. (Comité International des Sciences Historiques) und wurde in der Generalversammlung dieses Komitees im August 1975 zum Präsidenten gewählt.

Der hochpolitische Charakter aller dieser Funktionen – die man ohne Übertreibung als Schlüsselfunktionen bezeichnen kann – steht außer Frage. Daß seine historiographischen Arbeiten nicht weniger hochpolitisch sind, daß sie politische, um es vorwegzunehmen, antikommunistische Funktionen erfüllen, wird ihre nachfolgende kritische Analyse zeigen. Und zwar sind diese Arbeiten nicht nur deshalb als hochpolitisch anzusprechen, weil in ihnen für das kapitalistische System Partei ergriffen wird, sondern weil sie zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung darauf abzielten, der reaktionären bundesdeutschen Historikerkunft eine neue geschichtstheoretische Orientierung im ideologischen Kampf gegen den Marxismus-Leninismus zu geben. Denn seine Schriften sollten ganz offensichtlich dazu

⁸ Wie Marx und Engels nachwiesen, war es die Furcht vor der „sozialen Revolution“ des Proletariats, die die offiziellen Vertreter der historischen Wissenschaften dazu bewog, die Parteinahme für die bürgerliche Ordnung über die Objektivität wissenschaftlicher Forschung zu stellen: „Mit der Revolution von 1848 erteilte das ‚gebildete‘ Deutschland der Theorie den Absagebrief und ging über auf den Boden der Praxis ... Aber in demselben Maß, wie die Spekulation aus der philosophischen Studierstube auszog, um ihren Tempel zu errichten auf der Fondsbörse, in demselben Maß ging auch dem gebildeten Deutschland jener große theoretische Sinn verloren, der der Ruhm Deutschlands während der Zeit seiner tiefsten politischen Erniedrigung gewesen war – der Sinn für rein wissenschaftliche Forschung, gleichviel, ob das erreichte Resultat praktisch verwertbar war oder nicht, polizeiwidrig oder nicht ... Und auf dem Gebiet der historischen Wissenschaften, die Philosophie eingeschlossen, ist mit der klassischen Philosophie der alte theoretisch-rücksichtslose Geist erst recht verschwunden; gedankenloser Eklektizismus, ängstliche Rücksicht auf Karriere und Einkommen bis herab zum ordinärsten Strebertum sind an seine Stelle getreten. Die offiziellen Vertreter dieser Wissenschaft sind die unverhüllten Ideologen der Bourgeoisie und des bestehenden Staats geworden – aber zu einer Zeit, wo beide im offenen Gegensatz stehn zur Arbeiterklasse.“ (F. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW, Bd. 21, Berlin 1973, S. 306)

Der gleiche Vorgang vollzog sich im selben Jahr auch in Frankreich, wie Marx am Beispiel der französischen Historiker der Restaurationsperiode nachwies. Siehe Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue, redigiert von Karl Marx. Eingeleitet von Karl Bittel, Berlin 1955, S. 111.

⁹ Siehe [L. W. Skworzow, Historische Weltanschauung und moderner Idealismus, Berlin 1975 \(„Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, hrsg. von Manfred Buhr, Heft 61\)](#); [H. Crüger, Der Verlust des Objektiven. Zum Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart in der historischen Erkenntnis, Berlin 1975 \(„Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, hrsg. von Manfred Buhr, Heft 59\)](#).

beitragen, die Vorbehalte orthodoxer Anhänger des „deutschen [20] Historismus“¹⁰ gegen die Übernahme soziologischer Theorien konkret gesagt der diversen Varianten der bürgerlichen Theorie der „Industriegesellschaft“ – in das ideologische Arsenal der westdeutschen Historiographie auszuräumen. Mit der Akzeptierung und theoretisch-historischen „Untermauerung“ dieser Theorien ging Erdmann, seinerzeit Vorsitzender des Verbandes der Historiker der BRD, gewissermaßen allen mit „gutem Beispiel“ voran. Inzwischen hat sein Beispiel Schule gemacht. „Die Gesellschaftstheorie, an die die gegenwärtige bürgerliche Geschichtsschreibung gebunden wird, ist“ – wie Hans Schleier anhand einer gründlichen, auf umfangreiches Quellenmaterial gestützten Analyse neuerer theoretisch-methodologischer Arbeiten der Geschichtsschreibung der BRD feststellt – „die ... Lehre von der ‚Industriegesellschaft‘, generell bezogen auf den kapitalistischen Gesellschafts- und Herrschaftsmechanismus ...“¹¹

Die Arbeiten Erdmanns wurden daher nicht zufällig zum Gegenstand der Kritik gewählt, wengleich auch ihr Autor im Grunde nur als ein Epigone der eigentlichen Begründer der neuzeitlichen bürgerlichen „Industriegesellschafts“-Lehren gelten kann, deren Thesen er verteidigt. Eine Analyse seiner Arbeiten wird erweisen, daß die vom Autor – und so von vielen Vertretern des „deutschen Historismus“ – immer wieder bekundete Abneigung gegen „eine durch und durch ideologisierte“¹² Wissenschaft, wie sich Erdmann in einem Vortrag an der Kieler Universität zum Thema: „Wissenschaft im Dritten Reich“ ausdrückt, sehr fragwürdig ist. Oder sollte es Gesellschaftswissenschaftlern, zumal Historikern, tatsächlich entgehen, daß sie auch in ihrer wissenschaftlichen Arbeit von einem vorgefaßten politischen Standpunkt ausgehen, der bereits die Wahl des Gegenstands der Untersuchung bestimmt, daß sie bei der Darstellung der Geschichte ständig Partei für die einen oder anderen Akteure ergreifen, daß sich die gerade von Erdmann geforderte strikte Trennung von „politischem Werturteil“ und „wissenschaftlichem Seinsurteil“ gar nicht durchhalten läßt, ohne auf das Niveau des plattesten Empirismus und Idiographismus herabzusinken, wobei die Denktätigkeit des Historikers fast völlig ausgeschaltet ist? Die hier herangezogenen Arbeiten Erdmanns werden es sehr anschaulich beweisen, daß seine Behauptung – „Das politische Werturteil ist [21] prinzipiell unterschieden von dem wissenschaftlichen Seinsurteil. Insofern liegt das Politische außerhalb des Bereichs der

¹⁰ Unter dem „deutschen Historismus“ begreifen seine Anhänger – zu denen sich von altersher die Masse der reaktionären bürgerlichen deutschen Historiker rechnet – einen speziellen Komplex von Auffassungen über den Charakter des Geschichtsprozesses. An erster Stelle ist dabei die Auffassung von der absoluten Einmaligkeit aller historischen Ereignisse, das sogenannte Singularitätsaxiom, zu nennen, das die Existenz von Gesetzen des Geschichtsprozesses negiert und die Historiker auf die Anwendung der sogenannten idiographischen Methode, d. h. auf die bloße Beschreibung von Ereignissen festlegt. Danach stellt die Geschichte ein Chaos von Ereignissen dar, in das der Historiker nachträglich – nach willkürlich ausgewählten Wertprinzipien – Ordnung hineinträgt.

Mit dem Axiom von der entscheidenden Rolle großer Persönlichkeiten für den Geschichtsprozeß, das sich gegen den Materialismus der marxistischen Geschichtsauffassung richtet und vor allem das Primat der Ökonomie gegenüber der Politik sowie die Rolle der Klassen und des Klassenkampfes im Geschichtsprozeß negiert, wird die Anwendung der sogenannten verstehenden Methode begründet, die die für den Verlauf des Geschichtsprozesses angeblich entscheidenden Handlungen großer Persönlichkeiten aus deren Denkweise, Psyche etc. zu erklären versucht. Danach wird der Sinn der Beschäftigung mit der Geschichte ganz wesentlich darin gesehen, historische Entscheidungen bestimmter großer Persönlichkeiten „geistig“ nachzuvollziehen, um im Nachhinein festzustellen, ob diese Entscheidungen dem angestrebten Zweck adäquat gewesen seien, während die Ziele und Zwecke selbst als außerwissenschaftlich aus der Diskussion ausgeklammert werden. Axiomatisch ist für den „deutschen Historismus“ ferner die Auffassung, daß ausschließlich die politische Geschichte Gegenstand der Geschichtswissenschaft zu sein habe, daß man sich zu ihrer Erklärung lediglich der Geschichte der Ideen – politischer, rechtlicher, religiöser usw. – zuwenden dürfe, keinesfalls aber dem ökonomischen Leben der Gesellschaft.

Axiomatischen Charakter besitzen ferner die Thesen, daß die Geschichtswissenschaft keiner – die Existenz von Gesetzen naturgemäß voraussetzende – Theorie des Geschichtsprozesses bedarf, daß die quellengerechte Beschreibung von Ereignissen einziges Kriterium wissenschaftlicher Geschichtsdarstellung sei, daß der zukünftige Verlauf der Geschichte absolut unerkennbar sei, daß das „rationalistische Dogma von dem ununterbrochenen Fortschritt der Menschheitskultur ... grundsätzlich bestritten (werden muß)“ (Gerhard Ritter). Über die Frage, inwieweit sich von diesen antiquierten theoretischen Positionen her noch ein erfolgversprechender Kampf gegen die materialistische Geschichtsauffassung des Marxismus führen läßt, wird unter den Anhängern des „deutschen Historismus“ seit dem sogenannten Lamprechtschen Methodenstreit fast ununterbrochen diskutiert. Trotz zahlreicher Abstriche, die die bürgerlichen deutschen Historiker im Laufe der Zeit von diesen Auffassungen machen mußten, ist der „deutsche Historismus“ im Kern bis heute erhalten geblieben. Ausführlicher dazu siehe den letzten Abschnitt der vorliegenden Schrift.

¹¹ H. Schleier, Theorie der Geschichte ..., a. a. O., S. 40.

¹² K. D. Erdmann, Wissenschaft im Dritten Reich, Kiel 1967, S. 16.

Wissenschaft“¹³ – falsch ist. Erdmanns geschichtstheoretische Arbeiten sind ein Politikum ersten Grades. Sie sind Ideologie, weil sie einer bestimmten Klasse dienen, weil sie ein bestimmtes Gesellschaftssystem verteidigen. Wenn die Alternative „Erhaltung oder Änderung der bestehenden Verhältnisse“ für die bürgerliche Geschichtswissenschaft angeblich irrelevant, ja falsch sei, wie Andreas Hillgruber erst in jüngerer Zeit wieder behauptet hat,¹⁴ so beweisen Erdmanns Spekulationen auf einen friedlichen, automatischen „Ausgleich der Gegensätze“ im Kapitalismus gerade das Gegenteil. Sie negieren de facto die Notwendigkeit der Veränderung der bestehenden Verhältnisse, das heißt vor allem der politischen und ökonomischen Verhältnisse, mit dem Hinweis auf die ohnehin zu erwartende Verwandlung des Systems in eine „klassenlose“ bürgerliche Gesellschaft.

Völlig falsch ist daher auch der Schluß, daß die „Gefahr ideologischer Verführung“, vor der Erdmann angesichts der zunehmenden Verbreitung des Marxismus-Leninismus bereits 1967 glaubt warnen zu müssen, von denen ausgehen müsse, die sich offen zu einer Ideologie, zur sozialistischen Ideologie, bekennen, nicht aber von Leuten wie Erdmann und seinesgleichen, die sich – zumindest was ihre wissenschaftlichen Arbeiten angeht – als „wertfrei“, als neutral, als über den Parteien im Klassenkampf stehend ausgeben. Daß dies – zumindest in jüngster Zeit – überhaupt möglich sei, will Erdmann nicht zuletzt mit seinen Arbeiten beweisen. Partei im Klassenkampf brauche man danach gar nicht mehr zu ergreifen, da es in der „Industriegesellschaft“ des Westens keine Klassen mehr gebe, da ein friedlicher „Ausgleich der Gegensätze“ stattgefunden habe, da somit auch die Notwendigkeit der Ablösung des kapitalistischen Systems durch das sozialistische System entfallen sei. Daß diese Behauptung nicht minder ideologischer Natur ist als die entgegengesetzte, liegt auf der Hand; und eben von ihr kann man mit Fug und Recht behaupten, daß sie der „ideologischen Verführung“, nämlich der am Sturz des Kapitalismus objektiv interessierten werktätigen Massen, dient, wie es hier im folgenden zu zeigen gilt. Eine kritische Analyse der von führenden westdeutschen [22] Historikern wie Erdmann in den sechziger Jahren unternommenen Anstrengungen, die philosophischen Vorbehalte ihrer auf die Positionen des sogenannten deutschen Historismus eingeschworenen Fachkollegen gegenüber soziologischen Theorien als methodologischer Grundlage der Geschichtsschreibung auszuräumen, kann keineswegs nur historisches Interesse beanspruchen. Die Theorie der „Industriegesellschaft“, der Erdmann und andere führende westdeutsche Historiker bei ihren Fachkollegen seinerzeit zu wissenschaftlichem Ansehen zu verhelfen suchten, spielt in der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD, wie schon gesagt, heute eine nicht zu unterschätzende Rolle. Davon zeugt, wie aus einer Analyse neuerer bürgerlicher Darstellungen zur Geschichte der DDR zu entnehmen ist, zum Beispiel die Tatsache, daß nach dem Bankrott der These von der „Satellitenrolle“ der DDR seit Ende der sechziger Jahre verstärkt versucht wird, die DDR weltgeschichtlich in die Konzeption der „Industriegesellschaft“ einzuordnen. „Die vorherrschende Historiographie und mehr noch die politische Publizistik der BRD, der USA und anderer imperialistischer Staaten“, stellt Gerhard Lozek dazu fest, „wertet die Geschichte der sozialistischen Länder in zunehmendem Maße nach den Maßstäben dieser Konzeption. Mit dieser Gesellschaftslehre, die als Alternativvorstellung zur marxistisch-leninistischen Entwicklungstheorie vom gesetzmäßigen Bewegungsablauf fortschreitender Gesellschaftsformationen für die Zeit seit dem Aufkommen des Kapitalismus gedacht ist, werden die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der modernen Epoche, ihr Grundwiderspruch und ihr Charakter sowie ihre gesellschaftlichen Triebkräfte gelehrt oder verfälscht. Das imperialistische Gesellschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird zum Normalfall der historischen Entwicklung der ‚modernen Industriegesellschaft‘ erklärt, der Sozialismus dagegen als Abweichung oder als deformierter Sonderfall der ‚Industriegesellschaft‘. Gleichwohl müßten die sozialistischen Staaten mit fortschreitender Entwicklung den Erfordernissen der ‚Industriegesellschaft‘ Rechnung tragen, wovon man sich günstige Möglichkeiten für die politische und ideologische Diversion erhofft.“¹⁵

Diese Feststellungen lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Auseinandersetzung mit dieser Konzep-[23]tion, mit ihren Grundaussagen, insbesondere mit ihrer Zukunftsvision von einer

¹³ Ebenda, S. 20.

¹⁴ Siehe A. Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: Historische Zeitschrift, 3/1973, S. 549.

¹⁵ G. Lozek, Neuere bürgerliche Darstellungen zur Geschichte der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 5/1973, S. 512-513.

„klassenlosen“ bürgerlichen Gesellschaft trotz des heute stark gedämpften Optimismus ihrer Anhänger und Interpreten eine aktuelle Aufgabe bleibt.

Die Auseinandersetzung mit wie auch immer gearteten Versuchen, die von den Autoren der „Industriegesellschafts“-Lehre in Aussicht gestellte Perspektive eines allmählichen „Ausgleichs der Gegensätze“ zwischen Kapital und Arbeit, einer mit fortschreitender Industrialisierung zunehmenden Demokratisierung des Kapitalismus, einer Verwandlung des Imperialismus in einen friedfertigen, jeglicher aggressiver, expansiver Bestrebungen baren Kapitalismus, der Transformation dieses Kapitalismus in eine „klassenlose“ bürgerliche Gesellschaft als glaubwürdig hinzustellen, bleibt auch aus einem anderen Grunde aktuell. Denn nach wie vor basiert „der Angriff bürgerlicher und rechtsopportunistischer Historiker gegen die geschichtsmächtige Imperialismustheorie W. I. Lenins ... auf der bürgerlich-imperialistischen Lehre von der ‚Industriegesellschaft‘, der gesellschaftstheoretischen und historisch-politischen Grundkonzeption der bürgerlichen und rechtsopportunistischen BRD-Historiographie zur Geschichte der neueren und neuesten Zeit“.¹⁶

An diesen wenigen Beispielen ist ersichtlich, daß sich die ideologische Szenerie seit der Zeit, da der damalige Vorsitzende des westdeutschen Historikerverbandes, K. D. Erdmann, bei seinen Fachkollegen für die „Industriegesellschafts“-Lehre warb, grundlegend verändert hat. Heute ist diese Lehre die historisch-politische Grundkonzeption der dominierenden bürgerlichen Darstellungen zur Historie seit dem Aufkommen des Kapitalismus. „Sie bildet zugleich das Kernstück der als ‚neue Auffassung von der Gesellschaft‘ deklarierten ‚Sozialgeschichte‘, die mittels ‚Synthese‘ von ‚Soziologie und Geschichtswissenschaft‘, von ‚individualisierender und generalisierender Betrachtung‘ zu einer ‚strukturge-schichtlichen Betrachtungsweise‘ führen und damit sowohl die seit Jahrzehnten schwelende Krise bürgerlichen Geschichtsdenkens (Krise des bürgerlichen Historismus) überwinden helfen als auch bestimmte geschichtsideologische Modifikationen im Interesse gegenwärtiger Bedürfnisse des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems ermöglichen soll; darüber hinaus bietet sie die [24] Möglichkeit, die futurologischen Aussagen über die gängigen bürgerlichen Gesellschaftsprojekte der nächsten und ferneren Zukunft, darunter nicht zuletzt der ‚Konvergenz‘- und ‚Evolutions‘theorie sowie anderer speziell für die ideologische Diversion gegenüber den sozialistischen Ländern gedachter Pseudotheorien, aus der Geschichte abzuleiten.“¹⁷ Sie ist mit einem Wort zum allgemeinen Denkschema aller bürgerlichen Sozialwissenschaften und zum Kernstück des modernen Antikommunismus geworden.

Aus diesen Feststellungen zieht der Autor, Günter Rose, die richtige Schlußfolgerung, daß „politische Wirksamkeit und Qualität der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit der Geschichtsideologie und Geschichtsschreibung des Klassegegners in entscheidendem Maße davon bestimmt (werden), wie es gelingt, die historisch angelegte ‚Industriegesellschaftslehre‘ zu bekämpfen, und zwar ebenso vom geschichtlichen Gesamtgeschehen wie vom Detail her.“¹⁸

2. Wie die „Industriegesellschafts“-Theorie historisch-theoretisch „untermauert“ wurde

Erdmann wendet sich in seinen Arbeiten – unseres Wissens als erster Historiker aus der Schule des „deutschen Historismus“ – der bis dato als wissenschaftlich indiskutabel verketteten Prognoseproblematik zu und arbeitet ein neues „Argumentationsmodell“ zur Widerlegung der Marxschen Geschichtsprognose aus. Denn schon seit über hundert Jahren wußten die bürgerlichen deutschen Historiker – von einigen mißglückten Prognosen „glänzender deutscher Zukunft“ abgesehen – der Marxschen Geschichtsprognose kaum anders zu begegnen, als daß sie die Existenz von gesellschaftlichen Gesetzen – auf Grund deren Geschichtsprognosen möglichwären – rundweg ablehnten, nicht ohne ihre angebliche politische Neutralität und Unvoreingenommenheit dabei hervorzukehren. So

¹⁶ [W. Gutsche, Zur Imperialismus-Apologie in der BRD – „Neue“ Imperialismusdeutungen in der BRD-Historiographie zur deutschen Geschichte 1898 bis 1917, Berlin 1975, S. 16-17 \(„Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, hrsg. von Manfred Buhr, Heft 63\).](#)

¹⁷ Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch, hrsg. von G. Lozek (Leiter), W. Berthold, H. Heitzer, H. Meier, W. Schmidt, Berlin 1976, S. 38/39.

¹⁸ Ebenda, S. 39.

schrieb schon Georg von Below, einer der höchst militanten Vertreter des „deutschen Historismus“ im vergangenen Jahrhundert, in dem noch heute erscheinenden traditionellen Publikationsorgan der bürgerlichen deutschen Histo-[25]rikerzunft, in der „Historischen Zeitschrift“: „Dabei (bei der Ablehnung von Gesetzen des Geschichtsverlaufs – H. Sch.) nehmen wir den denkbar unbefangenen Standpunkt ein: Wir machen immer wieder den Versuch, ob sich nicht vielleicht ein Gesetz aufspüren lasse. Aber es ist eben bisher noch nie gelungen.“¹⁹ Derselbe von Below genierte sich jedoch nicht, in diesem dem Lamprechtschen Methodenstreit²⁰ gewidmeten Beitrag gleich eingangs die unrühmlich in die Geschichte des deutschen Historismus“ eingegangene Forderung zu erheben: „Man muß die Axt gebrauchen“²¹, das heißt, man muß gegen alle „Fachkollegen“, die dem Marxismus in der Frage der Gesetzmäßigkeiten Zugeständnisse machen, rücksichtslos vorgehen. Ein wahrhaft „unbefangener Standpunkt“, der sich hier offenbarte.

Heinrich Rickert dagegen – ein bürgerlicher Geschichtsphilosoph, der sich um die erkenntnistheoretische Begründung des „deutschen Historismus“ besonders „verdient“ gemacht hat – stellte die Idee einer Geschichtsprognose als derart absurd hin, daß er die von Marx nachgewiesene Existenz historischer Gesetze allein dadurch als hinlänglich widerlegt ansah: gäbe es historische Gesetze, so müßte die Geschichte nicht nur die Vergangenheit begreifen, sondern auch die Zukunft vorausberechnen können.“²²

Daß die Geschichte jeglicher Gesetzmäßigkeit bar ist, daß sich daher auch keinerlei Voraussagen über ihren zukünftigen Verlauf machen lassen, waren seither Axiome des „deutschen Historismus“, der sich auf die Feststellung und Beschreibung historischer Fakten, vornehmlich aus dem Bereich der Politik, beschränkte und die Geschichte zu einem im tiefsten Grunde irrationalen, der menschlichen Vernunft unzugänglichen Prozeß erklärte. Nicht zufällig bewegt die Anhänger einer solchen Art von

¹⁹ G. v. Below, Die neue historische Methode, in: Historische Zeitschrift, Bd. 81, 1898, S. 235.

²⁰ Der von 1891 bis zu seinem Tode im Jahre 1915 ununterbrochen an der Leipziger Universität wirkende deutsche Historiker Karl Lamprecht löste Ende des vorigen Jahrhunderts durch seine theoretischen und historiographischen Arbeiten den ersten großen Methodenstreit innerhalb der bürgerlichen Historikerzunft aus. In diesen Arbeiten, die „mit ihrem bewußt wirtschafts- und kulturgeschichtlichen Charakter ihre geheime Spitze gegen Staatsallmacht und Junkerherrschaft“ richteten (E. Engelberg, Zum Methodenstreit um Karl Lamprecht, in: Sonderdruck aus Karl-Marx-Universität Leipzig 1409-1959, Beiträge zur Universitätsgeschichte, Leipzig 1959, S. 28), zog der lange Zeit dem Liberalismus zugeneigte Historiker Lamprecht erstmalig die wissenschaftlichen Ansprüche der herkömmlichen, ausschließlich politischen, d. h. auf die Untersuchung der politischen Ereignisse eingeschränkten, die Einmaligkeit dieser Ereignisse verabsolutierenden und letztere lediglich beschreibenden oder aus dem Wirken einzelner Heroen erklärenden Geschichtsschreibung – der üblichen Hof- und Staatshistorie – in Zweifel.

Die Tatsache, daß in seinen Arbeiten der Wechselwirkung von materiellem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein sowie vor allem der Bedeutung der Ökonomie in der Geschichte in gewisser Weise Rechnung getragen wurde, daß in ihnen das Streben nach Erkenntnis von wie auch immer gearteten Gesetzen der Geschichte spürbar wurde, brachte fast die gesamte auf den theoretisch-methodologischen Positionen ihres berühmten Ahnherrn Ranke befindliche bürgerliche Historikerzunft der damaligen Zeit gegen ihn auf. „Alle bejahten seine (d. h. Rankes – H. Sch.) Negierung der Gesetzmäßigkeiten in der historischen Entwicklung; seine Vergöttlichung der Staatsmacht und die Verherrlichung der großen Persönlichkeiten der herrschenden Klassen; sein Primat der Außenpolitik, das beinhaltete, daß ein feindliches Verhältnis nicht zwischen den Klassen, sondern zwischen den Nationen bestände; seine antidemokratische Ablehnung des revolutionären Kampfes der Massen“ (E. Engelberg, a. a. O., S. 34).

Wie Engelberg zu diesem Methodenstreit feststellt, ging es dabei in erster Linie um „die Frage der Beurteilung und Gestaltung der Verhältnisse der herrschenden Klassen zu den Volksmassen, insbesondere zur Arbeiterbewegung“ (a. a. O., S. 35). In ihrer Feindschaft gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung und gegenüber der sich schnell verbreitenden Ideologie des Marxismus waren sich beide Seiten einig. Gestritten wurde im Grunde darum, wie dieser Bewegung und ihrer Ideologie auf politischem Gebiet – durch die konservative oder durch die liberale Methode – und auf ideologischem Gebiet – durch Bewahrung und Festigung Rankescher Traditionen oder durch formale methodologische Zugeständnisse an den historischen Materialismus und die Konstruktion einer auf die Formulierung von Pseudogesetzen basierenden Geschichtstheorie – zu begegnen ist.

Diese Fragen haben ihre Aktualität bis auf den heutigen Tag bewahrt. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die in der Lamprechtdebatte umstrittenen Grundfragen auch in der Gegenwart immer wieder von neuem Gegenstand mehr oder weniger heftiger Kontroversen bürgerlicher Historiker sind (siehe den letzten Abschnitt der vorliegenden Broschüre).

Zur Analyse der theoretisch-methodologischen Positionen Lamprechts siehe auch A. I. Danilow, Probleme der Agrargeschichte des frühen Mittelalters in der deutschen Historiographie am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Moskau 1958; H. Crüger, Der Verlust des Objektiven ..., a. a. O., S. 56 f.

²¹ G. v. Below, a. a. O., S. 195.

²² Rickert, Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung, Tübingen und Leipzig 1902, S. 525

Geschichtsbetrachtung seither unausgesetzt die letztlich noch heute von ihnen ungelöste, weil unter den genannten Voraussetzungen unlösbare Frage nach der Objektivität der Geschichtserkenntnis, die Erdmann in jüngerer Zeit treffend wie folgt formulierte: „Was bewahrt die Geschichtswissenschaft, wenn sie nicht auf die Erkenntnis des Gesetzmäßigen ausgerichtet ist, davor, in der Willkür subjektiver Deutungen und damit in erkenntnistheoretischen Skeptizismus zu versinken?“²³ Für das Vorhandensein eines solchen Skeptizismus [26] ließen sich viele Beispiele anführen, ebenso wie für das Scheitern aller möglichen, bis auf den heutigen Tag unternommenen Versuche, Willkür und Subjektivismus aus der bürgerlichen Geschichtsschreibung mittels Kulturwerten, mittels kollektiver Über-einkünfte, mittels „intersubjektiver Kontrolle“, mittels eines „intersubjektiven Konsensus“, wie man das heute zu nennen beliebt, zu verbannen.²⁴

Dieses Problem läßt sich nur lösen, wenn die traditionelle Aversion gegenüber historischen Gesetzen und damit auch gegenüber historischen Prognosen überwunden und ein wirklich „unbefangener Standpunkt“ in diesen Fragen eingenommen wird. Davon ist die Mehrheit der bundesdeutschen Historikerzunft, wie Hans Schleier in seiner erwähnten Analyse konstatiert²⁵, jedoch so weit wie eh und je entfernt. Das Schwergewicht ihrer ideologischen Auseinandersetzungen mit den zur marxistischen Geschichtsauffassung tendierenden progressiven Kräften unter den Historikern legen sie nach wie vor auf die Ablehnung gesellschaftlicher Gesetze, wobei sie „völlig unbefangen“ so tun, als ob Marx' und Lenins Hypothesen und Voraussagen nie verifiziert worden seien.

Eine oberflächliche Lektüre einiger Aufsätze Karl-Dietrich Erdmanns könnte nun die Vermutung nahelegen, daß er sich von alten Vorurteilen lösen wollte. Bei näherem Hinsehen erweist es sich – vorweg gesagt – jedoch, daß eines seiner Hauptanliegen gerade darin besteht, die Tatsache der geschichtlichen Bestätigung der Marxschen und Leninschen Hypothesen und Voraussagen zu bestreiten. So stellt er in seinem Aufsatz „Historische Prognosen – rückschauend betrachtet“ die historische Prognose erst einmal ohne Umschweife als eine legitime, für politisches Handeln unabweisbare, notwendige Betrachtungsweise dar: „Zwischen den beiden wissenschaftlichen Variationsformen der eschatologisch-teleologischen und der zyklologischen Betrachtungsweise ... steht die historische Prognose.“²⁶ „Sie verlangt Wissen um Erfahrungsregeln bestimmter Abläufe ökonomischer, psychologischer oder politischer Art. Insofern also schließt sie Elemente einer zyklischen Betrachtungsweise der Geschichte ein. Sie verlangt daneben Einsicht in die geschichtlich gewordene Lage, auf die sie sich bezieht, das heißt Kenntnis der bisherigen Geschichte, als deren Resultat die gegenwärtige Situation erscheint. Insofern [27] also schließt sie eine lineare entwicklungsgeschichtliche Betrachtung des unverrückbar einmaligen Zeitverlaufs ein. Inhalt der Prognose sind nicht datierbare Ereignisse, sondern Tendenzen, Entwicklungsrichtungen. ... sie eröffnet durch die Voraussicht der wahrscheinlichen allgemeinen Entwicklungstendenzen allererst den Raum für situationsgerechte Entscheidungen.“²⁷

Dementsprechend werden denn auch bei Erdmann die wissenschaftlichen Voraussagen von Marx und Engels nicht – wie bislang üblich – rigoros und grundsätzlich abgelehnt, vielmehr werden die diesbezüglichen Leistungen – wenn auch nicht ohne Einschränkungen – gewürdigt.

Die Methode ist nicht neu: man erweist Marx seine Reverenz, preist sein Genie, lobt seine Verdienste um die Wissenschaft, bezieht also gegenüber Marx und Engels einen „denkbar unbefangenen Standpunkt“, um sie anschließend in *einer* Frage, die aber die für den ideologischen Kampf der Gegenwart *entscheidende* ist, des Irrtums zu zeihen: „Seine (Marx' – H. Sch.) nachhaltigsten Prognosen beziehen sich ... auf die Angabe bestimmter Entwicklungsrichtungen. Und hier gelangen wir nun zu der eigentümlichen Feststellung, daß Marx und Engels sehr viel zutreffender die Auswirkungen des Einbruchs der bürgerlichen Gesellschaft in Asien prognostiziert haben als die Art und Weise, in der sich

²³ K. D. Erdmann, Das Problem des Historismus in der neueren englischen Geschichtswissenschaft, in: ders., Geschichte, Politik und Pädagogik, Stuttgart 1970, S. 10.

²⁴ Näher darüber bei G. Klaus/H. Schulze, Sinn, Gesetz und Fortschritt in der Geschichte, Berlin 1967, S. 19 ff. – Siehe ferner H. Schleier, Theorie der Geschichte ..., a. a. O., S. 60 ff.

²⁵ Siehe H. Schleier, Theorie der Geschichte ..., a. a. O., S. 23 ff.

²⁶ K. D. Erdmann, Historische Prognosen – rückschauend betrachtet, in: Geschichte, Politik und Pädagogik, Stuttgart 1970, S. 239.

²⁷ Ebenda, S. 240.

innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft einmal der Ausgleich im Antagonismus von Arbeit und Kapital vollziehen sollte.“²⁸

Wird mit der These vom „Ausgleich der Gegensätze“ explizit auch „nur“ der Anspruch erhoben, Marx und Engels einen fundamentalen Irrtum nachgewiesen zu haben, so richtet sich doch der Angriff implizit, unausgesprochen in gleichem Maße gegen die Leninsche Imperialismustheorie, die den Imperialismus als letzte Etappe der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bestimmt: „Ökonomisch ist der Imperialismus ... die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus, und zwar eine Stufe, auf der die Produktion so sehr Groß- und Größtproduktion geworden ist, daß *die freie Konkurrenz vom Monopol abgelöst wird* ... Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion.“²⁹

[28] Was die „Industriegesellschafts“-Theoretiker und ihre Anhänger beweisen wollen, ist das direkte Gegenteil, nämlich die angeblich zu erwartende Wendung von der (nicht zu leugnenden) politischen Reaktion zur Demokratie.

Diese Geschichtsvision ist – vorweg gesagt – nicht neu. Und im Grunde hat die Geschichte, die der Historiker Erdmann in diesem Falle wohlweislich ignoriert, bereits das Urteil über sie gesprochen. Denn „der Imperialismus, der am Ende des 19. Jahrhunderts als höchstes und letztes Entwicklungsstadium des Kapitalismus die Weltbühne mit dem propagandistisch zunächst nicht unwirksamen Anspruch betrat, alle Widersprüche des Kapitalismus lösen zu können, bewies nicht nur binnen kurzem, daß er unfähig zur Erfüllung solcher Versprechungen war, sondern, daß er darüber hinaus alle Widersprüche des Kapitalismus in ungeahnter Weise vertiefte und verschärfte und neue Widersprüche hervorbrachte. In weniger als einem halben Jahrhundert offenbarte er – nicht zuletzt durch zwei grauenhafte Weltkriege – sein zutiefst reaktionäres, antidemokratisches, antihumanistisches und damit volksfeindliches Wesen in einem solchen Ausmaß, daß er sich vor den Volksmassen selbst diskreditierte.“³⁰

Wenn Versprechungen und Ansprüche der oben genannten Art heute erneuert werden, so liegt der Grund angesichts dessen und angesichts der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus auf der Hand. Aber nicht nur die Geschichte, auch die Gegenwart bezeugt, daß solche Versprechungen nicht einlösbar sind, daß der Imperialismus trotz der ihm durch die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, durch die Kraft der internationalen Arbeiterbewegung und die weltweiten nationalen Befreiungsbewegungen abgerungenen Zugeständnisse an die Politik der friedlichen Koexistenz sein Wesen nicht verändert hat.

Erdmann stellt nun den angeblichen „Ausgleich im Antagonismus von Arbeit und Kapital“ nicht nur als eine in den entwickelten kapitalistischen Ländern schlechthin gegebene Tatsache hin, er möchte sie vielmehr als Ergebnis einer gesetzmäßig wirkenden und sich im Laufe der Geschichte zwangsläufig durchsetzenden Tendenz ausgeben, wenngleich er auch den Begriff Gesetzmäßigkeit dabei geflissentlich meidet: „Wenn wir rückschauend feststellen, daß bestimmte, von [29] weit her prognostizierte Begebenheiten sich in unserer Gegenwart wiederfinden, so müssen wir annehmen, daß diese Faktoren unserer Gegenwart nicht beiläufig und zufällig, sondern geschichtlich verwurzelt sind. Wir müssen mit ihnen rechnen, wenn wir in unserer eigenen Gegenwart eine situationsgerechte Einsicht und eine situationsgerechte Verhaltensweise gewinnen sollen.“³¹ Vorausgesagt aber hätten die nunmehr angebrochene „Epoche staatlicher Sozialreform“, des „Ausgleichs sozialer Gegensätze“, der „klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft“ vor mehr als hundert Jahren bereits bürgerliche Soziologen wie Alexis de Tocqueville und Lorenz von Stein.

Kann eine solche Beweisführung – von der Richtigkeit der Prämissen, nämlich a) der angeblichen Voraussage eines von Stein oder de Tocqueville und b) des angeblichen Ausgleichs der Gegensätze im Kapitalismus erst einmal abgesehen – überhaupt schlüssig sein? Wir meinen nein. Nach den Regeln der formalen Logik kann das Eintreffen einer Voraussage zunächst nur die Vermutung

²⁸ Ebenda, S. 252.

²⁹ W. I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, in: Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1960, S. 34.

³⁰ W. Gutsche, Zur Imperialismus-Apologie in der BRD ..., a. a. O., S. 10.

³¹ K. D. Erdmann, Historische Prognosen – rückschauend betrachtet, a. a. O., S. 240

nahelegen, daß dieses Ereignis gesetzmäßig ist, eine Gesetzmäßigkeit selbst kann sie noch nicht beweisen.³² Und wenn Erdmann auch eine entsprechend vorsichtige, nichtsdestoweniger aber dem Sachverhalt inadäquate, überzogene Formulierung benutzt – denn wir „*müssen*“ hier nicht annehmen, wir *können* nur annehmen, daß das in Frage stehende Ereignis gesetzmäßig ist –, so ersetzt doch dieser Schluß vom Eintreffen der Voraussage auf eine Gesetzmäßigkeit bei ihm de facto den eigentlichen Nachweis für die angebliche Gesetzmäßigkeit des „Ausgleichs der Gegensätze im Antagonismus von Arbeit und Kapital“. Denn diesen Nachweis sucht man in Erdmanns diesbezüglichen Aufsätzen vergeblich. Daß dieser Schluß in der Tat wissenschaftlich völlig haltlos ist, wird vollends offenbar, wenn man die Prämissen, die ihm zugrunde liegen, näher untersucht.

Einer der Kronzeugen, auf dessen angebliche Voraussagen vom „Weg zur klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft“, vom „Ausgleich der sozialen Gegensätze“ sich Erdmann beruft – ohne ihn allerdings zu zitieren! – ist Lorenz von Stein. Ihn will Erdmann gewissermaßen nachträglich in die Ahnenreihe der Begründer des „deutschen Historismus“ aufgenommen wissen, da er angeblich ebenso wie sie an der – um mit Erdmann zu sprechen – „Sprengung geschichtstheologischer oder ge-[30]schichtphilosophischer Verriegelungen der offenen Zukunft“³³ mitgewirkt habe. Im Klartext soll das heißen, daß die Vertreter des „deutschen Historismus“, wie von Ranke, von Below, Rickert, Windelband und andere, durch die Leugnung der von Marx und Engels entdeckten Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsprozesses, insbesondere der Gesetzmäßigkeit des Übergangs der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus, durch die Behauptung der absoluten Singularität und Individualität aller historischen Prozesse die „Verriegelung“ der – für den Kapitalismus, muß man hinzufügen – angeblich endlos „offenen Zukunft“ aufgebrochen hätten.

Am Rande bemerkt ist das zugleich ein bemerkenswertes Beispiel für politische Linguistik, die den „Feind“ bereits im vorhinein durch die Auswahl der zur Bestimmung seiner Attribute, Verhaltensweisen etc. verwendeten Vokabeln moralisch diskriminiert und diffamiert und der eigenen Verhaltensweise, den eigenen Absichten umgekehrt den Odem moralischer Sauberkeit, Hochanständigkeit, des Lobenswerten usw. verleiht. So wird die in Wahrheit politisch reaktionäre, wissenschaftlich unhaltbare, weil zutiefst agnostizistische und – philosophisch gesehen – idealistische Position der Vertreter des „deutschen Historismus“ durch einen entsprechenden sprachlichen Ausdruck – Aufbrechen geschichtphilosophischer Verriegelung der offenen Zukunft – unter der Hand in ein Verdienst an der Geschichtswissenschaft verwandelt. Nicht ganz zu Unrecht bezeichnete Herbert Marcuse, Philosoph der „Neuen Linken“, diese Art von Linguistik als eine „der wirksamsten ‚Geheimwaffen‘ von Herrschaft und Verleumdung“³⁴. Daß ihr Gebrauch den Anspruch auf politische Neutralität, auf „Wertfreiheit“ etc. von vornherein in einem sehr fragwürdigen Licht erscheinen läßt, da sich die Parteilichkeit hier bereits im sprachlichen Ausdruck offenbart, dürfte kaum zu bestreiten sein. Auch unter diesem Aspekt würde sich daher eine Analyse jener Passage verlohnen, in der Erdmann seinen Lesern Lorenz von Stein, seinen Kronzeugen, dessen Prognosen er „rückschauend betrachten“ will, vorstellt: „Lorenz von Stein gehört zu den markanten Orientierungspunkten im Gelände der sozialhistorischen und sozialprognostischen Ideen des 19. Jahrhunderts für die in unseren Tagen kraftvoll in Gang gekommene sozialgeschichtliche Forschung in Deutschland. Dogma-[31]tischen Schablonen stellt sie die Zukunftsoffenheit empirischer Bemühung um die Erhellung der historischen Wirklichkeit entgegen. Seither hat die der bürgerlich-industriellen Welt innewohnende Fähigkeit zum Ausgleich sozialer Gegensätze unter der Einwirkung sozialpolitischer Richtungsimpulse des Staates eine Entwicklung gezeitigt, die als der Weg zur klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft gedeutet werden kann. Der Begriff des Proletariats verliert seine aktuelle Bedeutung. Er hat keine Zukunft.“³⁵

Beweise oder Hinweise in Form von Zitaten aus den Werken von Steins, die diese Behauptungen stützen, wird man nur allerdings bei Erdmann vergeblich suchen. Lorenz von Stein wird zwar das Verdienst zugeschrieben, „dogmatische Schablonen“ mit überwunden zu haben, womit wieder die

³² Siehe W. Segeth, *Elementare Logik*, Berlin 1967, S. 205 f.

³³ K. D. Erdmann, *Die Zukunft als Kategorie der Geschichte*, in: ders., *Geschichte, Politik und Pädagogik*, Stuttgart 1970, S. 262.

³⁴ H. Marcuse, *Versuch über die Befreiung*, Frankfurt/M. 1969, S. 110.

³⁵ K. D. Erdmann, *Die Zukunft als Kategorie der Geschichte*, a. a. O., S. 264.

marxistische Auffassung von der gesetzmäßigen Abfolge der ökonomischen Gesellschaftsformationen gemeint ist, er wird damit postum nicht nur in die Ahnengalerie der Vertreter des „deutschen Historismus“, sondern auch der Begründer der gegenwärtig weit verbreiteten „Industriegesellschafts“-Lehren verwiesen, er wird zu einem „markanten Orientierungspunkt im Gelände“ gestempelt, wie es da im unverfälschten alten Artilleristendeutsch heißt. Aber welche „sozialprognostischen Ideen“ sind es nun wirklich, die es sich „rückschauend“ zu betrachten verlohnte? Auf diese Frage sucht man eine konkrete Antwort wie gesagt vergeblich.

Schlägt man dagegen bei Lorenz von Stein selbst nach, so wird man einige überraschende Entdeckungen machen können, die zu dem von Erdmann entworfenen Stein-Bild im krassen Widerspruch stehen und die die von Erdmann beschworene Kronzeugenschaft eines von Stein absolut sinnlos erscheinen lassen. Denn Lorenz von Stein erblickte in der sozialen Ungleichheit, durch die sich der Kapitalismus gegenüber dem Sozialismus „auszeichnet“, durchaus keinen Makel. Er sah zu seiner Zeit offenbar nicht die geringste Veranlassung, diese soziale Ungleichheit – wie Erdmann und andere Anhänger der sogenannten „Industriegesellschafts-Lehren“ heute – zu leugnen oder einen „Ausgleich der Gegensätze“ für die Zukunft zu prognostizieren. Im Gegenteil, von Stein erblickte in der Spaltung der Gesellschaft in Klassen, in der ungleichen Verteilung des Eigentums sogar die Gewähr für den ständigen [32] Fortschritt der Gesamtgesellschaft. Eine Gesellschaft, die nicht in Klassen gespalten ist, sah er überhaupt nicht für lebensfähig an. Hier der Beweis: „Die Verschiedenheit in der Verteilung ist eine absolute Notwendigkeit ... Der Besitz an sich bildet ... gleichsam den sachlichen Körper der geistigen Individualität; der verschiedene Besitz wird daher notwendig eine Verschiedenheit der Individualität erzeugen ... Da nun aber diese Besonderheit der Individualität die unabweisbare Bedingung für die vollständige Erfüllung der höchsten Lebensaufgaben der Gesamtheit ist, weil jede derselben den ganzen Menschen mit all seinen besten Kräften für sich fordert, so ist es andererseits einleuchtend, daß es eine notwendig wirkende und dauernde ... Gewalt geben muß, welche diese Besonderheit der Individualitäten beständig wieder erzeugt. Diese Gewalt nun ist eben jene Verschiedenheit des Besitzes ...“³⁶

„... die Harmonie der Entwicklung der Gesellschaft wird stets darauf beruhen, daß die verschiedenen Ordnungen mit ihren Klassen gegenseitig ineinandergreifen und sich einander ersetzen und erfüllen ... Alle Völker, welche dies nicht vermögen, sind unfähig, einen dauernden Platz in der Geschichte einzunehmen ...“³⁷

„Jeder Mensch ist, was er ist, wesentlich vermöge seines Besitzes; der Besitz, den er hat, ist der Körper seiner geistigen Individualität, und wo der Geist diesen Körper verliert, da ist, wo die übrigen Momente nicht stark genug sind, ihn wieder zu gewinnen, die Individualität selbst eine gebrochene.“³⁸

„... daß die Menschen immer den Besitzenden höher achten als den Nichtbesitzenden. Es ist reine Illusion zu glauben, daß dies je anders werden könne ...“³⁹

Diese – wenn auch etwas langatmigen – Zitate sprechen für sich, wobei man sich angesichts der krampfhaften Versuche, die Institution des Privateigentums an Produktionsmitteln und die daraus folgende soziale Ungleichheit zu verteidigen, heutzutage eines Lächelns kaum erwehren können. Dabei sind, wie wir hier nur am Rande bemerken möchten, die Argumente der derzeitigen Verfechter des Privateigentums an Produktionsmitteln von denen eines von Stein gar nicht so grundverschieden. So geistert das Gespenst einer infolge „Besitzlosigkeit“ „gebrochenen Individualität“ in modifizierter Form auch heute noch durch die einschlägige Literatur, wie [33] folgende Passage aus dem ersten Entwurf des Langzeitprogramms der SPD beweist: „Zur freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit gehört eine nach den persönlichen Absichten und Wertungen gestaltbare Eigentumssphäre.“⁴⁰

Lorenz von Stein kann also keineswegs als Prognostiker einer „klassenlosen“ bürgerlichen Gesellschaft gelten, zu dem ihn Erdmann stempeln möchte. Allerdings hat sich von Stein auch im Prognostizieren

³⁶ L. v. Stein, System der Staatswissenschaft, Zweiter Band, Die Gesellschaftslehre, Stuttgart/Augsburg 1856, S. 173.

³⁷ Ebenda, S. 430 f.

³⁸ Ebenda, S. 150 f.

³⁹ Ebenda, S. 151.

⁴⁰ Langzeitprogramm 1, Texte, Bonn/Bad Godesberg 1972, S. 168.

versucht, aber seine Voraussagen laufen gerade auf das Gegenteil dessen hinaus, wofür er von Erdmann als Kronzeuge angerufen wurde. Denn von Stein sagt eine Zeit voraus, in der die „nichtbesitzende Klasse“ unvermeidlich die „Majorität“ in dem gesetzgebenden Organ der Gesellschaft erringen und weitere Kapitalbildung mit größter Wahrscheinlichkeit durch entsprechende Gesetze verhindern wird: „Aus der sozialistischen Idee (der sozialreformistischen, wie wir heute sagen würden – H. Sch.) geht der Grundsatz hervor, daß im Namen der freien Entwicklung der Persönlichkeit die Steuer die kapitalbildende Kraft des Einkommens unter keinen Umständen vernichten darf, wenn sie nicht zur kommunistischen werden will ... Nun ist es im Wesen aller Verfassung begründet, daß diejenige Gewalt, welche über diese Frage entscheidet, eben nur die verfassungsmäßige Gesetzgebung, ihrerseits entscheidet aber nach dem Prinzip der einfachen Majorität. Diese Majorität selbst aber wird gebildet durch die Wahl nach dem allgemeinen Stimmrecht. Die Ordnung der Gesellschaft ihrerseits, auf den wirtschaftlichen Gesetzen des Völkerlebens beruhend, zeigt nun, daß diese Majorität stets bei der nichtbesitzenden Klasse ist. Eine Reihe von Gründen kann es eine lange Zeit hindurch aufhalten, daß die nichtbesitzende Klasse wirklich bei dem allgemeinen Steuerrecht die Majorität in dem gesetzgebenden Körper habe. Aber es hat auch niemand gegeben, für den das Eintreten dieser Majorität nicht eine bloße Frage der Zeit gewesen wäre. Tritt nun diese Zeit ein, so wird die Entscheidung darüber, ob ein Steuergesetz die Kapitalbildung durch das Einkommen noch möglich macht oder nicht, von denjenigen abhängen, welche darüber kein Urteil haben, nicht weil sie zu wenig Verstand besitzen, sondern weil sie selbst ohne Kapital die Bedingungen der Kapitalbildung auch selbst nicht zu beurteilen vermögen.“⁴¹

[34] Diese Voraussage eines von Stein ist in der Tat eingetroffen. Wie die Kapitaleigentümer, insbesondere die großen Monopole, aber auf den fehlenden „Sachverstand“ der Massen – wie man heute so schön sagt – in solchen Fällen reagieren, haben die von ihnen inszenierten Militärputsche, Konterrevolutionen, Bürgerkriege zur Genüge gelehrt. Mit brutalem Terror setzen sie sich über die angeblich heiligen Spielregeln der formalen bürgerlichen Demokratie hinweg, um die soziale Ungleichheit aufrechtzuerhalten, um ihre Privilegien, ihr Monopol am Eigentum zu verteidigen.

Gründlich geirrt aber hat von Stein, als er – vom Antikommunismus verblendet – das unvermeidliche Scheitern eines jeglichen kommunistischen „Experiments“ voraussagte: „... aber wie man auch in einer kapitallosen Welt Einnahmen und Ausgaben verwalten, sich ein Recht des Einzelnen auf seinen ‚Anteil am Erwerb‘ denken will ohne Direktoren, Funktionäre aller Art, Buchhalter, Kassierer, Revisoren, Urteils-Exekutoren, Haftung, Schadenersatz, Gehalt für die öffentlichen Diener, Unzufriedenheit bei den Beherrschten, die persönlich auf nichts ein Recht haben sollen – das wird wohl niemand verständlich sein. Wo daher diese kommunistische Idee an die Stelle der organischen Staatswissenschaft treten will, wird es ihr charakteristisches Merkmal, niemals eine praktische Frage und vor allen Dingen niemals den staatswirtschaftlichen Organismus einer eigentumslosen Welt zu Ende zu denken. Und nicht darum, weil die soziale Bewegung eine Macht ist, sondern weil sie Anwendungen dieser Macht will, die sie selbst sich nicht vorstellen kann, ist sie eine Gefahr. Eine sozialistische Finanzwissenschaft ohne Eigentum, Kapital und Einzelrecht ist ein Unding. Doch ist eben darum das ganze so einfach, daß es nicht der Mühe wert scheint, weiter darauf einzugehen.“⁴²

Die Zeiten haben sich seit 1885, da von Stein diese naiven Einwände gegen den Sozialismus erhob, grundlegend geändert. Von der Lebensfähigkeit der sozialistischen Ordnungen heute fest überzeugt, scheuen ihre Gegner im Gegensatz zu von Stein keine „Mühe“ mehr, um diese Ordnungen erst gar nicht ins Leben treten zu lassen, um sie dort, wo sie existieren, mit ökonomischen, politischen und ideologischen Mitteln zu unterminieren oder sie, wo es ihnen das Kräfteverhältnis [35] im jeweiligen geographischen Raum zuzulassen scheint, mit militärischer Gewalt zu zerstören. Wenn „das ganze so einfach“ wäre, wie es sich Lorenz von Stein vorgestellt hat, dann brauchte ihn heute ein Erdmann nicht als Kronzeugen für einen angeblich schon von ihm vorausgesehenen grundlegenden Wandel der kapitalistischen Ordnung anzurufen.

⁴¹ L. v. Stein, Finanzwissenschaft und Staatssozialismus, in: Adolph Wagner, Finanzwissenschaft und Staatssozialismus – 1887, hrsg. von August Skalweit, Frankfurt/M. 1948, S. 103, 107, 108.

⁴² Ebenda, S. 102.

3. Der Kapitalismus auf dem Weg zur „klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft“?

Ebensowenig wie die erste, vorstehend untersuchte Prämisse hält die zweite einer Konfrontation mit der Wirklichkeit stand. Der Kapitalismus hat weder den Weg der klassenlosen Gesellschaft eingeschlagen – das heißt, es hat keine „allgemeine Verbürgerlichung“ stattgefunden, wie Erdmann behauptet⁴³, und der „Begriff des Proletariats“ hat somit „seine aktuelle Bedeutung“ auch keineswegs verloren, wie Erdmann an anderer Stelle fälschlicherweise meint⁴⁴ –, noch zeigte er sich imstande, die „aufkommenden wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze abzuschleifen“⁴⁵ oder etwa gar „allen möglichst gleiche Ausgangsbedingungen für ihre Ausbildungs-, Berufs- und Aufstiegschancen zu geben“.⁴⁶

Was mit derartigen Behauptungen bezweckt wird, ist leicht einzusehen. Wenn die gesellschaftliche Entwicklung im Kapitalismus einen ganz anderen Verlauf genommen hat, als Marx annahm, dann ist auch die sozialistische Revolution ein Anachronismus und der Marxismus-Leninismus überhaupt eine falsche, von der Wirklichkeit widerlegte und überlebte Ideologie, der es sich nicht zuzuwenden lohne.

Die Tatsachen sprechen jedoch in dieser Hinsicht eine andere Sprache. Ganz offenkundig und von engagierten Verteidigern des staatsmonopolistischen Kapitalismus auch in jüngerer Zeit nicht länger geleugnet, ist die Tatsache – um bei der letztzitierten Behauptung Erdmanns anzufangen –, daß sich der Kapitalismus bislang gerade nicht imstande gezeigt hat, „allen möglichst gleiche Ausgangsbedingungen für ihre Ausbildungs-, Berufs- und Aufstiegschancen zu geben“. Selbst Ideologen, die das nach wie vor im Prinzip für möglich halten [36] oder für möglich ausgeben wollen, beurteilen die hierauf bezüglichen Aussichten sehr pessimistisch: „Die Chancengleichheit im Ausbildungssystem allein erfordert eine gewaltige, überlineare Steigerung der Investitionen des Staates, wenn sie in den nächsten dreißig Jahren Wirklichkeit werden soll.“⁴⁷ Das erklärte Jochen Steffen, einer der führenden rechten Sozialdemokraten der BRD, in seinem 1974 erschienenen Buch „Strukturelle Revolution“. Zieht man in Betracht, daß trotz Wirtschaftskrise, Finanzkrise usw. überlinear bislang immer nur die Investitionen auf dem Gebiet der Rüstung gesteigert wurden, daß auf dem Gebiet der Bildung dagegen der entgegengesetzte Trend zur Kürzung der Investitionen, zur „Sparsamkeit“ zu verzeichnen war und ist, so rückt die „Chancengleichheit im Ausbildungssystem“ weiter in nebelhafte Ferne. Bürgerliche Ideologen, die der älteren Generation angehören, können die Hoffnung, ihre These einmal von der Praxis bestätigt zu sehen, folglich bereits heute fahren lassen. Daß diese „Chancengleichheit“ im Grunde eine Fata Morgana ist, wird überdies jeder einsehen, der sich von der Unaufhebbarkeit der in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus herrschenden Vermögensungleichheit überzeugt hat.

Ebensowenig kann, wie von den Anhängern der Industriegesellschaftslehre nachhaltig behauptet wurde, die Rede davon sein, daß eine „allgemeine Verbürgerlichung“ stattgefunden habe, alle Mitglieder der Gesellschaft gewissermaßen den gleichen sozialen Status von Besitzern von Produktionsmitteln erlangt hätten. Ganz im Gegenteil! Statistische Erhebungen beweisen eindeutig, daß das von Marx entdeckte Gesetz der Polarisierung der Bevölkerung, der „immer stärkeren Zusammenballung des Kapitals“ – wie sich Erdmann ausdrückt⁴⁸ – auf der einen Seite und des ständigen Wachstums der Armee der Lohnarbeiter auf der anderen Seite auch in der Gegenwart weiterwirkt. In seinem Buch „Kapitalismus und Klassen“ führt der sowjetische Autor W. S. Semjonow eindrucksvolle Zahlen über diese Polarisierung an.

So zeigt sich die Tendenz der Konzentration des gesamten Reichtums an Produktionsmitteln in immer weniger Händen, das heißt die Abnahme des prozentualen Anteils der Kapitalistenklasse an der Gesamtbevölkerung, schon bei der Untersuchung relativ kurzer Zeiträume und zeichnet sich noch deutlicher über längere Zeiträume ab. Zum Beispiel ist die Gesamtzahl der Unternehmer in den USA von 1950 bis 1960 von 2.527.824 auf 1.968.192 zurückgegangen, das heißt um mehr als ein Fünftel.⁴⁹

⁴³ K. D. Erdmann, Historische Prognosen – rückschauend betrachtet, a. a. O., S. 249.

⁴⁴ K. D. Erdmann, Die Zukunft als Kategorie der Geschichte, a. a. O., S. 264.

⁴⁵ K. D. Erdmann, Historische Prognosen – rückschauend betrachtet, a. a. O., S. 249.

⁴⁶ Ebenda, S. 245.

⁴⁷ J. Steffen, Strukturelle Revolution. Von der Wertlosigkeit der Sachen, Hamburg 1974, S. 346.

⁴⁸ K. D. Erdmann, Historische Prognosen – rückschauend betrachtet, a. a. O., S. 248.

⁴⁹ Zit. nach W. S. Semjonow, Kapitalismus und Klassen, Berlin 1973, S. 180.

Hierbei sind die selbständig wirtschaftenden Farmer als Besitzer von Produktionsmitteln und mehr oder weniger große „Arbeitgeber“ noch nicht miteingerechnet, die gerade in diesem Zeitraum besonders stark dezimiert wurden und ihre selbständige Existenz aufgeben mußten. Ihre Zahl ging im Zeitraum von 1940 bis 1959 von 6,1 Millionen auf 3,7 Millionen zurück.⁵⁰

In England ging der prozentuale Anteil der Unternehmer der Gesamtheit der arbeitsfähigen Bevölkerung von 1851 bis 1951 von 8,1% auf 2,04% zurück.⁵¹

Aber die Produktionsmittel konzentrierten sich nicht nur schlechthin bei einer prozentual im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung immer kleiner werdenden Bevölkerungsschicht, sondern auch noch innerhalb dieser Schicht, der Bourgeoisie, bei einer verschwindend geringen Zahl von Monopolkapitalisten. Eine bildhafte Vorstellung davon vermittelt die Tatsache, daß zum Beispiel die beiden größten westdeutschen Elektrokonzern, Siemens und AEG, zusammen annähernd 300.000 Arbeitskräfte beschäftigen, das heißt nahezu 50% aller Beschäftigten der gesamten westdeutschen und der Westberliner Elektroindustrie.⁵²

Das absolute und relative (im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung) zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse und aller von den Produktionsmitteln getrennten „Arbeitnehmer“ ist jedoch vor allem auf die Ruinierung der kleinbürgerlichen Zwischengruppen aus den Mittelschichten, den Kleinproduzenten, durch die Großbourgeoisie zurückzuführen. Wir führten bereits Zahlen über die Dezimierung der Farmen in den USA an. In Westdeutschland waren von 1949-1959 fast 260.000 Bauernfamilien – das dürften mehr als 1 Million Menschen sein – gezwungen, die Dörfer zu verlassen.⁵³ In Italien nahm die Zahl der selbständig wirtschaftenden Bauern von 1951 bis 1959 um fast 2 Millionen ab.⁵⁴

Analog zur Abnahme der ländlichen Kleinbourgeoisie vollzieht sich auch ein Rückgang des prozentualen Anteils der städtischen Kleinbourgeoisie – Ruinierung von Handwerksbetrieben, kleinen Händlern usw. – an der Gesamtbevölkerung, der jedoch im allgemeinen bedeutend weniger als die Ruinierung der selbständigen Produzenten auf dem Lande ins Gewicht fällt. Insgesamt gesehen aber ist ein entschiedener Rückgang der Kleinbourgeoisie zu verzeichnen. In den USA ging ihr Anteil von 1880– 1959 wie folgt zurück (in % zur arbeitsfähigen Bevölkerung)⁵⁵:

Kleinbourgeoisie (mit kapitalistischen Unternehmern)	}	1880	1900	1920	1940	1959
		35,8	29,6	22,5	15,0	9,6

Von der Gesetzmäßigkeit dieses Prozesses der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln und ihrer Konzentration in den Händen einer kleinen Schicht von Kapitaleigentümern zeugt auch die Tatsache, daß der prozentuale Anteil der Kleinbourgeoisie in den entwickelten und den weniger entwickelten kapitalistischen Ländern noch sehr unterschiedlich ist, beträgt er in ersteren heute 5-10%, so in den letztgenannten noch 25-35%, wofür Semjonow entsprechendes Zahlenmaterial anführt.⁵⁶

In den entsprechenden Proportionen mußte sich logischerweise der prozentuale Anteil der Arbeiter und Angestellten an der arbeitsfähigen Bevölkerung der entwickelten kapitalistischen Länder verändern (in %)⁵⁷:

USA (1870-1965)	von 59,4 auf 88,6
England (1851-1962)	von 82,0 auf 93,1
Deutschland (1882) und BRD (1961)	von 64,7 auf 77,3

⁵⁰ Zit. nach: Der Aufbau des Kommunismus und der revolutionäre Weltprozeß, hrsg. vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau 1966, S. 143.

⁵¹ Zit. nach W. S. Semjonow, Kapitalismus und Klassen, a. a. O., S. 180.

⁵² Zit. nach W. S. Semjonow, Kapitalismus und Klassen, a. a. O., S. 178. Ausführlicher über die Kapitalkonzentration speziell in der BRD bei G. Binus, Kapitalkonzentration in der BRD 1972, in: IPW-Berichte, 9/1973, S. 17-29.

⁵³ Zit. nach W. S. Semjonow, Kapitalismus und Klassen, a. a. O., S. 199.

⁵⁴ Zit. nach: Der Aufbau des Kommunismus und der revolutionäre Weltprozeß, a. a. O., S. 143.

⁵⁵ Zit. bei W. S. Semjonow, Kapitalismus und Klassen, a. a. O., S. 211.

⁵⁶ Siehe W. S. Semjonow, Kapitalismus und Klassen, a. a. O., S. 197.

⁵⁷ Zit. nach W. S. Semjonow, Kapitalismus und Klassen, a. a. O., S. 184.

Frankreich (1851-1962)	von 54,6 auf 71,7
Italien (1936-1959)	von 51,5 auf 62,7
Japan (1950-1960)	von 35,2 auf 48,6
Kanada (1931-1951)	von 65,5 auf 77,3
Australien (1911-1954)	von 74,3 auf 81,3
Schweiz (1888-1950)	von 56,5 auf 74,9

Eine anschauliche Vorstellung von der Dynamik und Stetigkeit, die diesem Prozeß der Verwandlung fast der gesamten Bevölkerung in ökonomisch abhängige Beschäftigte des Kapitals, der großen Monopole und des in seinem Interesse waltenden Staates selbst über relativ kurze Zeiträume eigen sind, vermittelt auch folgende Statistik, die den Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten an der Gesamtbeschäftigung in kapitalistischen Industrieländern belegt (in %) ⁵⁸:

[39] *Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten an Beschäftigung in kapitalistischen Industrieländern*

	1950	1960	1969
Großbritannien	92,0	92,5	92,7
USA	79,5	83,7	89,5
Kanada	70,8	81,2	86,4
BRD	68,6	76,8	81,4
Belgien	71,5	76,6	78,7
Frankreich	(1955: 65,3)	69,7	76,7
Italien	(1955: 54,7)	61,0	67,2
Japan	(1955: 41,0)	51,0	63,5

Quellen: Labour Force Statistics, 1958-1969 (Hrsg. OECD), Paris 1971; Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit der BRD, Nürnberg, Sondernummer vom 10.8.1972

Die Arbeiterklasse – zu der nicht nur die Industriearbeiter als ihr Kern zu rechnen sind, sondern auch die Arbeiter außerhalb der materiellen Produktion, wie zum Beispiel die im Bereich des enorm gewachsenen Dienstleistungsbereiches beschäftigten Arbeiter, zu der ferner die Masse der Angestellten, einschließlich jener, die untere Leitungsfunktionen ausüben, zu rechnen ist – ist im Verlaufe dieses Polarisierungsprozesses bedeutend gewachsen.

Diese Tatsache geht aus Statistiken kapitalistischer Staaten, wie zum Beispiel aus dem „Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland“, eindeutig hervor. Gerade der Zeitraum, auf den sich die Aussagen eines Erdmann bzw. der Autoren der Industriegesellschaftstheorien vom „Verschwinden der Arbeiterklasse“, von der „allgemeinen Verbürgerlichung“ beziehen, nämlich die fünfziger und sechziger Jahre, sind durch eine starke Dynamik in der Veränderung der Sozialstruktur gekennzeichnet, wie folgende Tabelle (S. 40) ausweist. ⁵⁹

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß im Hinblick auf die Arbeiter außerhalb der materiellen Produktion und auf die Masse der Angestellten vor allem durch die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche „objektive Voraussetzungen für das Entstehen gleicher Klasseninter[40]essen und das subjektive Erkennen der Situation als ausgebeutete Lohnarbeiter, als ‚Ware‘ gegeben (sind). Auf der Basis einer gleichen sozialökonomischen Stellung kann sich ein politischer und ideologischer Annäherungsprozeß an die Haltungen, Ziele und Motivationen der Industriearbeiter vollziehen. Es ergibt sich also nicht nur, und nicht einmal in erster Linie, ein quantitatives Wachstum der Arbeiterklasse, sondern vor allem eine Ausweitung der revolutionären Potenz der Arbeiterklasse.“ ⁶⁰

⁵⁸ Zit. in IPW-Berichte, 7/1972, S. 54 – Informationen, Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur der kapitalistischen Industriestaaten.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ P. Delitz/J. Marx, Umfang und Struktur der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus, in: IPW-Berichte, 7/1972, S. 42.

Erwerbstätige	1951		1971*	
	Anzahl in Mio.	v. H.	Anzahl in Mio.	v. H.
Selbständige	3,2	15,5	2,7	10,2
Mithelfende				
Familienangehörige	3,1	14,7	1,7	6,3
Abhängig Beschäftigte	14,6	69,8	22,2	83,5
Beamte	0,9	4,0	1,5	5,6
Angestellte	3,3	16,0	8,3	31,2
Arbeiter	10,4	49,8	12,4	46,7
Gesamt	20,9	100,0	26,6	100,0

* Mikrozensus, April 1971

Angaben nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden), Stuttgart und Mainz, lfd.

Auf das Anwachsen der revolutionären Potenz der Arbeiterklasse; das bürgerliche Ideologen noch weit mehr als das quantitative Wachstum der Arbeiterklasse „beunruhigt“, wird noch zurückzukommen sein.

Daß Marx mit seiner Voraussage einer zunehmenden Polarisierung der Bevölkerung in Kapitalisten und Lohnarbeiter, einer fortschreitenden Trennung der Produktionsmittel von der Arbeit, der Verwandlung der Arbeit in Lohnarbeit und der Produktionsmittel in Kapital eine große wissenschaftliche Leistung vollbracht hat, die die Richtigkeit der theoretischen [41] Grundlagen dieser Voraussage vollauf bestätigt, wird vor allem an folgenden Fakten deutlich: Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als Marx diese Voraussage machte, betrug die Zahl der Industriearbeiter in der ganzen Welt nicht mehr als 10 Millionen! Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts umfaßte sie in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern 30 Millionen Menschen. Anfang der fünfziger Jahre stieg sie in diesen Ländern auf 85 Millionen. Zählt man die Masse der Angestellten und der außerhalb der Industrie beschäftigten Arbeiter hinzu, die sich ihrer ökonomisch-gesellschaftlichen Stellung nach nicht von den Industriearbeitern unterscheiden, so belief sich die zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse auf 160 Millionen. Diese Zahl stieg bis Anfang der 60er Jahre auf 180 bis 190 Millionen Menschen an.⁶¹ Die Zahl der körperlich und geistig tätigen Lohnarbeiter wuchs schließlich im darauffolgenden Jahrzehnt auf 225 Millionen Menschen an, wie den Angaben des „Year Book of Labour Statistics“ 1965, 1971“, Geneva, zu entnehmen ist.⁶²

Hinzu kommt die Herausbildung einer zahlenmäßig schnell wachsenden Arbeiterklasse in den wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Anfang der fünfziger Jahre betrug ihre Zahl 140 Millionen, bis 1963 hatte sie sich auf 180 Millionen erhöht und damit etwa die gleiche Stärke wie in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern erreicht.⁶³

Mit erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch die Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern, deren Zahl sich 1970 auf 110 Millionen, die Angestellten, die größtenteils mit zur Arbeiterklasse gehören, mit eingerechnet, auf fast 190 Millionen Menschen belief.⁶⁴

Für das Verhältnis dieser Arbeiterklasse zur Bourgeoisie aber ist nach wie vor entscheidend, daß sie von der Lohnarbeit lebt, während die Bourgeoisie den von der Arbeiterklasse erzeugten Mehrwert einstreicht und vom Profit lebt. Die Versuche, den Gegensatz von Kapital und Arbeit dadurch aufzuheben, daß auch die Arbeiter zu „Kapitaleigentümern“ gemacht werden und auf Grund des dadurch zu erwartenden Profits an der Aufrechterhaltung der Institution des Privateigentums an Produktionsmitteln und

⁶¹ Zit. nach: Der Aufbau des Kommunismus und der revolutionäre Weltprozeß, a. a. O., S. 141.

⁶² Zit. nach: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1/1973, S. 126, Dokumentarisches – Die Armee der Lohnarbeit.

⁶³ Zit. nach: Der Aufbau des Kommunismus und der revolutionäre Weltprozeß, a. a. O., S. 141.

⁶⁴ Zit. nach: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 2/1973, S. 284, Dokumentarisches – Die Arbeiterklasse in den Ländern des Sozialismus.

an einer Erhöhung der [42] Arbeitsproduktivität in den Betrieben interessiert wären, sind gescheitert. Die „Verbürgerlichung der Arbeiterklasse“, die Erdmann und andere als Fakt hinstellen wollen, hat es nicht gegeben. Im Schnitt sind es in den entwickelten kapitalistischen Ländern nur bis 10% der Bevölkerung, denen bis zu 98% des gesamten Aktienkapitals gehören, während weit über 90% aller Arbeiter nicht einmal einen symbolischen Eigentumsanteil an den Produktionsmitteln – in Form einer Volksaktie etwa – besitzen.⁶⁵ Sehr kleinlaut mußten zum Beispiel die Autoren des ersten Entwurfs des Langzeitprogramms der SPD dazu feststellen: „Aber hiermit (mit dem Sparprogramm für Arbeiter – H. Sch.) ist vorwiegend nur eine Stärkung der Geldvermögensbildung der Arbeitnehmer erreicht worden. Das Eigentum an Produktionsmitteln in Industrie, Handel und Gewerbe befindet sich immer noch in relativ wenigen Händen.“⁶⁶ Es ist auch kein einziger Fall bekannt geworden, daß die Arbeiterklasse als Ganzes oder einzelne ihrer Abteilungen für den Erwerb von Aktien demonstriert oder wegen zu niedriger Dividenden gestreikt hätten. Gestreikt wurde nur für die Erhöhung der Löhne, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gegen die zunehmende Verteuerung der Lebenshaltungskosten, gegen Massenentlassungen, gegen Versuche der Einschränkung der demokratischen Rechte der Arbeiterklasse.

Wie sehr diese Streikkämpfe berechtigt sind, beweist die statistisch einwandfrei erwiesene Tatsache, daß der Anteil der Arbeiter und Angestellten, also der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, am Nationaleinkommen im Vergleich zu den Profiten der Kapitalisten, trotz gewisser Schwankungen, absolut zurückgeht. So betrug der Anteil der Löhne (der Arbeiter und Angestellten) und der Profite der Kapitalisten an dem geschaffenen Neuwert in der Industrie in Deutschland (1936) und der BRD (in %) ⁶⁷:

	1936	1950	1955	1960
Lohn	50	41	43	40
Profit	50	59	57	60

Wie sehr sich die sozialen Gegensätze in der BRD gerade in den von dieser Tabelle nicht mehr erfaßten sechziger Jahren verschärften – was auch in einem starken Anwachsen der [43] Streikbewegung seinen Ausdruck fand –, zeigt folgende aufschlußreiche Lohn- und Profitentwicklung⁶⁸:

Halbjahr	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %	
	Nettolohneinkommen	Nettokapitaleinkommen
2. 1967	– 1,1	+ 1,6
1. 1968	+ 3,1	+ 24,6
2. 1968	+ 7,4	+ 21,9
1. 1969	+ 7,6	+ 9,6

Im Jahre 1972 nahm der Profit vieler Konzerngruppen sogar bis zu 30% zu, was den Einkommensabstand zwischen Arbeitern und Unternehmern, der sich schon zwischen 1950 und 1970 verachtfacht hat, noch weiterhin vergrößerte.⁶⁹

Von einem „Ausgleich der sozialen Gegensätze“ kann daher überhaupt keine Rede sein. Diese Gegensätze werden vielmehr auf Grund einer weiteren Steigerung der Profite – hervorgerufen vor allem durch Preisaufrtrieb und ständige Intensivierung der Arbeit – ständig verschärft. Daß sich der gesamte gesellschaftliche Reichtum an Fabriken, Rohstoffvorkommen, Miethäusern, bewirtschaftetem Boden, Warenhäusern, Verkehrsmitteln, ja selbst an Wäldern und Seen immer mehr in den Händen einer

⁶⁵ Erschöpfendes statistisches Zahlenmaterial siehe bei W. S. Semjonow, Kapitalismus und Klassen, a. a. O., S. 246 ff.

⁶⁶ Langzeitprogramm 1, Texte, Bonn/Bad Godesberg 1972, S. 215. Im Zweiten Entwurf dieses Langzeitprogramms fanden sich die Autoren sogar zu dem Zugeständnis bereit, daß die BRD zumindest hinsichtlich der „Ungleichheit in der Teilhabe der Bürger an den Gütern und Leistungen“ der Gesellschaft „eine Klassengesellschaft“ geblieben sei („Vorwärts“, 16. Januar 1975, Beilage, S. 8).

⁶⁷ Zit. nach W. S. Semjonow, Kapitalismus und Klassen, a. a. O., S. 251.

⁶⁸ Zit. nach Kurt Steinhaus, Zur Streikbewegung in der BRD, in: Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 2/1973, S. 17.

⁶⁹ Zit. nach „Neues Deutschland“ vom 13.11.1972, S. 7.

winzigen Minderheit von Menschen konzentriert, während die breite Masse nicht mehr als die zum Leben notwendigen Gebrauchsgegenstände ihr eigen nennt, rundet das Bild nur noch ab.

Daß sich die herrschende Klasse in den kapitalistischen Ländern entgegen den anderslautenden Be-
teuerungen der Ideologen dieses Systems dieser für sie bedrohlich werdenden Vertiefung der sozialen
Gegensätze durchaus bewußt ist, bezeugen, um nur ein besonders anschauliches Beispiel zu nennen,
die – kläglich gescheiterten – „Feldzüge gegen die Armut“, die amerikanische Präsidenten in den
letzten Jahrzehnten angekündigt hatten. Alle diese auf die Erhaltung des „sozialen Friedens“ abziel-
enden Programme scheiterten infolge der imperialistischen Politik der herrschenden Kreise der USA.
Auch in den übrigen NATO-Staaten konnten die akuten sozialen Probleme nicht gelöst werden, denn
wie in den USA besaßen auch [44] bei ihnen die Rüstungsausgaben das Primat. So wurden in den
NATO-Staaten bis 1972 insgesamt 1,721 Billionen Dollar für Rüstungszwecke ausgegeben. Allein
im Jahre 1973 erreichten ihre Rüstungsausgaben 120,8 Milliarden Dollar.⁷⁰

Aber nicht nur der den Anhängern der „Industriegesellschafts“-Lehren möglicherweise vorschwe-
bende Gedanke, daß die herrschende Klasse das Bruttosozialprodukt im Interesse eines „Ausgleichs
der Gegensätze“ zwischen Kapital und Arbeit verwenden würde, erwies sich als illusionär, sondern
auch die Vorstellung, daß die Industrieproduktion in Zukunft ständig und unaufhaltsam, von jeglichen
Wirtschaftskrisen unberührt wachsen werde. Nachdem auch diese Illusion durch die rauhe kapitali-
stische Wirklichkeit zerstört worden war – so lag zum Beispiel die Industrieproduktion im ersten
Halbjahr 1974 nach den Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Durchschnitt aller
kapitalistischen Länder unter dem Stand von 1973 –, sahen sich reformistische Politiker zu dem fa-
talen Eingeständnis gezwungen, daß sich ihre auf die „Integration“ der Arbeiterklasse in die Gesell-
schaft abzielenden Reformprogramme nur realisieren lassen, wenn die Krise überwunden, ein stabiles
wirtschaftliches Wachstum gewährleistet wird, genügend Geld für die Sozialpolitik, für den „Aus-
gleich der Gegensätze“ zwischen den Klassen vorhanden ist. Aber gerade ihre Ohnmacht, die Krise
zu überwinden, Produktionsstillegungen zu verhindern, beweist, daß die Gegensätze zwischen Kapi-
tal und Arbeit unversöhnlich sind. Ist das Kapital im Interesse seines Profits gezwungen, die Produk-
tion zu drosseln, so steht das Interesse des Arbeiters an der Fortführung der Produktion, an der Erhal-
tung seines Arbeitsplatzes im unversöhnlichen Gegensatz dazu. Ebenso wie auch das erwähnte –
ökonomische und politische – Interesse der herrschenden Klasse an einer grenzenlosen Aufblähung
des Rüstungshaushalts im unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse an einer
dem Wohl des Volkes dienenden Verwendung der für die Rüstung vergeudeteten Gelder steht.

Die objektive Vertiefung der sozialen Gegensätze spiegelt sich annähernd adäquat in der Entwicklung
der Streikbewegung wider. Sie beweist, daß der Klassenkampf keineswegs seine Grundlage verloren
hat, daß er sich im Gegenteil verschärft, [45] wovon insbesondere die Tatsache zeugt, daß fast zwei
Drittel aller Klassenschlachten in den kapitalistischen Ländern unter politischen Losungen durchge-
führt wurden oder auf die eine oder andere Weise politischen Charakter annahmen.

So nahmen in den kapitalistischen Ländern an Streikbewegungen teil (in Millionen)⁷¹:

	1958	1959	1960	1961	1962	1963
	25-27	35-37	54-58	50-53	56	58
darunter an politischen Streik- bewegungen	11-12	16-18	41-45	30-33	35	36

Diese steigende Entwicklungstendenz setzte sich auch in den darauffolgenden Jahren fort, wie aus
den nachstehenden statistischen Angaben ersichtlich ist.⁷² (s. S. 46)

Wie wenig die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern bereit ist, ihren Frieden mit diesem
System zu machen, zeigte sich vor allem Ende der sechziger Jahre, wo es „in solchen Ländern wie

⁷⁰ Vgl. D. Klein, Die Grenzen des Kapitalismus in der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Einheit, 1/1975, S. 100.

⁷¹ Zit. nach: Der Aufbau des Kommunismus – und der revolutionäre Weltprozeß, a. a. O., S. 189.

⁷² Zit. nach: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1/1973, S. 129, Dokumentarisches – Die Armee der Lohnarbeit.

Frankreich und Italien, in denen die Traditionen des Klassenkampfes sehr entwickelt und starke kommunistische Parteien tätig sind, ... einen Druck der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse (gab), der sich nicht nur gegen einzelne Gruppen von Kapitalisten, sondern auch gegen das gesamte System der staatsmonopolistischen Herrschaft richtete“.⁷³

Die von bürgerlichen Ideologen wie Erdmann totgesagte revolutionäre Potenz der Arbeiterklasse offenbarte sich – um einen weiteren Fakt anzuführen – schließlich auch in der einige Jahre darauf erfolgten Unterstützung des „Gemeinsamen Regierungsprogramms von FKP und SP zur demokratischen Erneuerung Frankreichs“ im Jahre 1972, das die Brechung der Macht des Großkapitals vorsah und einen detaillierten Plan der Überführung des Bank- und Finanzwesens und der Schlüsselzweige der Wirtschaft enthielt. Nur der maßlos verstärkten antikommunistischen Hetze der Reaktion war es zuzuschreiben, daß FKP und SP seinerzeit die erforderliche Stimmenmehrheit nicht ganz erreichen konnten.

Auf den Grad der Abneigung der westdeutschen Arbeiter gegenüber dem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus aber kann man zumindest indirekt schließen, wenn man [46]* [47] die ideologische Umstellung der Regierungspartei SPD auf eine angeblich antimonopolistische, demokratisch-sozialistische Linie näher untersucht.⁷⁴

*Klassenauseinandersetzungen**

	Streiks	Zahl der Streikenden (in 1000)	Streiktage (in 1000)	Streiks	Zahl der Streikenden (in 1000)	Streiktage (in 1000)
	USA			BRD		
1961-1965	3592	1362	27.300	–	84	485
1966-1970	5092	2653	45.166	–	111	157
1971	5135	3263	47.417	–	334	2599
1972	2785 ¹	1028 ¹	16.333 ¹	–	9 ²	8 ²

Zusammengestellt anhand von Angaben der offiziellen Statistik, die die politischen Streiks, „wilde“ Streiks, „Kampftage“ usw. nicht berücksichtigt.

¹ Für 7 Monate

² Für 6 Monate

Besonders deutlich spiegelt sich das Wachstum des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse, die Zunahme ihrer revolutionären Potenzen in den Erfolgen der kommunistischen Bewegung wider. Gab es 1918 nur 10 kommunistische Parteien, so gab es 1921 schon 34, 1928 waren es 46, 1935 bestanden 61, 1957 waren es 75, 1961 belief sich ihre Zahl auf 87, gegenwärtig aber sind es 89.

Von der zunehmenden Stärke der kommunistischen Bewegung kann man sich ferner auf Grund der Entwicklung ihrer Mitgliederzahlen eine Vorstellung machen, wobei diese Zunahme zugleich Ausdruck des wachsenden Einflusses der kommunistischen Parteien in der Arbeiterklasse und des steigenden Grades ihrer Organisiertheit ist.

	1928	1935	1939	1947	1957	1964	1973 ⁷⁵
Mitgliederzahl der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt – in Tausend –	1680	3141	4202	20.000	33.000	44.700	50.000

⁷³ L. I. Breschnew, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU, Berlin 1971, S. 23.

* Auf der S. 46 befindet sich die Tabelle *Klassenauseinandersetzungen*.

⁷⁴ Siehe [H. Schulze, Sozialdemokratismus zwischen Entideologisierung und Reideologisierung, Berlin 1973, S. 87 ff. \(„Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, hrsg. von Manfred Buhr, Heft 28\).](#)

⁷⁵ Zit. nach: Der Aufbau des Kommunismus und der revolutionäre Weltprozeß, a. a. O., S. 155; und nach: Die kommunistische Weltbewegung, Berlin 1973, S. 42.

Alle diese Zahlen beweisen, daß die Arbeiterklasse in den Ländern des Kapitals weder verschwunden ist noch ihre revolutionären Potenzen eingebüßt hat. Sie lieferte und liefert der Monopolbourgeoisie erbitterte Klassenschlachten, die sich über ökonomische Zielsetzungen hinaus mehr und mehr auf die Durchsetzung komplexer Forderungen richten und die imperialistische Herrschaft in ihren Grundfesten erschüttern. So hatten die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Werktätigen einen entscheidenden Anteil an der demokratischen, antifaschistischen Revolution in Portugal und am Zusammenbruch des reaktionären Regimes in Griechenland, was zur Festigung der Front der antiimperialistischen und friedliebenden Kräfte führte.

Aus all den hier angeführten Fakten über das stetige Wachstum der Arbeiterklasse, über ihren zunehmenden Widerstand gegen die volksfeindliche Politik der Monopole, über den steigenden Grad ihrer Organisiertheit in Gewerkschaften⁷⁶ und [48] vor allem auch in den kommunistischen und Arbeiterparteien als unumgänglicher Voraussetzung für Erfolge und für den schließlichen Sieg im Klassenkampf gegen das Monopolkapital, über die zahlenmäßige Stärkung der revolutionären Vorhut der Arbeiterbewegung, der kommunistischen Parteien, folgt, daß, wie es Marx vorausgesagt hat, im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft jene sozialen Kräfte heranreifen und sich im immer klarer werdenden Bewußtsein der historisch notwendigen Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus organisieren, die zum Sturz der alten Gesellschaftsordnung berufen sind.

Wäre, wie es Erdmann und andere Apologeten des staatsmonopolistischen Kapitalismus behaupten, in den kapitalistischen Ländern ein „Ausgleich der sozialen Gegensätze“, ein „Ausgleich der sozialen Interessen“ erfolgt, hätten sich diese Länder in eine „klassenlose bürgerliche Gesellschaft“ verwandelt, dann wären all die angeführten Fakten unerklärlich. Unerklärlich wäre vor allem auch der sich in der ganzen Welt zunehmend verstärkende Einfluß des Marxismus-Leninismus, der die historische Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus begründet und die Strategie und Taktik des dazu erforderlichen Klassenkampfes ausarbeitet. Diese Verbreitung spricht allen Behauptungen, daß die sozialistische Ideologie keinen Adressaten mehr habe, daß die Arbeiterklasse nicht mehr existiere, daß sie „verbürgerlicht“ sei, Hohn. Die Tatsache aber, daß der Marxismus-Leninismus de facto immer mehr zur führenden geistigen Kraft der Gegenwart wird, liegt, wie der sowjetische Autor L. W. Skworzow in einer Analyse der Hauptmomente der Entstehung und Entwicklung der bürgerlichen Geschichtsphilosophie zeigt, eben gerade darin begründet, daß sich einerseits das Kräfteverhältnis in der Welt grundlegend zugunsten des Sozialismus verändert hat und daß sich andererseits die Widersprüche des Imperialismus – wie die sich heute vor aller Augen vertiefende Krise dieses Systems beweist – weiterhin ständig verschärfen.⁷⁷ Die Suche der bürgerlichen Geschichtsphilosophen nach neuen Ideen, nach neuen ideellen Werten, mittels derer die antagonistischen Widersprüche versöhnt werden sollten, ein andauernder Klassenfrieden gestiftet werden sollte, die als sozialer Zement dienen sollten, hat sich dagegen, wie Skworzow anhand der Analyse der verschiedensten geschichtsphilosophischen Systeme und ihrer Schicksale nachweist, als ergebnislos erwiesen – nicht, weil es diesen Denkern an intellektuellen Fähigkeiten gebrach, sondern weil das Gesellschaftssystem, für das sie Partei ergriffen haben, keine historische Perspektive mehr besitzt, weil die es beherrschenden antagonistischen Widersprüche unversöhnlich sind.⁷⁸

Letztere Feststellung werden bürgerliche Ideologen zwar kaum akzeptieren wollen, aber eben deshalb stehen sie, wenn sie bisweilen selbst die zunehmende Verbreitung des Marxismus-Leninismus und die Ohnmacht der eigenen Ideologie, das Scheitern des einen oder anderen ihrer geschichtsphilosophischen Systeme offen konstatieren und beklagen, vor einem Rätsel. So stellte schon Gerhard Ritter, zu seinen Lebzeiten wie Erdmann einer der führenden Vertreter der bürgerlichen Historiographie in der BRD, im Jahre 1966 im krassen Gegensatz zu den bald darauf, publizierten pseudooptimistischen Schriften eines Erdmann ratlos und resignierend zugleich fest: „Von einer Vereinigung der großen Weltreligionen ... (wie sie A. J. Toynbee als Form einer kosmopolitischen Einheitsideologie des

⁷⁶ Der Grad der Organisiertheit der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften hat sich allein von 1913 (14 Millionen) bis 1962 (200 Millionen) um das 14fache erhöht.

⁷⁷ Siehe L. W. Skworzow, Historische Weltanschauung und moderner Idealismus, a. a. O., S. 53.

⁷⁸ Sie ebenda, S. 38, 42.

Westens, als Gegenideologie zum Marxismus-Leninismus vorschwebte – H. Sch.) ist ganz und gar keine Rede, wohl aber von einem beständigen Vordringen der marxistischen Ersatzreligion in asiatischen, afrikanischen, südamerikanischen und auch manchen europäischen Ländern.“⁷⁹

Nur wenige Ideologen geben in diesem Zusammenhang offen zu, daß man die Verbreitung des gemeinhin – wie bei Ritter – als Trost und Hoffnung spendende Ersatzreligion verketzerten Marxismus-Leninismus nicht einem angeborenen religiösen Bedürfnis des Menschen zuschreiben darf, sondern der Tatsache, daß die brennenden sozialen Probleme im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ungelöst bleiben. Aber auch von diesen wenigen Ideologen will letztlich niemand eingestehen, daß sich diese Probleme im Rahmen dieser Ordnung auch gar nicht lösen lassen! Sie plädieren – wie zum Beispiel der bekannte westdeutsche Informationstheoretiker Karl Steinbuch in seinem offenen Briefwechsel mit dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt – vielmehr für eine schnelle Lösung aller gesellschaftlichen Probleme durch Reformen, solange diese Probleme „noch ohne Systemzerstörung gelöst werden können“⁸⁰, für die Ausarbeitung eines „Orientierungssystems“ für die wei- [50]tere gesellschaftliche Entwicklung, das heißt für eine neue, massenwirksame, konstruktive bürgerliche Gesellschaftskonzeption als Gegenideologie zum Marxismus, und für den Einsatz administrativer Maßnahmen, das heißt für den Einsatz staatlicher Mittel, gegen die Propagandisten der sozialistischen Ideologie.⁸¹

Diese Rezepte sind nicht neu. Die Gegner des Marxismus-Leninismus haben alle drei bereits zur Genüge ausprobiert. Die Verbreitung des Marxismus-Leninismus haben sie nicht damit aufhalten können. Mit diesen Maßnahmen haben sie weder die erneute Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems noch die damit untrennbar verbundene Krise ihrer Ideologie überwinden können.

Die Krise der bürgerlichen Ideologie ist, was ihre Repräsentanten nicht zugeben wollen, unmittelbarer Ausdruck, Folge und Bestandteil der Krise des Gesellschaftssystems, genauer gesagt, der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Sowenig wie diese Krise „überwunden“ werden kann, kann auch die Krise der Ideologie überwunden werden, denn der Inhalt dieser Ideologie wird letztlich immer wieder durch die gesellschaftliche Realität, durch die darauffolgende historische Entwicklung ad absurdum geführt, wie das auch der anschließend zu behandelnden These Erdmanns vom Ausgleich der Gegensätze zwischen imperialistischen Staaten und Entwicklungsländern zwangsläufig widerfahren mußte.

4. „Ausgleich der Gegensätze“ zwischen imperialistischen Staaten und Entwicklungsländern?

Wer einen grundlegenden Wandel des kapitalistischen Systems zu postulieren wagt, wer den „Ausgleich der Gegensätze“ zwischen Kapital und Arbeit als unumstößliche Tatsache hinstellen wagt, der wird – auch wenn die Realitäten noch so sehr dagegen sprechen – nicht umhin können, auch den „Ausgleich der Gegensätze“ zwischen imperialistischen Staaten und Entwicklungsländern für – zumindest im Prinzip – möglich auszugeben.

So lesen wir bei Erdmann: „Die ausgleichende Kraft der [51] freien Industriegesellschaft, die innerhalb der westlichen Nationen die Verelendung der Massen überwunden und gerade die Voraussetzungen für ihre soziale Hebung geschaffen hat, wird sich auch im Verhältnis der Industrienationen zu den Entwicklungsländern bewähren. Die Entwicklungsaufgabe hat einen langfristigen und einen kurzfristigen Aspekt. Langfristig: den betroffenen Völkern muß geholfen werden, sich selbst zu helfen. Bis dahin wird es kurzfristig nötig sein, unmittelbare Hilfe zu leisten, damit sie über die Hunger- und Durststrecke hinwegkommen.“⁸²

Zu dieser „Prognose“ eine Vorbemerkung: Daß Erdmanns hier vollzogener Analogieschluß nicht beweiskräftig sein kann, da die These vom Ausgleich der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit in

⁷⁹ G. Ritter, Wissenschaftliche Historie einst und jetzt. Betrachtungen und Erinnerungen, in: Historische Zeitschrift, 3/1966, S. 600.

⁸⁰ Siehe K. Steinbuch u. a., Die humane Gesellschaft. Jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, Stuttgart-Degerloch 1972, S. 13.

⁸¹ Siehe ebenda, S. 15.

⁸² K. D. Erdmann, Wozu sind wir als Deutsche da?, in: ders., Geschichte, Politik und Pädagogik, Stuttgart 1970, S. 374 f.

den imperialistischen Staaten ins Reich der Legende gehört, folgt aus den Regeln der formalen Logik. Aber dennoch scheint uns diese Prognose einer näheren Betrachtung wert, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil der Nachweis ihrer wissenschaftlichen Haltlosigkeit mit dazu beiträgt, die These von der „ausgleichenden Kraft der freien Industrienationen“ ad absurdum zu führen – eine These, und das muß hier nochmals betont werden, mit der die historische Notwendigkeit der sozialistischen Revolution gelehrt werden soll.

Denn diese These ist – auch wenn der Name Lenin und der Begriff „Imperialismus“ an keiner Stelle Erwähnung finden – als ein spezielles Glied in der Kette der zahlreichen Bemühungen bürgerlicher Historiker zu begreifen, die entscheidende These der Leninschen Imperialismustheorie zu widerlegen, daß die Monopole „in letzter Instanz“ imperialistische Politik hervorbringen, daß sie zusammen mit ihrer Oligarchie, ihrem Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, ihrer Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen, „jene Merkmale des Imperialismus“ erzeugen, „die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus zu kennzeichnen“⁸³. Denn diese These ist geeignet, die noch bei Teilen der Bevölkerung kapitalistischer Länder anzutreffende Illusion zu nähren, „als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nicht monopolistischen, nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik“⁸⁴, daß der Imperialismus in der Lage wäre, seinen [52] Charakter grundlegend zu ändern, die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution daher entfallen könnte.

Erdmanns oben zitierte Prognose stammt aus dem Jahre 1967, wo er sie auf dem 13. Evangelischen Kirchentag in Hannover mit dem Appell „Brot für die Welt“ und der Aufforderung zu verstärkter „Entwicklungshilfe“ der BRD verband. Ein gewisses Fazit der darauffolgenden Entwicklung zog 1971 Erhard Eppler, von 1968 bis 1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, vom Fach her selbst Historiker, dem man Sachkenntnis in Fragen der Beziehungen imperialistischer Staaten zu den Entwicklungsländern nicht wird absprechen können. Das Ergebnis seiner Analyse dürfte für „Prognostikoren“ und politische Zweckoptimisten wie Erdmann erschütternd sein, obgleich Eppler – offenbar aus politischen Gründen und Rücksichten – nur die halbe Wahrheit sagt.

Hat „Entwicklungshilfe“, wie Erdmann annahm, den Zeitpunkt näher gerückt, da sich die Entwicklungsländer „selbst zu helfen“ vermögen, hat sie die „kurzfristige Aufgabe der Überwindung der „Hunger- und Durststrecke“ gelöst? Epplers Antwort auf diese Frage ist absolut negativ: „Der sinkende Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel, die Konzentration ihres bescheidenen Wachstums auf wenige Regionen und ihre zunehmende Verschuldung sprechen nicht dafür, daß viele den Punkt des ‚take off‘ bald erreichen. Dieser Punkt verschiebt sich vielmehr wie eine Fata Morgana. Die Durststrecke wird immer wieder verlängert.“⁸⁵

Hat in der Zwischenzeit ein Ausgleich der Gegensätze zwischen imperialistischen Staaten und Entwicklungsländern stattgefunden? Auch diese Frage kann Eppler am Beispiel einiger, bei weitem nicht vollständiger Fakten, nur negativ beantworten: „Überdies hat die Industrialisierung die Entwicklungsländer zunehmend verschuldet, und zwar bei den Industrieländern. Was dazu bestimmt war, Abhängigkeit von den Industrieländern zu beseitigen, hat so zunächst einmal neue Abhängigkeit geschaffen: die wachsende Verschuldung der Entwicklungsländer.“⁸⁶ Wachsende Verschuldung aber bedeutet wachsende Abhängigkeit und damit Verschärfung der Gegensätze.

Als weiteres Indiz für diese Verschärfung führt Eppler die Abnahme des Anteils der Entwicklungsländer am Welthandel an und, was noch gravierender ist, den stetigen relativen Rück-[53]gang ihrer Exporterlöse gegenüber denen der imperialistischen Staaten: „Der Anteil der Entwicklungsländer an dieser Quelle des Wohlstandes (des Welthandels – H. Sch.) ist während der letzten 20 Jahre immer geringer geworden: 1950 entfielen auf sie fast 32 Prozent der Weltexporte, 1969 nur noch 17,7 Prozent. Die Exporterlöse der Entwicklungsländer sind in dieser Zeit zwar um fast 150 Prozent gestiegen, aber die

⁸³ W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 305.

⁸⁴ Ebenda, S. 274.

⁸⁵ E. Eppler, Wenig Zeit für die Dritte Welt, Stuttgart 1971, S. 28.

⁸⁶ Ebenda, S. 60.

der Industrieländer um über 420 Prozent. Warum? Weil die Nachfrage nach Fertigwaren schneller steigt als die nach Rohprodukten und weil die Preise der Fertigwaren im Verhältnis zu den Rohstoffpreisen gestiegen sind. Die Zahlen sind eindeutig: die Exportmengen der Industrieländer erhöhten sich seit 1950 auf das Vierfache, die Erlöse auf mehr als das Fünffache. Die Entwicklungsländer konnten ihre Exporterlöse nur in dem Maße steigern wie die Exportmengen, also auf das Zweieinhalbfache; ihre Austauschrelationen (Terms of Trade) haben sich seit 1950 um etwa sieben Prozent verschlechtert.“⁸⁷

Was hier in gewissermaßen „wertfreier“ Darstellungsweise angesprochen wird, ist der nichtäquivalente Warenaustausch zwischen imperialistischen Ländern und Entwicklungsländern, von Eppler als unvermeidliche Folge des Wirkens des Gesetzes von Angebot und Nachfrage hingestellt, ist die „Preisschere“ zwischen industriellen Fertigwaren und Rohstoffen, die die Monopole durch räuberische Praktiken ständig weiter zu öffnen versuchen.

Hat es seitens der Monopolbourgeoisie überhaupt den – von Erdmann ganz offensichtlich als vorhanden vorausgesetzten – Willen gegeben, die „Gegensätze auszugleichen“, die Entwicklungsländer durch „Entwicklungshilfe“ in den Rang nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch unabhängiger Staaten, gleichberechtigter Partner zu erheben? Auch diese Frage muß Eppler verneinen: „Bei den Entscheidungen der deutschen Investoren spielen also Förderungsinstrumente eine untergeordnete Rolle, Gewinnerwartungen und Marktgröße geben den Ausschlag.“⁸⁸ Mit anderen Worten ist der Profit das entscheidende Motiv für Investitionen bundesdeutscher Kapitalisten in Entwicklungsländern. „Diese Kritik beruht“, wie Eppler voranschickt, „auf Zahlen und Ergebnissen wissenschaftlicher Studien“⁸⁹, erweist sich aber als völlig wirkungslos, wie Eppler am Schluß resignierend feststellt: „Unsere Privatwirtschaft [54] denkt nicht daran, ihre Investitionsentschlüsse von Entscheidungen der staatlichen Instanzen abhängig zu machen.“⁹⁰

Offen bleibt hier – am Rande bemerkt – allerdings die Frage, welche diesbezüglichen Entscheidungen der SPD/FDP-Regierung nicht den Interessen der Monopole entsprochen haben und daher ignoriert worden sind. Denn der „Kritiker“ Eppler macht sich schließlich selbst zum Fürsprecher von Plänen, die Entwicklungsländer mit einer zurückgebliebenen, arbeitsaufwendigen Technik zu beliefern, durch die angeblich das Arbeitslosenproblem beseitigt werden soll. Daß dadurch aber ein „Ausgleich der Gegensätze“ von vornherein verhindert wird, die Gegensätze vielmehr noch verschärft werden, kann er nicht leugnen: „Schwerer wiegt der Vorwurf des ‚technologischen Kolonialismus‘: die Entwicklungsländer würden durch eine ‚appropriate technology‘ (womit eine primitive, weitgehend auf Handarbeit basierende Technik gemeint ist – H. Sch.) auf einer niederen wirtschaftlichen Stufe gehalten. Zu widerlegen ist diese These nicht.“⁹¹

Imperialistische „Entwicklungshilfe“ diene und dient jedoch nicht nur dazu, Profit zu machen und, wenn es Eppler auch nicht offen auszusprechen wagt, *bewußt* ökonomische Abhängigkeiten zu schaffen, sondern auch zu Zwecken politischer Erpressung. Elegant umschrieben liest sich die Kritik an einer zu brutalen und daher letztlich schädlichen Praktizierung derartiger Methoden des USA-Imperialismus so: „Die Verknüpfung der amerikanischen Auslandshilfe mit den Sicherheitsinteressen der USA hat in vielen Fällen den außenpolitischen Zielen der USA eher geschadet. Ihretwegen haben neue Regierungen in den Entwicklungsländern nach ihrer Machtübernahme oft rücksichtslos alle Beziehungen zu den USA abgebrochen und sich dem Gegenspieler der Vereinigten Staaten zugewandt.“⁹²

Ogleich Eppler die erbarmungslose Ausbeutung der Entwicklungsländer durch das internationale Monopolkapital stillschweigend übergeht, Beispiele diesbezüglicher Praktiken als Irrtümer⁹³, als Fehlritte einzelner⁹⁴ verharmlost, die Ursachen für das immer weitere Zurückbleiben der Entwicklungsländer

⁸⁷ Ebenda, S. 66.

⁸⁸ Ebenda, S. 92.

⁸⁹ Ebenda, S. 92.

⁹⁰ Ebenda, S. 127.

⁹¹ Ebenda, S. 51.

⁹² Ebenda, S. 100-101.

⁹³ Siehe ebenda, S. 84.

⁹⁴ Siehe ebenda, S. 124.

überwiegend in den betreffenden Ländern selbst sucht (was nur teilweise berechtigt ist), sieht seine Prognose für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen imperialistischen Staaten [55] und „Dritter Welt“ dennoch sehr düster aus: „Verbitterung greift um sich, diese Verbitterung wird zum Argument für geringere Leistungen, und diese geringeren Leistungen steigern den Verdruß in Entwicklungsländern. Was hier droht, ist eine Eskalation des Unbehagens, die schließlich ein Außenpolitikum ersten Ranges wird.“⁹⁵ „Es gehört wenig Phantasie zu der Voraussage, daß, wenn die Zweite Dekade so abläuft, wie sie begonnen hat, wir zu Beginn der Dritten vor noch dramatischeren Alternativen als heute stehen dürften. ... Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß das zweite Entwicklungsjahrzehnt in wichtigen Ländern weniger gekennzeichnet sein wird von raschem Aufschwung als von Enttäuschung, Verbitterung, Unrast und Gewalt, wobei völlig offen ist, ob solche Gewalt zur Veränderung, zur Verkrustung oder einfach zur Auflösung politischer und sozialer Strukturen führt.“⁹⁶ Ein Patentrezept zur grundlegenden Veränderung der Situation aber hat auch Eppler nicht zu bieten.

Daß sich die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten und den Entwicklungsländern zwangsläufig verschärfen müssen, leuchtet ein, wenn man die als „Entwicklungshilfe“ getarnten räuberischen Praktiken der internationalen Monopole etwas näher betrachtet. An erster Stelle wäre hier der bereits erwähnte nichtäquivalente Warenaustausch zu nennen, den die Monopole – da sie das „Monopol“ am Verkauf von Industriegütern, Produktionsmitteln besitzen – den Entwicklungsländern aufzwingen (erst das wachsende Angebot dieser Erzeugnisse von seiten sozialistischer Länder kann hier einen grundlegenden Wandel herbeiführen). So belaufen sich die alljährlichen Profite imperialistischer Mächte, die sie auf diese Weise machen, auf annähernd 14-16 Milliarden Dollar.⁹⁷

Durch Manipulationen verschiedener Art wird überdies die Nachfrage nach bestimmten Rohstoffen zeitweilig künstlich gedrosselt, um danach zu noch billigeren Preisen einkaufen zu können. „In Perioden geschäftlicher Aktivität schränkten wir (die Rede ist von den USA – H. Sch.) unsere Käufe urplötzlich ein, wodurch wir Arbeitslosigkeit hervorriefen und das Elend der Völker verursachten, deren Schicksal vom Export einer bestimmten Ware abhängt. Wenn dann die Preise unter dem Einfluß unseres Drucks zu fallen beginnen, nutzen wir diesen Vorteil skrupellos aus und kaufen alles, was möglich [56] ist, zu den niedrigsten Preisen. Wenn jedoch die Tendenz zum Steigen der Preise die Oberhand gewinnt, errichten wir unverzüglich eine Kontrolle über die Preise.“⁹⁸

Die internationalen Monopole wollen weder auf ihr Preisdiktat im allgemeinen noch auf derartige betrügerische Praktiken im besonderen verzichten. Daher widersetzen sie sich internationalen Rohstoffabkommen. Wie Erhard Eppler nach seiner Rückkehr von der III. UN-Konferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Santiago im Mai 1973 erklärte, sehe er „wenig Möglichkeiten, zu internationalen Rohstoff-Abkommen zu gelangen, die den Entwicklungsländern stabile und faire Preise garantierten“.⁹⁹ Dabei fiel es den imperialistischen Ländern, wie Eppler schon Jahre zuvor eingestanden hatte, nicht schwer, für Rohstoffe bedeutend höhere Preise zu zahlen: „Der Verlauf der jüngsten Erdölverhandlungen zeigt, daß die Industrieländer erheblich höhere Preise zahlen können: wenige Pfennige pro Liter waren die Folge eines um 20 Prozent höheren Rohstoffpreises.“¹⁰⁰

Umgekehrt werden die Preise für die von den Entwicklungsländern dringend benötigten modernen Maschinen willkürlich für Empfänger von „Entwicklungshilfe“ heraufgesetzt. Kredite erhalten danach nur diejenigen Länder, die die als „Lieferbindung“ umschriebene Erpressungstaktik der Monopole widerspruchslos hinnehmen. Eine von der Weltbank eingesetzte Studiengruppe konnte nicht umhin, dazu festzustellen: „Gebundene Hilfe verursacht den Empfängerstaaten viele verschiedene Kosten. Sie sind gezwungen, von ihren Kreditgebern Güter zu Preisen zu kaufen, die vielfach weit über den auf konkurrenzfähigen internationalen Märkten vorherrschenden Preisen liegen ... Schätzwerte über die

⁹⁵ Ebenda, S. 102.

⁹⁶ Ebenda, S. 34.

⁹⁷ Siehe M. Koptew/M. Otschkow, Imperialismus und Entwicklungsländer, Moskau 1970, S. 87.

⁹⁸ A. Randall, Foreign Economic Policy for United States, Chicago 1954, S. 52 (zit. nach M. Koptew/M. Otschkow, Imperialismus und Entwicklungsländer, a. a. O., S. 92-93).

⁹⁹ „Frankfurter Rundschau“, Frankfurt/M., vom 19. S. 1972, S. 4.

¹⁰⁰ E. Eppler, Wenig Zeit für die Dritte Welt, a. a. O., S. 67.

direkten Kosten divergieren, doch haben die in einzelnen Ländern durchgeführten Untersuchungen ergeben, daß sie häufig mehr als zwanzig Prozent betragen.“¹⁰¹ Das bedeutet, daß den Entwicklungsländern durch die gebundene „Hilfe“ – sie beträgt rund 2 Milliarden Dollar im Jahr¹⁰² – jährlich Verluste von 400 Millionen Dollar entstehen.

Die Verluste, die allein die Länder Lateinamerikas durch den nichtäquivalenten Warenaustausch mit imperialistischen Monopolen von 1945-1961 erlitten, beliefen sich auf 19 Milliarden Dollar.¹⁰³ Im Zeitraum von 1955-1961 belief sich der [57] Verlust im Jahr durchschnittlich auf 1,7 Milliarden Dollar. Wie sagt Eppler: „Es ist leicht, sich mit Entwicklungshilfe Feinde zu machen.“¹⁰⁴

Das hier behandelte Thema ist so unerschöpflich wie die Phantasie der Bourgeoisie, aus jedem sich bietenden Vorteil Profit zu schlagen. Einer dieser „Vorteile“ besteht, um nur ein weiteres charakteristisches Beispiel anzuführen, darin, daß die dem Internationalen Währungsfonds angehörenden 92 Entwicklungsländer nur über 32% der Stimmen verfügen! Entschieden wird dort vom sogenannten „Club der Zehn“ (der zehn entwickeltsten kapitalistischen Länder) – die sogar eigene Konferenzen durchführen –, denen es unter diesen Umständen nicht schwerfällt, die Lasten der insbesondere von den USA verursachten Währungskrise nicht nur gleichmäßig, sondern sogar ungleichmäßig auf die übrigen Mitglieder des Internationalen Währungsfonds zu verteilen. Die Verluste, die den Entwicklungsländern auf diese Weise zugefügt wurden, gehen in die Milliarden Dollar.¹⁰⁵

Ein anderer, gewissenlos ausgenutzter Vorteil der imperialistischen Staaten und der Monopole besteht darin, daß sie die Kreditgeber sind, die Entwicklungsländer aber auf diese Kredite angewiesen sind. Obgleich jedem Laien klar sein muß, daß das in ein noch nicht florierendes Unternehmen gesteckte Kapital nie soviel Zins erbringen kann wie das in einem gut gehenden Geschäft angelegte, man aber auf keinen Fall vom ersteren höhere Zinsen als vom zweiten verlangen kann, wenn man das im Aufbau befindliche Unternehmen nicht vorsätzlich ruinieren will, wurden im vergangenen Jahrzehnt unter den verschiedensten Vorwänden unverhältnismäßig hohe Zinsen von den Entwicklungsländern verlangt. „Ursprünglich glaubten unsere Ökonomen“, so Epplers Darstellung, „auch in Entwicklungsländern müsse der Zins eine erzieherische Wirkung haben. So jedenfalls wurden die hohen Zinsen für die Kredite in der ersten Hälfte der 60er Jahre begründet, die viel zur ernsten Verschuldung einiger Entwicklungsländer beigetragen haben.“¹⁰⁶

Aber nicht die Verschuldung „einiger“ Entwicklungsländer hat ernste Ausmaße angenommen – so herangehen hieße das Problem verniedlichen –, sondern die Verschuldung der Entwicklungsländer insgesamt. Den Angaben der OECD zufolge [58] haben sich die Schulden der Entwicklungsländer von 1955 bis Ende 1964 verdreifacht!¹⁰⁷ Wie die sowjetischen Ökonomen Koptew und Otschkow in einer gründlichen Studie zu diesem Problem feststellen, „müssen die Entwicklungsländer gegenwärtig für die Löschung der Auslandsschulden (Kredite, Darlehen, Zinsentilgung) $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{3}$ ihrer Erlöse aus dem Warenexport ausgeben. Wenn man in Betracht zieht, daß ihr Export in den letzten Jahren auf zunehmende Hindernisse stößt, die von den imperialistischen Staaten aufgerichtet werden, so wird die Frage der Löschung der Auslandsschulden zum Problem Nr. 1.“¹⁰⁸ Es sind nicht unbegründete Befürchtungen lautgeworden, daß die Verschuldung künftighin schneller wachsen wird als die Exporterlöse und sogar das Nationaleinkommen und die Akkumulation.¹⁰⁹

¹⁰¹ Der Pearson-Bericht, Wien/München/Zürich 1969, S. 209; zit. bei E. Czaya/R. Fiolka, Entwicklungsländer unter der Last der Währungskrise, in: IPW-Berichte, 6/1972, S. 17.

¹⁰² Siehe E. Czaya/R. Fiolka, Entwicklungsländer unter der Last der Währungskrise, in: IPW-Berichte, 6/1972, S. 17.

¹⁰³ „The economic development of Latin America in the Post-war period“, UN, New York 1964 (zit. bei M. Koptew/M. Otschkow, Imperialismus und Entwicklungsländer, a. a. O., S. 92).

¹⁰⁴ E. Eppler, Wenig Zeit für die Dritte Welt, a. a. O., S. 95.

¹⁰⁵ Siehe E. Czaya/R. Fiolka, Entwicklungsländer unter der Last der Währungskrise, in: IPW-Berichte, 6/1972.

¹⁰⁶ E. Eppler, Keine Zeit für die Dritte Welt, a. a. O., S. 84.

¹⁰⁷ L'Observateur de l'OCDE, numéro spécial, 1966, septembre, S. 16 (zit. bei M. Koptew/M. Otschkow, Imperialismus und Entwicklungsländer, a. a. O., S. 145.)

¹⁰⁸ M. Koptew/M. Otschkow, Imperialismus und Entwicklungsländer, S. 145.

¹⁰⁹ Siehe ebenda, S. 148.

Aber die großen Monopole und die in ihrem Interesse wirkenden imperialistischen Staaten begnügen sich nicht damit, die ökonomische Abhängigkeit zu verstärken. Mit allen Mitteln versuchen sich die internationalen Monopole in den Besitz der Rohstoffquellen und -industrien der Entwicklungsländer zu setzen, sofern diese noch nicht von ihnen kontrolliert werden, und die Schlüsselindustrien überhaupt in die Hand zu bekommen, wie es den USA in Lateinamerika weitgehend gelungen ist. Auf diese Weise können sie die Wirtschaft ganzer Länder kontrollieren, ganze Völker ausbeuten und sie gewissenlos ihrer Naturreichtümer und der Früchte ihrer Arbeit berauben. Wo in diesen Ländern fortschrittliche Regierungen an die Macht gelangen, die die Rohstoffquellen und Schlüsselindustrien nationalisieren, die Ausbeutung durch die großen Monopole einschränken oder ganz beseitigen, da werden, wie seinerzeit im Falle Ägypten, das von England, Frankreich und Israel überfallen wurde, Kolonialkriege geführt oder wie in Chile und in anderen lateinamerikanischen Ländern Konterrevolutionen organisiert, die einheimische Gewährsleute der ausländischen Monopole an die Macht bringen.

Nur wenige Zahlen mögen hier angeführt werden, um eine Vorstellung vom Umfang der Ausplünderung der „Dritten Welt“ durch die großen Monopole zu geben.

Dies ist allerdings nur ein Teil des Gesamtprofits, wenngleich auch – bezeichnenderweise – der größere, da ein Teil der Profitmasse in diesen Ländern reinvestiert wurde. [59]

*Masse des in die USA exportierten, aus direkten Kapitalanlagen in den Ländern Lateinamerikas erzielten Profits (in Mill. Dollar)*¹¹⁰

Jahr	Insgesamt	Industriezweig gesamt		
		Hüttenindustrie	Erdölindustrie	Verarbeitende Industrie
1950	513	64	258	55
1966	962	234	471	126

*Reinvestitionen der USA in Lateinamerika (in Millionen Dollar)*¹¹¹

Jahr	Insgesamt	Industriezweig		
		Hüttenindustrie	Erdölindustrie	Verarbeitende Industrie
1950	100	4	6	49
1966	229	28	5	189

Unter allen diesen genannten Umständen und vielen anderen, aus Raumgründen hier nicht genannten, kann es niemanden verwundern, daß die Diskrepanz zum Beispiel zwischen der Pro-Kopf-Produktion der kapitalistischen Länder und der Entwicklungsländer ständig größer wird. Während 1950 die Pro-Kopf-Produktion der kapitalistischen Länder 9,8mal so hoch war wie die der Entwicklungsländer, war sie 1969 bereits 11,1mal so hoch.¹¹²

Welche Zahlen und Fakten man zur Charakterisierung des Verhältnisses zwischen imperialistischen Ländern und Entwicklungsländern man auch immer anführen mag, das Ergebnis entzieht dem politischen Zweckoptimismus derer, die einen sich spontan vollziehenden „allmählichen Ausgleich der Gegensätze“ zwischen ihnen als möglich hinstellen oder gar den Imperialisten das Streben nach einem solchen Ausgleich nachsagen, jegliche Grundlage. Wie können diese Gegensätze je aufgehoben oder gar für bereits teilweise aufgehoben ausgegeben werden, wenn – wie Dieter Klein zum Nachweis der Grenzen der kapitalistischen Internationalisierung und der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus anführt – „von 1960 bis 1968 die monopolistischen Gewinne aus den imperia-[60]listischen Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern diese Investitionen um das Zweieinhalbfache

¹¹⁰ Balance of Payments Statistical Supplement, Washington 1963, S. 178-183; Survey of Current Business, 1960-1967, Nr. 9 (zit. bei M. Koptew/M. Otschkow, Imperialismus und Entwicklungsländer, S. 224).

¹¹¹ Balance of Payments Statistical Supplement, Washington 1963, S. 188-193; Survey of Current Business, 1960-1967, Nr. 9 (zit. bei M. Koptew/M. Otschkow, Imperialismus und Entwicklungsländer, S. 226).

¹¹² Siehe W. Tjagunenko, Das Grundproblem der Entwicklungsländer, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 2/1972, S. 151.

übertrafen und der Gewinntransfer in die imperialistischen Länder den ökonomischen Spielraum der Entwicklungsländer einengt, wenn im Ergebnis der imperialistischen Unterdrückung 1972 noch 912 Millionen Analphabeten in den Entwicklungsländern lebten, wenn nach vorsichtigen Schätzungen 78 Millionen in den Entwicklungsländern arbeitslos sind und Hunderte von Millionen eine latente Überbevölkerung bilden! Die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung führte im Ergebnis der kolonialen und neokolonialistischen Ausplünderung der Entwicklungsländer nach Angaben des ‚Weltbankatlas 1973‘ dazu, daß ihr Pro-Kopf-Anteil am Weltbruttosozialprodukt sich 1971 zu dem der entwickelten kapitalistischen Länder wie 1 zu 127 verhielt.“¹¹³

Ogleich die räuberischen Praktiken der Monopole offenkundig sind, scheuen Ideologen des kapitalistischen Systems nicht davor zurück, die Dinge auf den Kopf zu stellen, wie folgende Äußerung des bekannten amerikanischen Publizisten Sulzberger beweist. „Wenn es auch bequem ist, für die wachsende Kluft die reicheren Länder verantwortlich zu machen, die entweder der Ansicht sind, das Hemd sei ihnen näher als der Rock, oder die meinen, daß die Hilfe irgendeinem politischen Ziel zu dienen habe, so liegt doch die Hauptverantwortung bei den Entwicklungsländern selbst. Insgesamt zeigen sie weniger Fähigkeiten zur Verwaltung und zur Selbstverwaltung, als man erwarten konnte.“¹¹⁴

Einen analogen Standpunkt vertritt nebenbei bemerkt auch Eppler, nur daß er für den andauernden Rückstand der Entwicklungsländer vor allem die Herrschaft der „ländlichen Oberschicht“, das heißt der einheimischen Latifundienbesitzer, der „Oligarchie“, verantwortlich macht. Allerdings „entgeht“ ihm dabei, daß das, wie zum Beispiel in Guatemala, auch ausländische, im konkreten Falle US-amerikanische, Monopole sein können. Sehr richtig stellt er zwar fest, daß, wenn die Agrarfrage gelöst werden soll, die alten feudalen Verhältnisse, die die Masse der Bevölkerung zu einem elenden Dasein verurteilen, so oder so, das heißt auf revolutionärem oder auf „reformistischem“ Weg, eines Tages beseitigt werden müssen¹¹⁵, „übersieht“ jedoch dabei, daß die Lösung der Agrarfrage [61] allein – zumal wenn die als „Entwicklungshilfe“ kaschierte Ausbeutung dieser Länder durch das ausländische Monopolkapital fortgesetzt wird – nur wenig dazu beitragen kann, den Rückstand zu den entwickelten kapitalistischen Ländern aufzuholen. Auch übergeht er das Streben der ausländischen Monopole, gerade die Landoligarchie als willfährigen Handlanger ihrer Ausplünderungspraktiken an der Herrschaft zu halten, mit Schweigen. Selbst als in der Folgezeit der konkrete Fall eintrat, daß eine bereits weitgehend ökonomisch entmachtete Landoligarchie, nämlich die Chiles, nach dem Sturz der rechtmäßigen, demokratisch gewählten Regierung durch eine faschistische Militärjunta ihre alten Besitztitel zurückerstattet bekam, sah Eppler offenbar keine Veranlassung, seine Stimme dagegen zu erheben.

Alle diese und weitere, weiter oben bereits aufgezeigte Widersprüche, Inkonsequenzen und Halbheiten der Kritik des rechten Sozialdemokraten Eppler an der Politik imperialistischer Staaten gegenüber den Entwicklungsländern, am hemmungslosen Profitstreben der Monopole können – soviel sei zu dieser nichtsdestoweniger sehr aufschlußreichen „Kritik“ abschließend gesagt – kaum als intellektuelle Fehlleistungen begriffen werden. Vielmehr muß in diesem Zusammenhang die Tatsache in Betracht gezogen werden, daß es, wie der sowjetische Autor W. D. Granow unseres Erachtens richtig feststellt, lediglich das im Vergleich zur ersten Nachkriegsperiode entschieden zugunsten der Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen veränderte internationale Kräfteverhältnis ist, das rechte sozialdemokratische Führer heute zu *formaler* Abgrenzung von einigen Aspekten imperialistischer Politik, zum Eintreten für die Überwindung der Kluft zwischen Entwicklungsländern und imperialistischen Staaten *zwingt*.¹¹⁶ Diese formale Abgrenzung hat sehr handfeste Gründe. Sie ist eine Folge der vernichtenden Niederlage der rechten Sozialdemokratie in Befreiungsländern, in denen sie sich in den Augen der Öffentlichkeit als Handlanger des Imperialismus kompromittiert hat, in denen Sozialdemokraten als Teilnehmer an Kolonialkriegen in Erscheinung getreten sind.

¹¹³ D. Klein, Die Grenzen des Kapitalismus in der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Einheit, 1/1975, S. 100.

¹¹⁴ „The New York Times“ vom 24. 2. 1971 (zit. Bei W. Tjagunenko, Das Grundproblem der Entwicklungsländer, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 2/1972, S. 150.

¹¹⁵ Siehe E. Eppler, Wenig Zeit für die Dritte Welt, S. 56, 60, 64, 65.

¹¹⁶ W. D. Granow, Probleme der nationalen Befreiungsbewegung und der Sozialreformismus, in: Nationale Befreiungsbewegung und gegenwärtiger ideologischer Kampf (Hrsg. M. B. Mitin), Baku 1973, S. 116.

Grausame Kolonialkriege wurden von Regierungen geführt, an deren Spitze Sozialdemokraten standen oder in de-[62]nen sie maßgeblichen Einfluß hatten (England, Frankreich, Holland, Belgien).¹¹⁷

Eine neue, kritische Einstellung zur Vergangenheit der eigenen Bewegung kann daher nur glaubwürdig sein, wenn sich die Spitze der Kritik gegen das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus richtet und nicht gegen irgendwelche taktischen Fehler, die seinen politischen Führern bei der Ausbeutung der Entwicklungsländer unterlaufen sind.

Will man ein Fazit des bislang Dargelegten ziehen, so kann man sagen, daß die optimistische Prognose Erdmanns vom Ausgleich der Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten und den Entwicklungsländern jeglicher Grundlage entbehrt.¹¹⁸ Die imperialistischen Staaten setzen die Ausbeutung fort, verschärfen sie sogar noch, versuchen die Rückständigkeit der Entwicklungsländer zu konservieren, enthalten ihnen die Errungenschaften der modernsten Wissenschaft und Technik vor, versuchen ihren Status als Rohstofflieferant und Absatzmarkt für Fertigwaren aufrechtzuerhalten, leisten daher auch keine entscheidende Hilfe bei der Überwindung der Monokulturwirtschaft und versuchen, sich die Kontrolle über die Bodenschätze, ja über die gesamte Wirtschaft dieser Länder anzueignen. Versuchen die Entwicklungsländer, eine vom internationalen Monopolkapital unabhängige Wirtschaft aufzubauen, so antworten die imperialistischen Mächte darauf mit dem völligen Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen, wie das zum Beispiel gegenüber Guinea und Kongo (Kinshasa) der Fall war, oder mit einer starken Einschränkung dieser Beziehungen. Versuchen die Entwicklungsländer die Preisschere zwischen Rohstoffen und Fertigwaren durch Erhöhung der Rohstoffpreise auch nur minimal zu schließen, so drohen die Imperialisten wie im Falle der sogenannten „Erdölkrise“ mit einem Aggressionskrieg und der militärischen Besetzung der Erdölfelder.

Die imperialistischen Mächte sind zwar nicht mehr in der Lage, den Bestrebungen der Entwicklungsländer nach einer Industrialisierung entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen, sie versuchen aber, die soziale Richtung der Industrialisierungspolitik zu verändern, die befreiten Länder auf die Errichtung einer Infrastruktur und die Entwicklung der Zweige [63] der Leichtindustrie zu orientieren und das Tempo der Industrialisierung zu hemmen.¹¹⁹

Die Hauptstütze dieses „modernen“ Kolonialismus aber ist der Imperialismus der Vereinigten Staaten von Amerika. Durch Entfesselung bzw. Anstiftung von Kolonialkriegen, durch Errichtung von Militärdiktaturen in den Entwicklungsländern, durch zwangsweise Einbeziehung dieser Länder in aggressive Blocks, durch Anwendung aller Mittel des politischen und ökonomischen Drucks auf diese Länder, durch ihre hemmungslose Ausbeutung hat er sich in den Augen der Weltöffentlichkeit als Feind der nationalen Befreiungsbewegungen, des Strebens der jungen Nationalstaaten nach einer politisch und ökonomisch selbständigen Entwicklung, nach einem Leben in Frieden und Wohlstand restlos entlarvt.

Wenn bürgerliche Politiker wie Eppler darüber in Sorge geraten, daß sich die Entwicklungsländer „dem Gegenspieler der Vereinigten Staaten“ zuwenden, so haben sie allen Grund dazu, wie schon der bekannte englische Historiker und Geschichtsphilosoph Arnold Joseph Toynbee vor vielen Jahren in seinem Buch „Die Zukunft des Westens“ nachwies. In diesem Buch zeigte er, daß die USA heute überall in der Welt eine antirevolutionäre Rolle spielen¹²⁰, daß sie ihre einstige revolutionäre Rolle

¹¹⁷ Ebenda, S. 113 ff.

¹¹⁸ Allerdings vollzieht sich, wenn man so will, in der Tat derzeit ein gewisser „Ausgleich der Gegensätze“ oder besser sagt der „Unterschiede“ zwischen den genannten Ländern. Nur verläuft dieser gerade in einer von den Anhängern der „Industriegesellschafts“-Lehren nicht vorausgesehenen, nämlich in der umgekehrten Richtung. Die Brachlegung von Produktionskapazitäten trieb die Arbeitslosenzahl in den kapitalistischen Ländern auf mehr als 20 Millionen hinauf, Zerrüttete Staatshaushalte veranlaßten die herrschenden Kreise, die Ausgaben für das Bildungswesen erheblich zu kürzen, Millionen Jugendliche erhielten keine Lehrstellen, der Lebensstandard der Werk tätigen wurde systematisch gesenkt usw. usf. Das alles berührt aber natürlich in keiner Weise den eigentlichen Gegensatz zwischen imperialistischen Ländern und Entwicklungsländern, nämlich die Ausbeutung der letzteren durch die ersteren, deren unausweichliche Folge die Unterschiede im Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, im Pro-Kopf-Anteil am Weltbruttosozialprodukt, im Lebensstandard, im Bildungswesen. in der Arbeitslosenquote usw. sind.

¹¹⁹ Siehe A. A. Iskenderow, Die nationale Befreiungsbewegung. Probleme, Gesetzmäßigkeiten, Perspektiven, Berlin 1972, S. 248-249, 276-277.

¹²⁰ Siehe A. J. Toynbee, Die Zukunft des Westens, München 1964, S. 109.

an die Sowjetunion verschenkt haben¹²¹, daß sie im Gegensatz zu den Kommunisten jetzt verbrieft Privilegien einer wohlhabenden Minderheit, nicht die von Mehrheiten verteidigen¹²², was letztlich dazu führt, daß „Amerika heute im ganzen gesehen in seinem Wettstreit mit Rußland um die Freundschaft und die Unterstützung der großen nicht-amerikanischen und nicht-russischen Mehrheit des Menschengeschlechts unterliegt“.¹²³

Noch schärfer prangerte er die imperialistischen Praktiken der USA, aber auch Englands und Frankreichs, in seinem Buch „Über Gott und die Welt“ an, in dem er den Suezkrieg der letztgenannten beiden Mächte entschieden kritisierte¹²⁴, ebenso die Einstellung der USA-Imperialisten, „daß die lateinamerikanischen Länder – zumindest die kleinen Republiken im Karibischen Meer – keinerlei Rechte gegenüber den Vereinigten Staaten besitzen“¹²⁵, in dem er sich gegen die amerikanische Kanonenbootpolitik wandte¹²⁶ und die Aggressionspolitik des Westens generell verurteilte: „Aber für mein [64] auch Israel zu dem ganzen Komplex westlicher Aggression gegen den Osten ... Ein westlicher Staat greift nach einem Stück Land, das einem anderen gehört, und besetzt es mit Gewalt. Wie in Südrhodesien, wie im Kongo, wie in Algerien.“¹²⁷ Offen und uneingeschränkt stellte er sich schließlich 1973 in einem Interview mit dem BRD-Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ auf die Seite der unterdrückten und ausgebeuteten Völker und Klassen, rechtfertigte ihren Widerstand, ja sogar den individuellen Terror als Ausdruck höchster Verzweiflung: „Wichtig ist Aufmerksamkeit, auch abstoßende (gemeint ist der individuelle Terror – H. Sch.). Solange über das Los der Palästinenser, das Elend südamerikanischer Proletarier nicht einmal gesprochen wird, ist mit Abhilfe überhaupt nicht zu rechnen ... Gegen Terrorismus gibt es nur eine Radikalkur: den Grund für den Terrorismus, die Ungerechtigkeit, beseitigen.“¹²⁸

Das aber ist vom Imperialismus – wie Toynbee feststellt – nicht zu erwarten. Daher fordert er, daß der „Privatbesitz über Produktionsmittel erheblich eingeschränkt und der private Wirtschaftsabsolutismus (wie er die Allmacht der Monopole in den kapitalistischen Ländern umschreibt – H. Sch.) gebrochen wird“.¹²⁹

Dieses Urteil kommt aus dem Munde eines Erfahrenen. Als Diplomat von der englischen Krone im Laufe seines langen Lebens mit vielen verantwortlichen Missionen betraut, als einstiger Berater britischer Regierungen, als „gelegentlicher Geheimdienstmann“ – wie „Der Spiegel“ zu berichten weiß¹³⁰ –, als Fachmann auf dem Gebiet der Geschichte der neuesten Zeit hat Toynbee einen tiefen Einblick in die Hintergründe imperialistischer Machtpolitik gewonnen. Er weiß wie kaum ein zweiter bürgerlicher Gelehrter, daß es die ökonomischen Interessen der Monopole sind, die die Politik bürgerlicher Regierungen bestimmen. Und er hat schließlich auch aus nächster Nähe mit angesehen, wie die imperialistische Politik, in zwei Weltkriegen kulminierend, selbst zum Untergang des kapitalistischen Weltsystems beiträgt.

Diese Einsichten mögen Toynbee als einem bürgerlichen Gelehrten, der, wie er selbst immer wieder betont, mit allen Fasern seines Herzens an der alten bürgerlichen Welt hängt, nicht leicht gefallen sein, zumal er einstmals selbst den glei-[65]chen Illusionen angehangen hat, wie sie Erdmann Ende der sechziger Jahre verbreitete.

Toynbee ist dabei nicht der einzige bürgerliche Historiker, der von diesen Illusionen relativ früh Abschied nahm. In der Bundesrepublik stellte Gerhard Ritter, ein orthodoxer Vertreter des „deutschen Historismus“, der nach dem zweiten Weltkrieg lange Jahre hindurch zu den ideologisch-politisch richtungweisenden Historikern der BRD gehörte, bereits ein Jahr vor dem Erscheinen der Erdmannschen

¹²¹ Siehe ebenda, S. 120.

¹²² Siehe ebenda, S. 114.

¹²³ Siehe ebenda, S. 121.

¹²⁴ A. u. Ph. Toynbee, *Über Gott und die Welt*, München 1965, S. 146 f.

¹²⁵ Ebenda, S. 150 f.

¹²⁶ Ebenda, S. 151.

¹²⁷ Ebenda, S. 154.

¹²⁸ A. J. Toynbee, *Fürs Gaswerk sterben?*, in: *Der Spiegel*, Hamburg, Nr. 50, vom 4.12.1972, S. 154.

¹²⁹ Ebenda, S. 156.

¹³⁰ Ebenda, S. 154.

Aufsätze fest: „Die schöne, von Toynbee (vor dem Erscheinen seiner oben zitierten Schriften – H. Sch.) so zuversichtlich beurteilte Aussicht, durch Wirtschaftshilfe der Industriestaaten Hunger und Elend aus der Welt zu schaffen und soziale Wohlfahrt allen Menschen zuteil werden zu lassen, entschwindet in nebelhafte Ferne ... Nach und nach wird die ganze Welt gewissermaßen mit Dynamit aufgeladen, und niemand weiß, welche Folgen das für die Zukunft der Menschheit haben wird.“¹³¹

Direkt oder indirekt bestätigen alle diese Ausführungen die Richtigkeit der von Marxisten-Leninisten getroffenen Feststellung, daß nur ein entschlossener Kampf der Entwicklungsländer zum Ziel, nämlich zu ihrer völligen politischen und ökonomischen Unabhängigkeit führen kann, daß jede Hoffnung auf die Einsicht oder Gnade des Imperialismus, auf seinen „guten Willen“, einen „Ausgleich der Gegensätze“ herbeizuführen, eitel ist. Die militärische Invasion der USA in Kambodscha und in Vietnam, wo die amerikanischen Imperialisten die Nachfolge der französischen Kolonialisten antreten wollten, die von ihnen organisierte Konterrevolution in Chile, die vor allem die Wiederaneignung der unter der UP-Regierung Allendes nationalisierten größten Kupferminen der Welt zum Ziele hatte, die von ihnen inspirierten und gelenkten israelischen Aggressionen im Nahen Osten, wo die fortschrittlichen Regierungen junger arabischer Nationalstaaten gestürzt werden sollten und eine imperialistische Kontrolle über die dort weitgehend nationalisierten Erdölquellen, wiedererrichtet werden sollte, die offenen Kriegsdrohungen der USA an jene arabischen Staaten, die sich ihre Erdölpreise nicht mehr länger von den USA-Imperialisten diktieren lassen wollen – diese und viele andere nicht genannte Fakten führen das Gerede von einem auf dem [66] „guten Willen“ imperialistischer Mächte beruhenden friedlichen „Ausgleich der Gegensätze“ eindeutig ad absurdum.

Abschließend sei festgestellt, daß Erdmanns Behauptung von einem möglichen friedlichen „Ausgleich der Gegensätze“ zwischen imperialistischen Ländern und Entwicklungsländern durchaus nicht als die private Meinung eines einzelnen, wenngleich auch führenden westdeutschen Historikers gelten kann. Diese These ist vielmehr Ausdruck einer allgemeinen Tendenz: „Bestrebt, die von W. I. Lenin entdeckte Gesetzmäßigkeit zu bestreiten, daß der Imperialismus das letzte Stadium der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß er der Vorabend der proletarischen Revolution ist, suchen imperialistische Historiker“, wie Willibald Gutsche anhand einer Analyse der derzeitigen Imperialismusdeutungen in der BRD feststellt, „fieberhaft nach Erklärungsmodellen, die den Imperialismus den Volksmassen plausibler als bisher als Ideologie oder Strategie, als Wachstumsstörung oder als vorwiegend politisches Phänomen, auf alle Fälle aber als zeitweilig, primär nicht durch monopolkapitalistische Produktionsverhältnisse verursacht, erscheinen lassen und so die Illusion von der Möglichkeit weiterer, ‚höherer‘ Etappen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nähren könnten.“¹³²

Eben an dieser Illusion mitzuweben, ist offenbar auch die Absicht Erdmanns, wenn er die antagonistischen Widersprüche zwischen imperialistischen Ländern und den von ihnen in der einen oder anderen Weise ökonomisch oder auch politisch abhängigen Entwicklungsländer. als eliminierbar auszugeben, den unausweichlichen Drang des Imperialismus nach Gewalt und Reaktion zu leugnen versucht.

Bemerkenswert, wenn auch nicht ungewöhnlich ist, wie wir schließlich feststellen möchten, daß Erdmann seine Behauptung von einem künftighin zu erwartenden „Ausgleich der Gegensätze“ zwischen imperialistischen Staaten und Entwicklungsländern nicht im mindesten zu beweisen versucht. Ungewöhnlich ist dieses wissenschaftlich unvertretbare Vorgehen insofern nicht, als es bürgerliche und reformistische Ideologen, wie Gutsche in seiner bereits zitierten Arbeit über die Imperialismus-Apologie in der BRD nachweist, im allgemeinen nicht für erforderlich halten, sich mit der Leninschen Imperialismus-Theorie intensiv zu beschäftigen, sich konkret [67] mit ihr auseinanderzusetzen und ihre dieser Theorie entgegengesetzten Behauptungen exakt zu belegen.¹³³ Bemerkenswert ist dieses Vorgehen deshalb, weil es den Anspruch der Vertreter des deutschen Historismus“, die Geschichte als Wissenschaft zu betreiben, eindeutig ad absurdum führt.

¹³¹ G. Ritter, Wissenschaftliche Historie einst und jetzt. Betrachtungen und Erinnerungen, in: Historische Zeitschrift, 3/1966, S. 600.

¹³² W. Gutsche, Zur Imperialismus-Apologie in der BRD ..., a. a. O., S. 13.

¹³³ Siehe ebenda, S. 29.

Die Haltlosigkeit der These von einem von den imperialistischen Staaten selbst geförderten friedlichen „Ausgleich der Gegensätze“ zwischen ihnen und den Entwicklungsländern ist evident. Ihre Verbreitung und „Begründung“ erwies und erweist sich als ein Versuch mit untauglichen Mitteln, den von bürgerlichen Historikern offen eingestandenen großen Einfluß der Leninschen Imperialismustheorie zurückzudrängen. An der von einem dieser Historiker, von Hans-Christoph Schröder, wie folgt charakterisierten ideologischen Sachlage hat die Kolportierung und Propagierung dieser These nichts zu ändern vermocht: nicht nur im kommunistischen Bereich hat sich die (Leninsche) Imperialismustheorie als überaus geschichtsmächtig erwiesen, auch in den Entwicklungsländern beherrschen Vorstellungen von einem ausbeuterischen imperialistischen Weltsystem das politische und ökonomische Denken der zumeist sozialistisch beeinflussten Eliten ... Der ‚Kampf gegen den Imperialismus‘ ist für die ‚Dritte Welt‘ zur verbindenden Losung geworden. Und schließlich ist auch das Imperialismusbild in den westlichen Ländern, ob bewußt oder unbewußt, stark von den sozialistischen Interpretationen beeinflusst.“¹³⁴

Dieser Kampf der Entwicklungsländer gegen die oben gekennzeichneten räuberischen Praktiken der internationalen Konzerne, um die Erlangung ihrer ökonomischen Unabhängigkeit, konnte im Ergebnis des zugunsten des Sozialismus und aller fortschrittlichen Kräfte veränderten internationalen Kräfteverhältnisses in den letzten Jahren einen beachtlichen Aufschwung nehmen. Verstaatlichung von Produktionsanlagen internationaler Konzerne, Preisfestlegungen für Erdöl und andere Rohstoffe erwiesen sich als wirksame Waffen der Entwicklungsländer im Kampf gegen die internationalen Konzerne.

Auch in der internationalen politischen Arena konnten die Entwicklungsländer in den letzten Jahren – mit Unterstützung der sozialistischen Staaten – wichtige Erfolge im antiimperialistischen Kampf erringen. So wurde auf der XXIX. Tagung [68] der Vollversammlung der UNO 1974 die „Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten“ angenommen, und auf der 6. Sondertagung der Vereinten Nationen wurden im selben Jahr die Deklaration und das Aktionsprogramm zur „Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ durchgesetzt.

Die große Bedeutung dieser Dokumente besteht vor allem darin, daß in ihnen der Kampf der Entwicklungsländer um die volle und uneingeschränkte Souveränität über ihre Naturreichtümer als gerecht anerkannt wird, daß in ihnen ferner ausdrücklich das Recht dieser Länder sanktioniert wird, Produktionsanlagen zu nationalisieren und die Tätigkeit der internationalen Konzerne zu kontrollieren und zu regulieren.¹³⁵

Daß die Annahme dieser Dokumente gegen den Widerstand der imperialistischen Länder durchgesetzt werden mußte, beweist – am Rande bemerkt – nur einmal mehr, wie illusionär die Vorstellung ist, daß die imperialistischen Länder von sich aus zu einem „Ausgleich der Gegensätze“ zwischen ihnen und den Entwicklungsländern beitragen würden. Zudem hat ihre politische Praxis in der darauffolgenden Zeit gezeigt, daß sie ihre ökonomischen und politischen Positionen in den Entwicklungsländern nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern weiter auszubauen und, wo bereits verloren, wiederzugewinnen trachten, daß sie, wo das als risikolos erscheint, auch vor der Anwendung von Gewalt nicht zurückschrecken. Erfolge kann die nationale Befreiungsbewegung daher nur in einem hartnäckigen ökonomischen, politischen, ideologischen und notfalls auch bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus erzielen. Entgegengesetzte Auffassungen sind illusionär, utopisch, demagogisch.

5. Die „ausgleichende Kraft der freien Industriegesellschaft“ – eine verlorene Illusion?

Im Brustton tiefster Überzeugung sprach Erdmann noch Ende der sechziger Jahre von einer „ausgleichende(n) Kraft der freien Industriegesellschaft, die innerhalb der westlichen Nationen die Verelendung der Massen überwunden und gerade [69] die Voraussetzungen für ihre soziale Hebung

¹³⁴ H.-Ch. Schröder, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914, Teil 1, Hannover 1968, S. 24.

¹³⁵ Siehe H. Heininger, Internationale Solidarität gegen die multinationale Ausbeutung, in: „Neues Deutschland“, 6/7. September 1975, S. 10.

geschaffen hat“¹³⁶, von einem angeblichen „Ausgleich der Gegensätze, der sich innerhalb der demokratischen Gesellschaft vollzieht“.¹³⁷ Den Beweis für die Existenz dieser ominösen „ausgleichenden Kraft“, die Klärung der Ursachen für das angebliche Wirken dieser „Kraft“, für den „Ausgleich der Gegensätze“ glaubte er sich im Hinblick auf das allerdings bereits damals leicht verblichene westdeutsche „Wirtschaftswunder“ offenbar sparen zu können.

Es ist jedoch bezeichnend, daß er – wie die Vertreter der diversen bürgerlichen „Industriegesellschafts“-Lehren überhaupt – die weitere Entwicklungsperspektive des kapitalistischen Systems bereits zu jener Zeit an einen grundlegenden Wandel des Charakters dieses Systems knüpfte, daß er die Überlebenschance dieses Systems von diesem Wandel abhängig machte. Um diesen Wandel auch terminologisch zu demonstrieren, wurde – wie schon aus den wenigen oben zitierten Zeilen deutlich hervorgeht – der Begriff Kapitalismus peinlichst gemieden und dafür Begriffe wie „freie Industriegesellschaft“, „demokratische Gesellschaft“ und ähnliches eingesetzt. Von nun an sollte nicht mehr gelten, was Marx mit den Worten von Th. J. Dunning einst über den Charakter des Kapitals gesagt hatte: „Das Kapital hat einen horror vor Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“¹³⁸

Daß die „ausgleichende Kraft“ des Kapitalismus jedoch in Wahrheit eine imaginäre Größe ist, daß der grundlegende Wandel des kapitalistischen Systems nie stattgefunden hat und nicht mehr als eine Wunschvorstellung gewisser Theoretiker war, daß Marx' Einschätzung des Charakters des Kapitals auch heute noch vollauf gültig ist, das bezeugen seither immer mehr der Sympathien mit dem Kommunismus gänzlich unverdächtige bürgerliche Wissenschaftler, Theologen, Politiker. „Die Marxisten behaupten“, so kommentiert der bekannte evangelische Theologe Helmuth Gollwitzer ein Rundtischgespräch des [70] westdeutschen Fernsehens mit Richard von Weizsäcker (CDU) Helmut Schmidt (SPD), Franz Josef Strauß (CSU) und Wolfgang Mischnik (FDP) (vom 16.12.1971), „kapitalistische Unternehmer könnten gar nicht anders, als ihre Gewinne für das Maß aller Dinge zu halten. Weizsäcker bestätigt das. Den deutschen Unternehmern, wie er sie darstellt, geht der Horizont nicht über die Nasenspitze ihres Lustgewinns hinaus, und wenn Gewinnschmälerung ihnen die Lust versalzt, dann versuchen sie – politisch instinktlos wie eh und je (1932/33!) –, mit ihrer Macht die Regierung zu stürzen ...“¹³⁹

Zu einer analogen Feststellung gelangte der DGB-Funktionär Heinz Oskar Vetter: „Der mehr als 100jährige Kampf der Arbeiterbewegung gegen das Übergewicht der Kapitaleseite im Unternehmen und Betrieb ist keineswegs beendet. ... Noch immer haben Gewinne und Machtinteressen Vorrang vor menschengerechter Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse.“¹⁴⁰ Kategorisch, durchaus treffend, stellt ein anderer Autor, der katholische Theologe Franz Klüber, fest, daß „das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik vom antisozialen Kapitalismus monopolistischer Großbetriebe beherrscht wird“.¹⁴¹ Wieder ein anderer Autor, Hans Apel, bestreitet nicht nur die Existenz der in der Vergangenheit vielzitierten „sozialen Marktwirtschaft“, sondern zieht die Möglichkeit des seinerzeit schon als Fakt gepriesenen Wirkens einer „ausgleichenden Kraft“, eines „Ausgleichs der Gegensätze“ generell in Zweifel: „Ist es überhaupt möglich, in unserer Wirtschaftsordnung das Kapitalverwertungsinteresse Weniger, also ihr Profitinteresse, in Übereinstimmung zu bringen mit den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten unserer Zeit?“¹⁴² Analog dazu kann auch ein weiterer Autor, Lauritz Lauritzen, angesichts von Mietwucher, Bodenspekulationen und Bauskandalen in der BRD nicht umhin, den Gegensatz zwischen den ungezügelter Profitinteressen einiger weniger und den

¹³⁶ K. D. Erdmann, Wozu sind wir als Deutsche da?, in: ders., Geschichte, Politik und Pädagogik, Stuttgart 1970, S. 374.

¹³⁷ Ebenda, S. 375.

¹³⁸ MEW, Bd. 23, Berlin 1962, S. 788, Fußnote 250.

¹³⁹ H. Gollwitzer, Politik aus „christlicher Verantwortung“, in: Die Neue Gesellschaft, Bonn, 2/1972, S. 129.

¹⁴⁰ H. O. Vetter, Mitbestimmung bleibt Mittelpunkt gesellschaftlicher Reformen, in: Die Neue Gesellschaft, Bonn, 4/1973, S. 227

¹⁴¹ F. Klüber, Katholische Kirche und christliche Politik, in: Die Neue Gesellschaft, Bonn, 5/1972, S. 340.

¹⁴² H. Apel, Unsere Wirtschaftsordnung weiter entwickeln, in: Die Neue Gesellschaft, Bonn, 4/1973, S. 249.

Interessen der Mehrheit zu konstatieren: „Die geltende Bodenordnung ist ein Ärgernis. Tag für Tag werden einigen wenigen Eigentümern leistungslose Millionengewinne zugeschwemmt, die Mieter, Verbraucher und Steuerzahler belasten.“¹⁴³

Diese Art von „Bodenordnung“ aber dürfte, um wieder zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurückzukehren, schwerlich zu den von Erdmann zitierten „Voraussetzungen für ihre [71] (der werktätigen Massen – H. Sch.) soziale Hebung“, für die Überwindung der „Verelendung der Massen“, für den „Ausgleich der Gegensätze“ zählen. Ganz im Gegenteil! Sie gehört zu jener Vielzahl von Gesetzen, die dem Kapitaleigentümer die ungehemmte Ausbeutung der Arbeiterklasse und aller übrigen Werkstätigen ermöglichen, die die unwürdige ökonomische Abhängigkeit der letzteren von den ersten damit aufrechterhalten und letztlich die Konzentration des Eigentums in immer weniger Händen zur Folge haben.

Für viele nichtmarxistische Theoretiker war also die These von der „ausgleichenden Kraft“ der „freien Industriegesellschaft“ angesichts der sich verschärfenden Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit in der BRD bereits Anfang der 70er Jahre fragwürdig geworden. Es wurde demgegenüber die Existenz einer „bildungsmaßbigen, ökonomischen und politischen Ungleichheit in der Gesellschaft“¹⁴⁴ wieder vollumfänglich anerkannt und für die Zukunft sogar die Prognose aufgestellt: „Die Ungleichheit wird immer mehr zunehmen.“¹⁴⁵

Die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Ausbruch einer neuen, weltweiten zyklischen Wirtschaftskrise des kapitalistischen Systems mit ihren bekannten Folgeerscheinungen – dem maßlosen Anwachsen der Profite der Monopole auf der einen Seite und der Verelendung der werktätigen Massen infolge von Arbeitslosigkeit, Inflation, verschärfter Ausbeutung usw. auf der anderen Seite – haben diese Voraussage bestätigt. Der „Ausgleich der sozialen Gegensätze“, von dem man einst behauptet hatte, daß er bereits weitgehend erfolgt sei, wird von den Apologeten dieses Systems nunmehr wieder in eine erst in der Zukunft zu lösende, in jedem Falle aber lösbare Aufgabe umfunktioniert. Einstweilen aber versucht man, wie das vor allem bei rechten sozialdemokratischen Theoretikern der BRD zu beobachten ist, die werktätigen Massen mit antikommunistischen Verleumdungen – wie etwa, daß die Klassengegensätze auch in den sozialistischen Ländern nicht aufgehoben wären und nicht aufzuheben seien, daß auch die sozialistischen Länder von der Wirtschaftskrise betroffen seien, und ähnliches – über die nicht mehr zu leugnenden Gebrechen des Kapitalismus hinwegzutrusten. Der Anfang des Jahres 1975 erschienene, bereits eingangs erwähnte „Zweite Entwurf eines ökonomisch-politischen [72] Orientierungsrahmens für die Jahre 1975-1985“ der SPD sowie die noch davor veröffentlichten Schriften der an ihm hauptsächlich beteiligten Autoren, wie Peter von Oertzen und Jochen Steffen zum Beispiel¹⁴⁶, sind für diese mit antikommunistischen Verleumdungen abgesicherte Rückzugsstrategie typisch.

Eigentlich sollte man meinen, daß die Illusion von einem möglichen „Ausgleich der sozialen Gegensätze im Kapitalismus“, von einer „klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft“ von den Apologeten dieser Ordnung nunmehr endgültig begraben wird. Würde die Entwicklung der bürgerlichen Ideologie demselben Gesetz wie die Entwicklung der Wissenschaft folgen, so wäre diese Hoffnung auch berechtigt. Denn welcher Chemiker oder Physiker wollte es wagen, Hypothesen zu verteidigen, über die die Entwicklung der Wissenschaft hinweggegangen ist, die sie als unsinnig verworfen hat, die in der Praxis, im Experiment usw. keine Bestätigung erfahren haben? Die Entwicklung der bürgerlichen Ideologie folgt jedoch nicht diesem Gesetz!

Betrachtet man zum Beispiel die jüngere Geschichte der bürgerlichen Ideologie etwas näher, so findet man, daß die Idee der „klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft“ keine originäre Erfindung der – überwiegend amerikanischen – Autoren der Theorie der „Industriegesellschaft“ ist, die das angebliche Verschwinden der Klassengegensätze Mitte der fünfziger Jahre in den USA festgestellt haben

¹⁴³ Langzeitprogramm 1, Texte, Bonn/Bad Godesberg 1972, S. 135.

¹⁴⁴ G. Hekler, Selbstbestimmung der Bürger – eine Utopie?, in: Die Neue Gesellschaft, Bonn, 6/1971, S. 427.

¹⁴⁵ Ebenda, S. 427.

¹⁴⁶ Siehe P. v. Oertzen, Thesen zur Strategie und Taktik des Demokratischen Sozialismus, in: Die Neue Gesellschaft, 1/1974, S. 71-78; 4; 2/1974, S. 165-170; 3/1974, S. 258-261; ferner J. Steffen, Strukturelle Revolution, Hamburg 1974.

wollten, geschweige denn eine Erfindung Erdmanns. Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts propagierten faschistische und profaschistische Ideologen in Anknüpfung an Ideen der alten romantischen Soziallehren die Überwindung der Klassengesellschaft durch einen Ständestaat. In seinem Buch „Der Faschismus. Staat und Wirtschaft im neuen Italien“ erläuterte Walter Heinrich Sinn und Zweck dieses Ständestaats wie folgt: das Volk wird (durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise – H. Sch.) zu einem Neben- und Gegeneinander von *Klassen*; es setzt sich also ein anderes Schichtungsprinzip, das des Besitzes und der Einkommensart, beherrschend durch. Da nun bei dieser Schichtung einzelne völlig vom geistigen Leben des Ganzen ausgeschlossen sein können, müssen sie – als Ausgeschlossene ersterbend – notwendig eine [73] feindliche und zerstörende Einstellung gegen den Staat haben: gegen den Staat als einen Gewaltapparat zugunsten der besitzenden Klassen, vor dem man sich nur retten kann, indem man ihn vorläufig einmal für die eigenen Klasseninteressen erobert. Der *Faschismus* kennt diese Folgen des zentralistischen Massenstaates der Parteiendemokratie sehr genau ... und er geht den Weg aller autoritativen Zeitalter zur Heilung dieser kulturzerstörerischen Wirkungen: Durch Verwirklichung eines neuen sozialen Aufbaues, der zwischen Einzelnen und Gesamtheit Untergemeinschaften, organische Gebilde, einschiebt ... Der Einzelne steht nun nicht mehr unmittelbar dem Staate gegenüber, sondern durch Vermittlung seines Berufsverbandes oder anderer Verbände.¹⁴⁷ Das Verhältnis des Staates zu diesen Verbänden oder Ständen aber wird durch folgende Prinzipien bestimmt: „Der staatstragenden Führerschicht (dem Staatsführer und seinem Mitführerkreis) muß unbedingter Gehorsam erwiesen werden ... Die Stände sind so schwach (organisatorisch, faktisch und finanziell), daß sie dem Staate als Oberleiter keinen Widerstand zu leisten vermögen.“¹⁴⁸

Nun stand der einzelne zwar auch, vor der Errichtung der faschistischen Diktatur dem Staat nicht unmittelbar gegenüber, wie Heinrich sagt, vielmehr war die Arbeiterklasse in Gewerkschaften, Jugendverbänden und vor allem in Arbeiterparteien organisiert, aber gerade diese Klassenorganisationen sollten zerschlagen werden und insbesondere die Arbeiter und werktätigen Bauern in faschistische Verbände (Reichsnährstand, Arbeitsfront usw.) gepreßt werden, die dem „Staatsführer“ unbedingten Gehorsam zu leisten hatten. Nicht um die Aufhebung der Klassen ging es den faschistischen Führern und ihren Ideologen, sondern darum, „in einer grandiosen Wendung die marxistische Arbeiterschaft vom Klassenkampf-Gedanken abzubringen und für sich zu gewinnen“.¹⁴⁹ Die Arbeiterklasse sollte im Gegenteil die Existenz der Kapitalistenklasse als notwendig anerkennen: auch die verschiedenen Schichten ein und derselben Kategorie – also vor allem Arbeiter und Unternehmer – erkennen die notwendige Gegenseitigkeit ihrer Arbeit (Verträge der Syndikate).¹⁵⁰

Daß eine solche „Neugliederung“ der Gesellschaft die Existenz der antagonistischen Gesellschaftsklassen in Wahrheit unberührt lassen sollte, daß an die Abschaffung des Privat-[74]eigentums an Produktionsmitteln, . das – wie das selbst ein faschistischer Ideologe wie Heinrich anerkennt – die Grundlage der Klassenschichtung ist, nicht gedacht war, bestätigte seinerzeit auch der Ganzheitsphilosoph Othmar Spann: „Die Gewerkschaften auf der einen Seite, die Kartelle, Konzerne und kartellähnlichen Zusammenfassungen auf der anderen Seite, beide verbunden durch den Gesamtarbeitsvertrag – das sind die Grundlagen der künftigen ständischen Entwicklung der Volkswirtschaft, vor allem im gewerblichen Bereiche. ... Erst die organische Zusammenfassung der Unternehmer- und Arbeiterverbände zum dauernden *Gesamtverband*, der auch andere Aufgaben übernimmt und dadurch sowie durch sein organisches Verhältnis zu den Vor- und Nachberufen zum Berufsstand wird, vollendet das so geschaffene Gebäude.“¹⁵¹ Die Zusammenfassung von „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ – wie man heute im reformistischen Sprachgebrauch sagen würde – in gemeinsamen Ständen oder Verbänden und die Errichtung der uneingeschränkten Herrschaft des sogenannten „staatstragenden Standes und seines Führers“¹⁵²

¹⁴⁷ W. Heinrich, *Der Faschismus. Staat und Wirtschaft im neuen Italien*, München 1932, S. 153, 155.

¹⁴⁸ Ebenda, S. 169.

¹⁴⁹ Ebenda, S. 139.

¹⁵⁰ Ebenda, S. 140.

¹⁵¹ O. Spann, *Der wahre Staat*, vierte, mit Zusätzen versehene Aufl., Jena 1938, S. 209, 213.

¹⁵² „Der staatstragende Stand und sein Führer muß ... bedingungslos Herr im Hause bleiben. Denn nur dann kann er als Höchststand seine Aufgaben erfüllen.“ (Ebenda, S. 246).

sollte „die Zerspaltung des Volkes in Klassen“ als Ausdruck der „Krisenhaftigkeit und Zerrüttung der individualistischen Gesellschaft“¹⁵³ „aufheben“.

Über die antikommunistische und antidemokratische Zielstellung dieser Ideen ließ auch Spann, ein Ideologe katholischer Provenienz, keinen Zweifel. Emphatisch begrüßte er am Schluß seines Hauptwerkes „Der wahre Staat“, das 1931 in dritter Auflage erschien, den nahen Triumph des Faschismus: „Die Vernichtung der Midgardschlange des Marxismus und der Demokratie, die Schöpfung gesunder ständischer Gebilde aus einem ganzheitstrunkenen Geiste, das sind die Aufgaben, die unseres Geschlechtes harren. Wir Heutigen dürfen unserem Schicksal danken, wir haben den Tiefpunkt überschritten. Es geht von der Mitternacht dem Morgen zu, schon leuchten die ersten Strahlen seiner purpurglühenden Röte auf am Himmel des Vaterlandes.“¹⁵⁴

Welche Folgen die mit einer bis dahin nicht gekannten Brutalität und Grausamkeit vorgenommene „Vernichtung der Demokratie“, die Unterdrückung der marxistischen Arbeiterbewegung und aller demokratischen Parteien und Organisationen für das deutsche Volk und für die ganze Welt hatte, ist allen [75] gut im Gedächtnis. Die Idee der „Abschaffung der Klassen“, der Errichtung einer „Volksgemeinschaft“ aber spielte sowohl vor der Errichtung der faschistischen Diktatur als auch danach eine äußerst verhängnisvolle Rolle. Diese Idee diente der raffinierten Verschleierung der eigentlichen Klassenfronten in Deutschland und des Klassencharakters des deutschen Faschismus. Mit Hilfe dieser Idee sollte der für die Aufrechterhaltung der Herrschaft, des Monopolkapitals gefährliche „Klassenkampf-Gedanke“ in der Arbeiterklasse ausgelöscht und die Gewinnung einer Massenbasis der herrschenden Klasse erleichtert werden. „Denn: Im Prozeß der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus wurde“, wie Manfred Weißbecker in seiner in dieser Reihe erschienenen Schrift „Entteufelung der braunen Barbarei“ feststellt, „die Gewinnung, Erhaltung und Festigung eines stabilen Einflusses auf größere Teile der Arbeiterklasse und andere Schichten der werktätigen Bevölkerung zu einer der Existenzfragen des Finanzkapitals. Ohne die Lösung dieser Frage konnte der deutsche Imperialismus nicht an eine Verwirklichung seiner strategischen und taktischen Ziele (insbesondere an die berüchtigte „Neuordnung Europas“ – H. Sch.) denken.“¹⁵⁵

Die Idee der „klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft“ taucht also in der Gegenwart nicht zum ersten Mal in der Geschichte des bürgerlichen Denkens auf. Es handelt sich, wie der obige kurze Exkurs gezeigt hat, auch nicht um eine harmlose, politisch bedeutungslose Idee; und wer geglaubt hat, daß sie hinlänglich kompromittiert sei und – auch in modifizierter Form – nicht mehr in der bürgerlichen Ideologie Verwendung finden würde, sieht sich getäuscht.

Ja, selbst wenn man annehmen wollte, daß ein und derselbe Denker im Laufe seines Lebens nicht zweimal der im Grunde gleichen Illusion vom Ausgleich der Gegensätze in der bürgerlichen Gesellschaft, von der Überwindung der Klassenspaltung im Rahmen dieser Gesellschaft verfallen kann, sähe man sich gründlich getäuscht. Liest man zum Beispiel Karl Dietrich Erdmanns Schrift „Das Verhältnis von Staat und Religion nach der Sozialphilosophie Rousseaus“ aus dem Jahre 1935 aufmerksam durch, so kann man die verblüffende Entdeckung machen, daß Erdmann offenbar schon damals von der Idee einer „Überwindung der Gesellschaftsspaltung in Klassen“ fasziniert war. [76] Die reaktionäre, konterrevolutionäre, ja faschistische Funktion dieser Idee in der damaligen Zeit völlig ignorierend, schrieb er in diesem Buch: „Die von Rousseau und der Französischen Revolution ausgehenden Prinzipien standen damit am Ende ihrer geschichtlichen Wirkungsmöglichkeit. Neue revolutionäre Ideen geben die Parole einer Überwindung der Gesellschaftsspaltung in Klassen durch Begründung einer modernen berufsständischen Ordnung mit politischer Funktion.“¹⁵⁶

Aber diese Ideen waren zu keiner Zeit revolutionär, sie waren das nur gemäß der damaligen faschistischen Sprachregelung, der sich Erdmann hier offensichtlich anschließt. Sie waren stets konterrevolutionär, denn

¹⁵³ W. Heinrich, Der Faschismus. Staat und Wirtschaft im neuen Italien, a. a. O., S. 138.

¹⁵⁴ O. Spann, Der wahre Staat, a. a. O., S. 252.

¹⁵⁵ [M. Weißbecker, Entteufelung der braunen Barbarei. Zu einigen neueren Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer, Berlin 1975, S. 29 \(„Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, hrsg. von Manfred Buhr, Heft 51\).](#)

¹⁵⁶ K. D. Erdmann, Das Verhältnis von Staat und Religion nach der Sozialphilosophie Rousseaus, Berlin 1935, S. 86.

anders hätten sie nicht in die faschistische Ideologie Eingang finden können. Über die reaktionären Absichten, die mit ihnen verfolgt wurden, haben diejenigen, die sie in den dreißiger Jahren für die faschistische Ideologie aufbereiteten, wie Spann, Heinrich und andere, auch nicht den leisesten Zweifel gelassen. Begeistert begrüßten sie zum Beispiel die faschistische „Ablehnung der demokratischen Wählerei“¹⁵⁷, das „Verbot von Streiks“¹⁵⁸, die Ersetzung des Grundsatzes der „Volkssouveränität“ ... durch jenen der „Staatsouveränität“¹⁵⁹ und bezogen auch auf außenpolitischem Gebiet extrem reaktionäre Positionen. So forderte zum Beispiel schon damals Spann die Eroberung Polens, Böhmens, Ungarns, Südslawiens (selbst Griechenlands)¹⁶⁰, von seiner unversöhnlichen Feindschaft gegenüber dem Marxismus und der Demokratie ganz zu schweigen.

Ideologische Zugeständnisse an die damalige Version einer „klassenlosen Gesellschaft“, einer „Volksgemeinschaft“ sind also – wie das in den ersten Jahren nach der Zerschlagung des Faschismus seitens bürgerlicher Historiker häufig geschehen ist – nicht dadurch zu entschuldigen, daß die Absichten und Ziele des Faschismus nicht zu erkennen, die Folgen seiner Machtergreifung nicht voraussehen waren. Vor allem aber ist der Faschismus von der Kommunistischen Internationale rechtzeitig genug analysiert worden. „Alle Tatsachen beweisen, daß es zwischen dem Erscheinen des Faschismus auf der politischen Bühne der kapitalistischen Gesellschaft und seiner gründlichen wissenschaftlichen Analyse durch die Kommunistische Internationale und die ihr angehörenden Parteien keine wesentliche zeitliche Verschiebung gegeben hat“,¹⁶¹ wie Manfred Weiß-[77]becker erst jüngst anhand des entsprechenden erdrückenden Tatsachenmaterials belegt hat.

Aber weniger diesen „Jugendirrtum“ gilt es Erdmann anzulasten als vielmehr die Tatsache, daß er die Thematik der „Aufhebung der Klassengesellschaft“ dreißig Jahre später wieder aufnimmt, ohne seine früheren Auffassungen und Illusionen in seinen heutigen Arbeiten mit einer Silbe zu erwähnen. Er nimmt sich in einer Rede zum Thema „Wissenschaft im Dritten Reich“ zwar nicht davon aus, Opfer einer „ideologischen Verführung“ geworden zu sein – „Es besteht im übrigen für niemanden; der jene Zeiten in Deutschland lebend überstanden hat, Anlaß, dies (die Auseinandersetzung mit dem Faschismus – H. Sch.) von einem erhöhten Podest aus zu tun“¹⁶² –, warnt sogar vor erneuter „ideologischer Verführung“¹⁶³, zieht jedoch aus seinen eigenen spezifischen Irrtümern der Vergangenheit nirgendwo die Konsequenzen.

Eine solche Haltung – wie übrigens auch der Versuch, ausnahmslos allen „Deutschen“ zumindest ideologische Kollaboration mit dem Faschismus vorzuwerfen und ihnen so die moralische Berechtigung einer Kritik am Faschismus abzusprechen – muß zutiefst befremden, denn, daß heute – wenn auch mit etwas anderen Mitteln, Schlagworten, Begründungen etc. – dem Wesen nach der bereits von faschistischen Ideologen unternommene Versuch wiederholt wird, die Existenz der Klassen *ideologisch* aufzuheben, der Arbeiterklasse das völlig falsche Bild einer „klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft“ zu suggerieren, ihr Klassenbewußtsein zu trüben und auszulöschen, kann wohl kaum „übersehen“ werden.

Einen möglichen „Ausgleich der Gegensätze“ innerhalb des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus behaupten wollen, eine Wende von der politischen Reaktion zur Demokratie als „gesetzmäßig“ ausgeben wollen aber heißt zugleich behaupten wollen, daß das Großkapital künftighin in der Lage sein wird, seine Herrschaft im Rahmen der bürgerlichen Demokratie aufrechtzuerhalten, daß es sich nie wieder Methoden der terroristischen Diktatur zuwenden werde, daß die Gefahr des Faschismus für immer gebannt sei, daß die Völker gegen diese Gefahr nicht mehr zu kämpfen brauchten. Diese Schlußfolgerungen brauchen nicht explicit von „Industriegesellschafts“-Theoretikern gezogen zu werden, sie drängen sich den Lesern [78] von selbst auf und üben dadurch eine um so nachhaltigere ideologische Wirkung auf sie aus. Der politisch harmlos scheinenden These vom angeblich möglichen „Ausgleich der Gegensätze“, von der angeblich möglichen Aufhebung der antagonistischen

¹⁵⁷ Siehe W. Heinrich, Der Faschismus. Staat und Wirtschaft im neuen Italien, a. a. O., S. 126.

¹⁵⁸ Siehe ebenda, S. 99.

¹⁵⁹ Siehe ebenda, S. 10.

¹⁶⁰ Siehe O. Spann, Der wahre Staat, a. a. O., S. 78.

¹⁶¹ M. Weißbecker, Entteufelung der braunen Barbarei ..., a. a. O., S. 34.

¹⁶² K.-D. Erdmann, Wissenschaft im Dritten Reich, Kiel 1967, S. 6.

¹⁶³ Siehe ebenda, S. 21.

Widersprüche des Kapitalismus im Rahmen dieses Systems selbst muß daher *heute* widersprochen werden, man kann die Widerlegung dieser These nicht der Zukunft, nicht zukünftigen, praktischen geschichtlichen Erfahrungen überlassen.

Denen, die – wie Erdmann zum Beispiel – eine neue, eine „Industriegesellschafts“-Variante der „bürgerlichen klassenlosen Gesellschaft“ vertreten, mag, wie wir abschließend bemerken möchten, die Erinnerung an die faschistische Variante aus begrifflichen Gründen peinlich sein. Peinlich aber scheint sie schon nicht mehr jenen Historikern zu sein, die, wie ein Joachim C. Fest, nach der Rehabilitierung der für den Faschismus verantwortlichen Kräfte nunmehr den Faschismus selbst zu rehabilitieren versuchen. Gerade dabei aber spielt, wie Manfred Weißbecker in seiner oben zitierten Schrift zeigt, die Volksgemeinschaftsdemagogie eine nicht unbedeutende Rolle.¹⁶⁴ So erblickt Fest das Verdienst der Faschisten unter anderem gerade darin, daß sie mit dieser Demagogie eine bis in die jüngste Zeit anhaltende ideologische Wirkung ausgeübt hätten. Denn „eine Art Bewußtsein einer Klassengesellschaft“ sei, wie Fest bedauert, erst „dank der Neuen Linken“ in den letzten Jahren in der BRD wiedererstanden.¹⁶⁵

Mögen die Nachwirkungen der faschistischen Volksgemeinschaftsdemagogie hier auch maßlos überschätzt, die in die gleiche Richtung zielenden ideologischen Bemühungen der Propagandisten einer modernen „klassenlosen Industriegesellschaft“ auch maßlos unterschätzt worden sein, Fakt ist, daß die Idee der „klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft“ auf Grund reaktionärer Klasseninteressen vom Autor weiterhin energisch verteidigt wird.

Was die von der bürgerlichen westdeutschen Historikerkunft plagiierten geistigen Urheber der „Industriegesellschafts“-Lehren selbst angeht, so sind sie angesichts der sich verschärfenden allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems und der unübersehbaren, ständig anwachsenden Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, zwischen imperialistischen Ländern und Entwicklungsländern sowie zwischen den imperialistischen [79] Ländern selbst in ihren Voraussagen über die Perspektive ihres Gesellschaftssystems vorsichtiger geworden. „So sind namhafte bürgerliche Theoretiker wie Rostow, Fourastié, die einst das Wirtschaftswachstum priesen und die ‚Industrie-‘ und ‚Konsumgesellschaft‘ als gesellschaftliche Entwicklungsphasen bezeichneten, in denen der wissenschaftlich-technische Fortschritt die entscheidenden gesellschaftlichen Widersprüche beseitigt, zu einer Korrektur ihrer Auffassungen gezwungen. Sie mußten zugeben, daß mit dem wirtschaftlichen Wachstum vergangener Jahre eine Zunahme der Antagonismen in ihrer Welt verbunden war, und suchen das Heil nun darin, ihre Grundkonzeption mit dem Streben nach der ‚Lebensqualität‘ zu verbinden.“¹⁶⁶

Das heißt, daß diese Ideologen zwar von der Illusion einer automatischen Aufhebung aller gesellschaftlichen Widersprüche des kapitalistischen Systems Abschied nehmen mußten, statt des allmählichen „Ausgleichs der Gegensätze“ ihre Verschärfung konstatieren mußten, daß sie aber nichtsdestoweniger aus durchsichtigen klassenbedingten Gründen die auf die Lähmung der gesellschaftlichen Aktivität der ausgebeuteten breiten Massen der Werktätigen berechnete Illusion zu verbreiten suchen, daß eine solche Aufhebung von Widersprüchen im Rahmen des bestehenden Systems zumindest im Prinzip nicht völlig ausgeschlossen sei, die Errichtung des Sozialismus folglich nicht unumgänglich notwendig sei. Die reale gesellschaftliche Entwicklung hat dem einstigen Optimismus der Propagandisten der „Industriegesellschafts“-Lehren zwar einen gehörigen Dämpfer aufgesetzt, sie aber dennoch nicht zur Aufgabe der Fiktion von der klassenlosen, von allen gesellschaftlichen Antagonismen befreiten bürgerlichen Gesellschaft bewegen können, die sich letztlich hinter der Parole einer möglichen „Erhöhung der Lebensqualität“ verbirgt. Denn: „Eine grundlegende Veränderung der Lebensweise erfordert eine ebenso grundlegende Veränderung der ökonomischen und sozialen Struktur der Gesellschaft. Sie kann nicht durch die wissenschaftlich-technische Revolution allein, ohne die soziale Revolution erreicht werden. Nur die Verbindung der politischen Revolution mit der in Wissenschaft, Technik und Produktion kann in unserer Zeit die Lebensweise der Menschen von Grund auf verändern.“¹⁶⁷ [80]

¹⁶⁴ Siehe M. Weißbecker, Entteufelung der braunen Barbarei . a. a. O., S. 73 f.

¹⁶⁵ Siehe „Die Zeit“, Hamburg, vom 12.10.1973.

¹⁶⁶ G. Langendorf, Bürgerliche Zerrbilder der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Einheit, 7/1975, S. 725

¹⁶⁷ G. Gleserman, Lebensweise und ideologischer Kampf, in: Einheit, 6/1975, S. 580.

6. Die Strategie der „Gegenprophetie“

Für die Anhänger des „deutschen Historismus“ ist es – wie es einer seiner Vertreter, Hermann Heimpel, im Jahre 1956 einmal formulierte – „eine Binsenwahrheit, daß der Historiker kein Prophet sei, und die nach 1914 eingetretenen Überraschungen haben die ältere Zuversicht des Prophezeiens erst recht entmutigt“.¹⁶⁸

In der Tat ist „die deutsche Geschichte“ – für ihre reaktionären bürgerlichen Chronisten, muß man hinzusetzen – „reich an schwer lösbaren Rätseln und an unglücklichen Wendungen“¹⁶⁹, wie ihr damaliger Mentor, Friedrich Meinecke, ein Jahr nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus feststellte. Die „unglücklichen Wendungen“ haben die bürgerlichen deutschen Historiker gelehrt, daß man vor allem mit der Voraussage, „einer großen Zukunft deutscher Weltmacht entgegenzugehen“¹⁷⁰, sehr vorsichtig sein muß, ja, daß es politisch vielleicht am klügsten ist, wenn man sich künftighin jeglicher Voraussagen enthält, wie es Gerhard Ritter in diesem Zusammenhang empfahl.

Der Schock, den die Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, die Entstehung eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden und einer ganzen Reihe ebensolcher Staaten in Europa bei den reaktionären westdeutschen Historikern ausgelöst hatte, spiegelte sich in einer völligen Ratlosigkeit gegenüber der Frage nach dem weiteren Verlauf der Geschichte wider: „Wohin wir schauen, ist das Ziel der Geschichte in Nebel gehüllt und die Antwort auf die Frage, wohin der Lauf der Geschichte treibt, schwieriger geworden“¹⁷¹, wie Theodor Schieder noch 1961 schrieb.

Niemand konnte und wollte unter diesen Umständen eine Prognose der Geschichte wagen. Die wenigen, die es – wie der englische Historiker und Geschichtsphilosoph Arnold J. Toynbee und seine Anhänger – dennoch wagten, kamen zu dem pessimistischen Schluß, daß der Untergang des „Abendlandes“ – ein Synonym für das kapitalistische System in Westeuropa und den USA – fast unvermeidlich sei. Ihnen wurde seinerzeit von Agnostikern und Positivisten wie Karl Popper in England und Gerhard Ritter in Westdeutschland klargemacht, „daß es keine wissenschaftliche oder geschichtliche oder philosophische Me-[81]thode gibt, die als Grundlage von ambitiösen geschichtlichen Voraussagen im Stile Spenglers dienen kann“.¹⁷² Man empfand keine Scheu, Toynbee und seine Anhänger mit denselben neukantianischen und neupositivistischen Argumenten zu attackieren, mit denen man den Marxismus und seine wissenschaftliche Voraussicht des Geschichtsverlaufs seit Jahrzehnten bekämpfte. Ja, man empfand auch keine Scheu, rein pragmatische Gründe für die Ablehnung einer *pessimistischen* Geschichtsprognose ins Feld zu führen: „Wenn nur hinreichend viele Menschen an den Untergang des Abendlandes glauben, dann wird das Abendland sicher untergehen; sogar auch dann, wenn es ohne diese Propaganda seinen Aufstieg weiter fortgesetzt hätte.“¹⁷³

Bezeichnend aber war, daß niemand daran dachte, die als „defaitistisch“ verunglimpft Prognose eines Toynbee – die, am Rande bemerkt, auf einer bemerkenswerten Diagnose der Krisenprozesse des imperialistischen Systems beruhte – etwa durch eine optimistische Prognose der Zukunft des „Abendlandes“ ad absurdum zu führen. So lehnte Erdmann einen solchen Optimismus und eine entsprechende Gegenprognose seinerzeit (im Jahre 1951) entschieden ab: „Es ist einfach, die lähmende Wirkung einer solchen Prognose zu beklagen. Aber die Gegenproklamation eines prinzipiellen Optimismus führt auch nicht weiter. Er ist philosophisch ebenso unbefriedigend und hält vor der Wirklichkeit nicht stand.“¹⁷⁴ „Es läßt sich wissenschaftlich nichts aussagen über das Woher und Wohin der Geschichte.“¹⁷⁵

¹⁶⁸ H. Heimpel, Unser Unbehagen an der Geschichte, in: „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ vom 29.9.1956.

¹⁶⁹ F. Meinecke, Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946, S. 5.

¹⁷⁰ G. Ritter, Wissenschaftliche Historie einst und jetzt. Betrachtungen und Erinnerungen, in: Historische Zeitschrift, 3/1966, S. 580.

¹⁷¹ Th. Schieder, Grundfragen der neueren deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift, 1/1961, S. 2.

¹⁷² K. R. Popper, Selbstbefreiung durch das Wissen, in: Leonhard Reinisch (Hrsg.), Der Sinn der Geschichte, München 1961, S. 108.

¹⁷³ Ebenda, S. 108. Siehe auch G. Ritter, Wissenschaftliche Historie einst und jetzt ..., a. a. O.

¹⁷⁴ K. D. Erdmann, Toynbee – eine Zwischenbilanz, in: ders., Geschichte, Politik und Pädagogik, Stuttgart 1970, S. 24.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 90.

Was die „prinzipiellen“ Einwände gegen eine mögliche Voraussage der Geschichte im Grunde wert sind, was über Ablehnung oder Befürwortung einer Geschichtsprognose im Lager des Antikommunismus letztlich entscheidet – erkenntnistheoretische Überzeugungen oder politisch-pragmatische Erwägungen –, das sollte sich jedoch sehr bald zeigen.

Bereits Mitte der fünfziger Jahre erschien bürgerlichen Historikern und Geschichtsphilosophen „die schwierigste Frage und die eigentliche Crux des gegenwärtigen Geschichtsdenkens“¹⁷⁶ in dem Problem zu bestehen: „Was soll nun aber der Heilserwartung des Marxismus (das heißt seiner Geschichtsprognose vom unausbleiblichen Sieg des Sozialismus – H. Sch.) in der westlichen Welt entgegengestellt werden, wenn nicht die christliche?“¹⁷⁷ Sollte man, mit anderen Worten, die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Voraussicht des Geschichtsprozesses weiterhin bestreiten, die marxistische Prognose als angebliche Prophetie – und mit ihr jegliche Voraussicht – ablehnen, oder sollte man den ideologischen Kampf gegen den Marxismus künftighin mit einer „Gegenprognose“ oder mit einer „Gegenprophetie“ führen? Die Frage blieb damals unentschieden.

Als reaktionäre Kräfte in der BRD ein Jahrzehnt darauf im Interesse der berückichtigten, auf die Einverleibung der DDR abzielenden „Wiedervereinigungspolitik“ Adenauerscher Prägung ein reaktionäres bürgerliches deutsches Nationalbewußtsein zu neuem Leben zu erwecken suchten, wurde das Problem der „Gegenprophetie“ erneut aktuell. Felix Messerschmid, seinerzeit Vorsitzender des Verbandes westdeutscher Geschichtslehrer, begründete die Forderung nach einer solchen „Gegenprophetie“ wie folgt: „Nicht nur eine gemeinsame Geschichte gehabt haben, sondern auch eine gemeinsame Zukunft begreifen in bedeutsamen Aufgaben – das ist es, was heute Nation eigentlich begründet. Solches Zukunftsbewußtsein – der Kommunismus lebt davon – haben wir noch nicht ...“¹⁷⁸ Allerdings wußte der Autor damals selbst keine „bedeutsamen Aufgaben“ anzugeben, die die deutsche Großbourgeoisie noch künftighin „gemeinsam“ mit der seit eh und je von ihr ausgebeuteten werktätigen Mehrheit des Volkes zu lösen hätte, ließ aber an der Art und Weise, wie derartige, noch zu formulierende „Aufgaben“ zu begründen seien, nämlich durch „eine eschatologische Notwendigkeit“¹⁷⁹, das heißt durch Berufung auf ein angeblich von Gott gewolltes und gesetztes Ziel geschichtlicher Entwicklung, keinen Zweifel. Nur unbescheiden und politisch unklug ist es für Messerschmid, wenn ein gewisser H. Berendt sagt, „in dem Reigen der abendländischen Volksgeister, die um Gottes Thron stehen“, sei auch jetzt wieder von unserem Volk eine ‚von Gott gewollte Sendung‘ zu erfüllen, nämlich ‚nicht nur geographisch‘, sondern auch geistig ‚die Mitte des Abendlandes zu sein‘.¹⁸⁰ „Etwas mehr Bescheidenheit“, bemerkt Messerschmid dazu, „würde wirksamere Politik ermöglichen.“¹⁸¹

Man kann über einen solchen religiös verbrämten politischen Größenwahn zwar lächeln, aber man muß derartige ideologische Manipulationen, die auf die religiösen Überzeugungen [83] und Gefühle breiter Massen spekulieren, durchaus ernst nehmen. Und das um so mehr, als hier an eine alte Tradition der religiösen Verklärung und Rechtfertigung des preußisch-deutschen Chauvinismus angeknüpft wird. Denn: „Daß Gott unserm Volke noch hohe Aufgaben zugewiesen hat“, daß die Nation zur Erfüllung eines Weltberufs ausersehen sei, ja daß nach dem Willen der Vorsehung ‚am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen‘ solle – dies waren – wie Karl Heinrich Höfele über das „Selbstverständnis“ des deutschen Bürgertums vor dem ersten Weltkrieg berichtet – „Überzeugungen, die immer wieder ausgesprochen wurden ...“¹⁸²

¹⁷⁶ W. Hofer, Geschichte zwischen Philosophie und Politik, Basel 1956, S. 171.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ F. Messerschmid, Die Nation in der politischen Bildung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 11/1966, S. 662 f.

¹⁷⁹ Siehe ebenda, S. 665.

¹⁸⁰ Zit. bei F. Messerschmid, a. a. O., S. 655 f.

¹⁸¹ Ebenda, S. 656.

¹⁸² K. H. Höfele, Selbstverständnis und Zeitkritik des deutschen Bürgertums vor dem ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, 1/1956, S. 52.

Ja, schon bei der Schlacht von Königgrätz habe – wie ein so bekannter Vertreter des „deutschen Historismus“ wie Heinrich von Treitschke ungeniert behauptete – „der Finger Gottes ... sichtbarlich aus den Wolken gewinkt“.¹⁸³

In seinem Buch „Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen“ hat Theodor Lessing diese „Propheten“ nach dem ersten Weltkrieg einer ätzenden Kritik unterzogen, an die hier aus gebotenen Anlaß erinnert werden mag: „Die nationalen Historiker orakeln dann billig als ‚rückwärts gewandte Propheten‘ (Treitschke) und geben unaufhörlich ihre *vaticinia post eventum* [„Weissagung vom Ereignis her] zum besten, offenbar immer ganz genau unterrichtet, was die göttliche Weltvernunft eigentlich gewollt hat ...“¹⁸⁴ „... auch trägt ihre lächerliche Selbstbezüglichkeit und Selbstgerechtigkeit keineswegs Scheu, als das schließliche Endfazit der vermeintlich urnotwendig im Übernatürlichen verankerten Entwicklung eben sich selber und die eigenen politischen, nationalen, ganz aktuellen europäischen Machtforderungen und Programme vorzufinden.“¹⁸⁵

Die „Methode“ des politischen Mißbrauchs religiöser Prophetien, der Berufung auf die „Vorsehung“ und auf eine von dieser geforderte „Mission“ zur Rechtfertigung bestimmt Aggressionsabsichten ist jedoch nicht originär preußischdeutsch, wengleich sie auch von preußisch-deutschen Historikern, wie Karl Heinrich Höfele in mehreren Publikationen nachweist¹⁸⁶, gekonnt gehandhabt und von damaligen reaktionären deutschen Philosophen wie zum Beispiel Nietzsche durch Negierung der Gesetzmäßigkeit des Geschichtsprozesses, durch Berufung auf das „Individualitätsprinzip“ und die Proklamierung des Agnostizismus – philosophisch „begründet“ [84] worden ist.¹⁸⁷ Bereits im Mittelalter rechtfertigten die Ideologen der verschiedenen Dynastien deren politische Zielsetzungen bzw. deren bereits erreichte Erfolge und Ziele durch Berufung auf angebliche Prophetensprüche, die sich nunmehr erfüllt hätten oder noch erfüllen würden. Jeder dieser Ideologen wies seinem Herrscher und dem von ihm repräsentierten Volk gewissermaßen eine eigene eschatologische Schlüsselfunktion bei der Verwirklichung des vorausgesetzten göttlichen Heilsplanes der Geschichte, bei der Erfüllung der eschatologischen Verheißung von der „einen Herde mit dem einen Hirten“ zu. Daß sich diese Sprüche gegenseitig widersprachen, machte offenbar niemanden stutzig. Uneingeschränkt galt die Devise, den Propheten des Gegners muß prophetisch geantwortet werden. Die Methode, nach der dabei verfahren wurde, war denkbar einfach: „Der erste Editor (des *Mirabilis liber*, 1. Auflage 1522, Paris) ruft neben einer Reihe anonymer Prognostikatorens fast die gesamte mittelalterliche Prophetenelite in den Zeugenstand, um sich aus ihren ganz oder, wenn es besser paßte, in Auszügen mitgeteilten Werken seine im Vorwort verkündeten Thesen bestätigen zu lassen. Danach werde der in kurzem erscheinende französische König die Herrschaft über alle Reiche der Erde ausüben.“¹⁸⁸

Dieses Beispiel führen wir nicht beiläufig oder aus bloßem historischen Interesse an, sondern um zu zeigen, daß nicht nur die Fürsprecher und Anhänger einer rein eschatologischen Geschichtsbetrachtung, wie Messerschmid oder Behrendt, aus dieser theoretischen Quelle schöpften, sondern auch ein Erdmann und die Anhänger seiner Methode, Prognosen „rückschauend“ zu betrachten, das heißt die Bestätigung für die Richtigkeit der Lehren von der „Industriegesellschaft“ im Eintreffen bestimmter Voraussagen eines Lorenz von Stein, und anderer zu sehen.

Denn womit wir es hier im Grunde zu tun haben, ist eine Rückbesinnung auf die oben dargestellte, unter den Vertretern des „deutschen Historismus“ eine Zeitlang umstrittene Devise: dem „Propheten“

¹⁸³ Siehe K. H. Höfele, Königgrätz und die Deutschen von 1866, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 7/1966, S. 409.

¹⁸⁴ Th. Lessing, *Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen*, München 1921, S. 50.

¹⁸⁵ Ebenda, S. 135.

¹⁸⁶ Siehe außer den zitierten Arbeiten auch K. H. Höfele, *Sendungsglaube und Epochenbewußtsein in Deutschland 1870/71*, in: *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte*, 3/1963.

¹⁸⁷ Siehe B. Kaufhold, *Zur Nietzsche-Rezeption in der westdeutschen Philosophie der Nachkriegszeit*, in: *Beiträge zur Kritik der gegenwärtigen bürgerlichen Geschichtsphilosophie*, hrsg. von R. Schulz, Berlin 1958, S. 295 ff., 302 ff., 373 ff., wo sich der Autor ausführlich mit der politischen Funktion der „Schicksals“-Idee, des „Missions“-Gedankens bei Nietzsche und bei modernen Philosophen wie Alfred Weber, Heidegger u. a. beschäftigt.

¹⁸⁸ D. Kurze, *Nationale Regungen in der spätmittelalterlichen Prophetie*, in: *Historische Zeitschrift*, 1/1966, S. 18 f.

– als welcher Marx von ihnen immer hingestellt wurde – muß prophetisch geantwortet werden! Lediglich die Methoden weichen in gewisser Hinsicht voneinander ab. Messerschmid, der die von preußisch-deutschen Historikern ausgiebig gehandhabte mittelalterliche Methode, Natio-[85]nalbewußtsein durch eschatologisch begründetes Sendungsbewußtsein zu erzeugen, rügte, stand seinerseits nicht an, die Prognosen der Konvergenztheoretiker von der letztlich „einheitlichen Industriegesellschaft“ – anders gesagt, vom Triumph der Konterrevolution im Weltmaßstab – heilsgeschichtlich zu „begründen“: „Der Europäer, geprägt von einer finalen Auffassung der Geschichte, erst recht der Christ, müßte wissen, daß dieser Entwicklung (nämlich zur „Einen Welt“, das heißt zur „klassenlosen bürgerlichen Gesellschaft“ im Weltmaßstab – H. Sch.) eine eschatologische Notwendigkeit innewohnt.“¹⁸⁹

Erdmann dagegen verzichtet zwar auf die Anrufung einer „eschatologischen Notwendigkeit“ – wie man den „Ratschluß Gottes“ pseudogelehrt umschreibt –, ruft aber die ganze alte bürgerliche „Prophetenelite“ – einen Lorenz von Stein, einen Tocqueville, einen Jacob Burckhardt, einen Max Weber – in den Zeugenstand¹⁹⁰, um sich aus ihren Werken – die er allerdings nicht einmal in Auszügen mitteilt! – seine Thesen, genauer gesagt, die der Autoren der „Industriegesellschafts“-Lehren, wie Bell, Schlesinger, Aron, Galbraith usw., bestätigen zu lassen. Der „feine“ Unterschied zur plumpen „Gegenprophetie“ eines Messerschmid und anderer ist vor allem darin zu sehen, daß einerseits Marx nicht als bloßer Prophet abqualifiziert wird, sondern als ein Wissenschaftler, der angeblich in einigen entscheidenden Fragen der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung „geirrt“ habe, daß andererseits nicht ausgesprochene Propheten in den „Zeugenstand“ bemüht werden, sondern eigentlich mehr Wahrsager, die zwar mit ersteren die Leugnung des deterministischen Prinzips in der Geschichte gemein haben, ihre Voraussagen jedoch nicht aus einer „eschatologischen Notwendigkeit“ ableiten.

Am Rande sei bemerkt, daß Erdmann gleichzeitig keine prinzipiellen Einwände gegen ausgesprochene Geschichtsprophetien hat, wenn er die in der Diskussion um Toynbees pessimistische Geschichts-„Schau“ seinerzeit allseits geschmähte „Universalgeschichte“ als Bemühen, die „Frage nach dem Sinnzusammenhang des Ganzen“¹⁹¹ zu beantworten, später zu rehabilitieren versucht: Obgleich „Planskizzen der Weltgeschichte mit einer Sinnrichtung des Ganzen ... auf ein Ziel gerichtet (sind), das nicht sichtbar ist, Schüsse ins Dunkle (sind)“, soll es für den bürgerlichen Historiker, wie Erdmann fordert, „ge-[86]genüber dem zum Beispiel, was Augustin, Kant und Marx zur Sinndeutung der Zukunft gesagt haben, ... kein Ausweichen in die Neutralität“¹⁹² geben. Daß Marx – hier mit einem ausgesprochenen Propheten wie Augustin auf eine Stufe gestellt – für Erdmann abzulehnen ist, bedarf keiner Frage. Es bleibt die Parteinahme für die eschatologische Geschichtsbetrachtung des Kirchenvaters Augustin oder für die teleologische Geschichtsbetrachtung eines Kant. Auf jeden Fall sind damit Eschatologie und Teleologie – wobei letztere im Grunde auch ein übernatürliches Prinzip in der Geschichte voraussetzt – als Mittel zur Beantwortung der Frage „Was wird aus uns allen?“, wie sich Erdmann ausdrückt, legitimiert.

Dieser Standpunkt ist nicht neu. Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Historiographie und spekulativer Geschichtsphilosophie – erstere beschreibt die Fakten, letztere liefert einen durchgehenden „Sinn“-Zusammenhang der Geschichte – wird von Erdmann lediglich bekräftigt. Außerstande, dem Wesen des Geschichtsprozesses mit ihrer historiographischen Forschung auf die Spur zu kommen, machen bürgerliche Historiker der spekulativen Geschichtsphilosophie immer wieder, bis in die jüngste Zeit hinein, derart wissenschaftlich verantwortungslose Zugeständnisse, wie auch Hans Schleier in seiner bereits mehrfach zitierten Analyse der gegenwärtigen bürgerlichen Historiographie der BRD nachweist.¹⁹³

Die Methode, Prognosen rückschauend zu betrachten, um die überlebte, anachronistische Herrschaft einer Gesellschaftsklasse, der Bourgeoisie, theoretisch zu rechtfertigen, ist wissenschaftlich unhaltbar. Wer wie Erdmann und die anderen Vertreter des „deutschen Historismus“ das Prinzip des

¹⁸⁹ F. Messerschmid, Die Nation in der politischen Bildung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 11/1966, S. 665.

¹⁹⁰ Siehe K. D. Erdmann, Die Zukunft als Kategorie der Geschichte, in: Historische Zeitschrift, 1/1964, S. 52 f.

¹⁹¹ Ebenda, S. 56.

¹⁹² Ebenda, S. 57, 59.

¹⁹³ Siehe H. Schleier, Theorie der Geschichte ..., a. a. O., S. 82, wo der Autor diese Haltung am Beispiel des Regensburger Ordinarius Heinz Angermaier darstellt.

Determinismus in der Geschichte generell leugnet, sollte von Prognose besser gar nicht reden, denn das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Falsche Propheten aber kennt die Geschichte des „deutschen Historismus“, wie seine Anhänger selbst bezeugen, zur Genüge; und die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre für den Imperialismus eingetretenen Überraschungen sollten, um Heimpels eingangs Zitierte Worte zu variieren, die ältere Zuversicht des Prophezeiens erst recht entmutigt haben. [87]

7. Überwindung der Krise des „deutschen Historismus“?

Erdmann trat als damaliger Vorsitzender des Verbandes der Historiker der BRD als einer der ersten dafür ein, daß die den theoriefeindlichen Traditionen des sogenannten „deutschen Historismus“ verhaftete Historikerzunft der BRD die diversen Theorien der „Industriegesellschaft“ nicht nur verbal akzeptieren, sondern sie auch zur theoretisch-methodologischen Grundlage ihrer historiographischen Arbeit machen sollte. Auf diese Weise sollte zumindest die Geschichte der neueren Zeit nicht länger als chaotische Anhäufung von Zufällen (in die der Historiker erst im nachhinein einen Sinn hineinträgt¹⁹⁴), als sinnloses, rätselhaftes, unerkennbares, unerklärliches und daher lediglich zu beschreibendes Geschehen dargestellt werden, sondern als ein Prozeß des allmählichen Ausgleichs der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, als ein Prozeß der allmählichen Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft, der damit auch für die Zukunft eine gesicherte Perspektive – ohne gesellschaftliche Erschütterungen, Kriege, Klassenkämpfe und soziale Revolutionen – verliehen würde.

Wie man sieht, handelt es sich hier im Grunde um den Versuch, den vom Marxismus-Leninismus wissenschaftlich bestimmten Inhalt unserer Epoche in sein Gegenteil zu verkehren. Inhalt der Epoche sollte nicht der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sein, sondern der Übergang der kapitalistischen Klassengesellschaft zu einer „klassenlosen“ kapitalistischen Gesellschaft. Mit dieser „neuen“ Bestimmung des Inhalts unserer Epoche glaubte man offenbar auch das Gesetz von der Ablösung der ökonomischen Gesellschaftsformationen widerlegt zu haben.

War der erste nach dem zweiten Weltkrieg unternommene Versuch einiger Philosophen und Historiker, der bürgerlichen Historiographie in der BRD eine Geschichts-„Theorie“ in Gestalt der religiösen Universalgeschichte Toynbees zu oktroyieren, noch aus den verschiedensten Gründen gescheitert¹⁹⁵, so gab die bürgerliche Historikerzunft diesmal ihren Widerstand auf. Dem Bedürfnis der herrschenden Klasse nach einer die weitere Existenz des Kapitalismus geschichtstheoretisch rechtfertigenden Konzeption konnte sie sich letztlich nicht [88] verschließen. Allerdings war sie auf Grund ihrer philosophischen Prämissen auch nicht in der Lage, zur „Erstellung“ einer Geschichtstheorie einen eigenen konstruktiven Beitrag zu leisten. „Ein Weltbild, eine Geschichtstheorie zu erstellen, ist aber die idiographische Historiographie unfähig, ihr eigenes methodologisches Prinzip (nämlich die Verabsolutierung des Individuellen, Besonderen und die Leugnung des Allgemeinen und Gesetzmäßigen – H. Sch.) steht ihr dabei im Wege. Daher kommt denn auch ihr Scheitern, ihr Versagen gegenüber den modernen Ansprüchen“¹⁹⁶, wie Othmar F. Anderle, ein Kritiker des orthodoxen Historismus, bereits 1957 in der Toynbee-Diskussion treffend bemerkt hatte.

Die „modernen Ansprüche“, das sind, wie Anderle richtig feststellt, Geschichtsbilder für größere Epochen und Räume. „Im Hintergrund stehen dabei“, wie er sagt, „stets unsere krisenbedrängte Zeit und ihre apokalyptischen Nöte. Auf ihre Fragen soll eine Antwort gefunden werden ...“¹⁹⁷ Beunruhigend war in diesem Zusammenhang vor allem die Tatsache, daß die marxistische Geschichtsauffassung indirekt nahezu das Weltbild der Hälfte der Menschheit beherrscht.¹⁹⁸

¹⁹⁴ Siehe H. Crüger, Der Verlust des Objektiven ..., a. a. O., S. 27 ff., wo sich der Autor speziell mit dieser Problematik und ihren erkenntnistheoretischen und Klassenwurzeln beschäftigt.

¹⁹⁵ Ausführlicher über diese Gründe siehe bei H. Schulze, Sozialdemokratismus zwischen Entideologisierung und Reideologisierung, Berlin 1973, S. 31 ff.

¹⁹⁶ O. F. Anderle, Das Integrationsproblem in der Geschichtswissenschaft, in: Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte, Bd. 15, 1957, S. 228.

¹⁹⁷ O. F. Anderle, Besprechung des Buches „Debates with Historians“, Groningen und Den Haag 1955, von Pieter Geyl, in: Historische Zeitschrift, Bd. 183, S. 331

¹⁹⁸ O. F. Anderle, Das Integrationsproblem in der Geschichtswissenschaft, in: Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte, Bd. 15, 1957, S. 215.

Die „Ansprüche“, von denen hier die Rede ist, sind allerdings so „modern“ nicht. Bereits nach dem ersten Weltkrieg, das heißt nach dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus, konstatierte Ernst Troeltsch, daß der Marxismus „das ganze konventionelle Bild der Historie langsam aufgezehrt“¹⁹⁹ habe, daß Krieg und Revolution die Haltlosigkeit der alten theoretischen Konzeptionen bewiesen hätten²⁰⁰, daß „eine ungeheure Sehnsucht nach Zusammenfassung des historischen Lebens zu einheitlichen Kräften und Zielen“ infolge der „Zersplitterung und Entleerung des historischen Bildes entstanden“²⁰¹ sei. Analog dazu führte Ferdinand Tönnies das „Wiedererwachen der Geschichtsphilosophie“, die der Forderung nach einer idealistischen, reaktionären Gegenkonzeption zum marxistischen Geschichtsverständnis Genüge tun sollte, darauf zurück, daß „das Gespenst der materialistischen Geschichtsauffassung (oder des historischen Materialismus) zu immer größeren Dimensionen angewachsen“²⁰² war.

Diese „Ansprüche“ werden jedoch in der derzeitigen, dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus weitaus dringender als je zuvor angemeldet. „Immer deutlicher rückt [89] der bürgerlichen Geschichtsschreibung“, wie Hans Schleier dazu feststellt, „auch ins Bewußtsein, daß dem Historischen Materialismus, dessen Anziehungskraft unter Studenten und Wissenschaftlern in den kapitalistischen Ländern unaufhaltsam wächst, nicht im theoretischen Klein-Klein, sondern nur mit Hilfe geschichtstheoretischer Gegenkonzeptionen wenigstens zeitweilig entgegengetreten werden kann. Der bekannte und vielzitierte Ausspruch Theodor Schieders, daß man den Historischen Materialismus mit seinen eigenen Waffen in Form der Strukturgeschichte bekämpfen müsse, bringt das stellvertretend für die historische Zunft zum Ausdruck ...“²⁰³

Die geschichtstheoretische Gegenkonzeption, zu der sich die bürgerlichen Historiker schließlich durchrangen, war die Theorie der „Industriegesellschaft“. Daß sie sie plagiierten, war das offene Eingeständnis ihrer eigenen ideologischen Sterilität, ihres Unvermögens, aus eigener Kraft ein „Weltbild“ bzw. eine Geschichtstheorie zu konstruieren.

Nach vielen Krämpfen und Kämpfen, die innerhalb der Zunft ausgefochten wurden, setzten führende bundesdeutsche Historiker letztlich durch, daß die einst als unvereinbar geltenden theoretischen Prämissen der bürgerlichen Soziologie und der bürgerlichen Historiographie eklektisch miteinander vermengt wurden und die bürgerliche Theorie der „modernen Industriegesellschaft“ in ihren verschiedenen Varianten von der Masse der bürgerlichen Historiker akzeptiert wurde. Erdmann leistete mit seinen Schriften dazu einen nicht zu unterschätzenden Beitrag.

Inzwischen haben in der BRD die tonangebenden Historiker eine gewisse Fertigkeit im Abschreiben und Umformulieren der von den Soziologen vorgestanzten Formeln der Industriegesellschaftslehren erlangt. Das bewies, wenn wir von Erdmanns Darlegungen einmal absehen wollen, auch Theodor Schieder in seinem Schlußvortrag auf der XXIX. Versammlung Deutscher Historiker in Regensburg am 7. Oktober 1972: „Der technische Staat beseitige das traditionelle Verhältnis der Herrschaft selbst, und in Anknüpfung an das modifizierte Wort vom Absterben des Staates sieht Schelsky durch die Konstruktion der wissenschaftlich-technischen Zivilisation ein neues Grundverhältnis von Mensch zu Mensch geschaffen, in welchem das Herrschaftsverhältnis seine alte persönliche Bezie-[90]hung der Macht von Personen über Personen verliert, an die Stelle der politischen Normen und Gesetze aber Sachgesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Zivilisation treten, die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungsnormen nicht verstehbar sind.“²⁰⁴

Daß das ein gelungenes Resümee der Anschauungen des Soziologen Schelsky ist, kann dem Historiker Schieder jederzeit bescheinigt werden. Darüber hinaus aber versuchen diese Historiker, wie wir das an Erdmanns Prognosen-Rückschau zu zeigen versuchten, auch „eigene“, spezifische Beiträge zur „historischen Untermauerung“ der „Lehren“ und „Theorien“ der Soziologen zu leisten. So führt

¹⁹⁹ E. Troeltsch, *Der Historismus und seine Probleme*, Tübingen 1922, S. 5.

²⁰⁰ Ebenda, S. 6.

²⁰¹ Ebenda, S. 5.

²⁰² F. Tönnies, *Troeltsch und die Philosophie der Geschichte*, in: *Soziologische Studien und Kritiken*, Zweite Sammlung, Jena 1926, S. 382.

²⁰³ H. Schleier, *Theorie der Geschichte ... a. a. O.*, S. 15.

²⁰⁴ Th. Schieder, *Wandlungen des Staates in der Neuzeit*, in: *Historische Zeitschrift*, 2/1973, S. 300.

Schieder in dem erwähnten Vortrag, von Schelsky ausgehend, den historischen „Nachweis“, daß Marx' Prognose vom Absterben des Staates in den kapitalistischen Ländern bereits eingetroffen sei, wohingegen der Staat in faschistischen und sozialistischen Ländern im Gegenteil ständig „totalitärer“ werde.

Dieser offenbar aus panischer Existenzangst resultierende Versuch, einen „eigenen“ Beitrag zum Ideologiebildungsprozeß der herrschenden Klasse zu leisten, ist grotesk und peinlich zugleich. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Stellt man nun die Frage, ob die Krise des „deutschen Historismus“ durch derartige Kompromisse mit der bürgerlichen Soziologie überwunden wurde, so kann man sie nur mit einem glatten Nein beantworten. Denn auch die theoretische „Anreicherung“ der auf dem Boden des „deutschen Historismus“ betriebenen Geschichtsforschung und Geschichtsdarstellung durch die „Industriegesellschafts“-Lehren der bürgerlichen Soziologie sowie die Setzung „eigener“ scharfer antikommunistischer Akzente in der Art der eben zitierten haltlosen Behauptung eines Schieder haben in bezug auf die *ideologische Massenwirksamkeit* reaktionärer bürgerlicher Geschichtsschreibung keine Wende herbeizuführen vermocht.

So wird von den Lehrern an den Oberschulen in zunehmendem Maße darüber geklagt, daß die Schüler an der Wissenschaftlichkeit der Geschichtsschreibung zweifeln²⁰⁵, daß sie mit der überkommenen Form der Geschichtsbetrachtung nichts anzufangen wüßten²⁰⁶, daß sie ein „völliges Unverständnis für die religiösen Triebkräfte der Bewegung (der Reformation – H. Sch.), gähnende Uninteressiertheit an den eigentlichen [91] Lehrstreitigkeiten“²⁰⁷ an den Tag legen, daß die Beschäftigung mit der Geschichte „für die heutigen Schüler ihre fraglose Gültigkeit und Verbindlichkeit längst verloren hat“²⁰⁸. Und so fällen sie, wie das aus den Zeilen eines Autors der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ zu entnehmen ist, ein im Grunde vernichtendes Urteil über die reaktionäre Geschichtsschreibung in der BRD immer wieder fragen gerade die kritisch wachsten Primaner nach dem Sinn der historischen Bildung.²⁰⁹

Ein ähnliches Bild bietet sich an den Universitäten. Hier regt sich, wie Hans Schleier in seiner Untersuchung feststellt, „zunehmend Kritik am traditionellen Wissenschaftsbetrieb, der das Hauptgewicht auf die Aneignung quellenkritischer Methoden und von Faktenwissen legte und die geschichtstheoretischen Fragen sträflich vernachlässigte. Dieser Zustand fiel insbesondere denjenigen Studenten ins Auge, die Geschichte neben Sozialwissenschaften studierten und teilweise durch diese bzw. durch das Kennenlernen des Historischen Materialismus auf grundsätzliche geschichts- und gesellschaftstheoretische Fragen gestoßen waren. Das illustriert das öffentliche Hervortreten der Hamburger Studenten 1970. Hamburg ist aber beileibe kein Einzelfall.“²¹⁰

Kennzeichnend für die Situation ist vor allem auch die Tatsache, daß sich sowohl Studenten als auch jüngere Historiker vielfach dem Marxismus zuwenden, um bei ihm Antwort auf die sie bewegenden theoretisch-methodologischen Fragen zu erhalten.

Die Situation war bereits 1971 so ernst geworden, daß zu ihrer Bewältigung eigens eine „Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland“ ins Leben gerufen wurde, die „der Öffentlichkeit zunächst eine Resolution zur grundsätzlichen Bedeutung und gesellschaftlichen Notwendigkeit der heute so bedrohten Geschichtswissenschaft“²¹¹ vorzulegen beabsichtigte, wie es dazu in einer Erklärung hieß.

Daß die reaktionäre Historiographie in der BRD durch die Adaption bürgerlicher soziologischer Modetheorien nicht an ideologischer Wirksamkeit gewinnen konnte, findet seine einfache Erklärung

²⁰⁵ Siehe H. Loevenich, *Geschichtsphilosophie im Unterricht?* in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 2/1968, S. 100.

²⁰⁶ Siehe H. Popp, *Kontaktstudium*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 2/1971, S. 96.

²⁰⁷ H. Maier, *Die Abwesenheit der Geschichte*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 5/1970, S. 265.

²⁰⁸ F. Lademacher, *Der Friede als Inhalt des Politischen und als politische Zielprojektion*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1/1971, S. 28.

²⁰⁹ Ebenda.

²¹⁰ H. Schleier, *Theorie der Geschichte ...*, a. a. O., S. 16.

²¹¹ Siehe: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 6/1971, S. 363.

darin, daß diese Theorien mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und dem Ausbruch [92] einer neuen zyklischen Krise des Kapitalismus selbst in zunehmendem Maße ihre wissenschaftliche Haltlosigkeit offenbarten.

Hierin sehen wir einen der Gründe dafür, daß sich in jüngerer Zeit ein gewisser Widerstand gegen eine zu enge Bindung an „Gesellschaftslehre“ oder „Sozialtheorie“ regt und allmählich mehr und mehr wieder auf die „methodologische Selbständigkeit“ der Historiographie, auf die Bewahrung der Traditionen des „deutschen Historismus“ orientiert wird, der völlig „voraussetzungslos“, das heißt vor allem ohne eine Theorie von der ihm gegenwärtigen Gesellschaft, an die Geschichte herantreten will.²¹²

Ein anderer Grund erhellt aus folgender Feststellung, die auf dem 29. bundesdeutschen Historikertag im Oktober 1972 getroffen wurde: „Schließlich gibt es pessimistische Beobachter, für die – angesichts dieses Trends (Geschichte durch Gesellschaftslehre zu ersetzen H. Sch.) und der immer mächtiger werdenden Suche nach globalen, zwar auch noch Vergangenheit und Gegenwart selektiv mit einbeziehenden, jedoch entscheidend auf eine ‚bessere Gesellschaft‘ in der Zukunft gerichteten Geschichtsdeutungen – allenfalls noch die Frage offen ist, ob sich schließlich der doktrinaire Marxismus-Leninismus vollkommen durch(setzt) (Satz bricht hier ab – H. Sch.).“²¹³

Aus dieser Bemerkung spricht die klägliche Einsicht, daß dem zunehmenden Einfluß des Marxismus-Leninismus und seiner wissenschaftlichen Geschichtserklärung offenbar auch mit Hilfe soziologischer Modetheorien nicht zu wehren ist. Das Aufwerfen soziologischer, geschichtsphilosophischer Fragestellungen, das Herantreten an die Geschichte von den Positionen einer Gesellschaftstheorie, die die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaft zu erklären beansprucht, begünstigt nach Meinung des Autors eher noch die Verbreitung des Marxismus. Offenbar befürchtet er, wie auch andere Historiker, daß eine Beschäftigung mit soziologischen, das heißt mit gesellschaftstheoretischen Fragen zum Abgleiten junger Historiker und Soziologen auf marxistische Positionen verführt. Deshalb macht er sich zum Fürsprecher einer politischen Geschichte – des traditionellen Gegenstandes des „deutschen Historismus – als „Gegengewicht zu dem gegenwärtig verabsolutierten Prozeß-[93]charakter der Geschichte“.²¹⁴ Politische, religiöse, ethische Ideen sowie der einst so oft vom „deutschen Historismus“ beschworene „Machtdrang“ sollen als eigentliche Triebkräfte der Geschichte wieder in ihre „alten Rechte“ eingesetzt, die „Wirtschaft“, genauer gesagt die materiellen, ökonomischen Interessen der Klassen, als eine Triebkraft unter vielen anderen in den Hintergrund gedrängt werden. So soll die – verbal zwar abgelehnte – „mit älteren Formen der ‚politischen Geschichte‘ verbundene Devise ‚Männer machen die Geschichte‘“²¹⁵ unter dem Deckmantel der wissenschaftlich ebenso haltlosen Faktorentheorie erneut als Waffe im ideologischen Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und seine wissenschaftliche Geschichtserklärung eingesetzt werden.

In ähnlicher Weise war der bekannte westdeutsche Historiker Golo Mann bereits ein Jahr zuvor auf dem Regensburger Historikertag gegen die angeblich vom „Neomarxismus“ infizierte bürgerliche Soziologie aufgetreten und hatte mit Nachdruck das das Einmalige, Unwiederholbare in der Geschichte verabsolutierende Individualitätsprinzip sowie die Verstehenslehre verteidigt und seiner Abneigung gegen „generalisierende“ Methoden in der Geschichtsbetrachtung freien Lauf gelassen.²¹⁶

Bei diesen Erklärungen handelt es sich nicht um die unmaßgebliche Meinung zweier Außenseiter.

Die von Hans Schleier vorgenommene gründliche Analyse der in jüngster Zeit unternommenen Versuche bürgerlicher Historiker, ihre Disziplin theoretisch-methodologisch „aufzurüsten“, das heißt, neue Methoden der Auseinandersetzung mit der marxistischen Geschichtsauffassung zu entwickeln, zeigt, daß sich die Tendenzen, die Eigenständigkeit der Historiographie wieder zu betonen und auf die verschiedenste Weise, zu begründen²¹⁷, sich von der Soziologie abzugrenzen, verstärkt haben und zugleich

²¹² Ausführlicher zu dieser Problematik siehe bei H. Crüger, Der Verlust des Objektiven ... , a. a. O., S. 75 ff.

²¹³ A. Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: Historische Zeitschrift, 3/1973, S. 529.

²¹⁴ Ebenda, S. 530.

²¹⁵ Ebenda, S. 536.

²¹⁶ Siehe H. Schleier, Theorie der Geschichte ..., a. a. O., S. 81 f.

²¹⁷ Siehe ebenda, S. 80, wo Schleier die Betonung der Eigenständigkeit der Geschichte direkt als die heute dominierende Tendenz bezeichnet.

zu einer bemerkenswerten Wiederbelebung alter, längst überholt geglaubter theoretischer Standpunkte des „deutschen Historismus“ geführt haben. Diese Analyse zeigt zugleich, daß sich die Diskussion unter bürgerlichen Historikern faktisch immer wieder im Kreise dreht, daß sie über die anachronistischen theoretischen Prämissen des „deutschen Historismus“ einfach nicht hinwegkommt. Da wird die Existenz von Gesetzen des Geschichtsprozesses rundweg abgestritten und damit auch die Möglichkeit einer Theorie der Geschichte [94] geleugnet, da wird die „Konstruktion“ der angeblich sinnlosen Geschichte zur Aufgabe des Historikers erklärt, die politische Geschichte zum vornehmlichen, wenn nicht eigentlichen Gegenstand der Geschichtswissenschaft deklariert, die Zweck-Mittel-Analyse als Methode einer angeblich möglichen unparteiischen Geschichtsdarstellung empfohlen, Ökonomie und Politik voneinander getrennt, die Aufmerksamkeit auf die Psyche der großen Persönlichkeiten als der angeblich entscheidenden Akteure der Geschichte gelenkt. Da wird der spekulativen Geschichtsphilosophie die Erklärung der von der Historiographie unbeantworteten Fragen übertragen, der Faktoretheorie das Wort geredet usw. usf. Daß alle diese alten theoretischen Prämissen aus dem Arsenal des „deutschen Historismus“ mit neuen Etiketten versehen werden, einen unserem wissenschaftlichen Zeitalter gemäßen modernen terminologischen Anstrich erhalten, ändert an ihrem Wesen nichts.

Massiert treten diese Auffassungen, wie Schleier nachweist, vor allem in den für die Ausbildung der jungen Historikergeneration bestimmten „Einführungen in die Geschichtswissenschaft“ auf.²¹⁸

Diese Aktivität legt den Schluß nahe, daß der bürgerlichen Historiographie nach Meinung vieler ihrer Repräsentanten der Ausflug in die Soziologie – für den sie seinerzeit selbst geworben hatten – schlecht bekommen ist. Heute erinnert man sich offenbar der Warnungen eines Gerhard Ritter auf dem Internationalen Historiker-Kongreß in Rom im Jahre 1955, jegliche Annäherung auch nur an die bürgerliche Soziologie zu unterlassen, da das in jedem Fall die Gefahr eines „Abgleitens“ auf materialistische, marxistische Positionen in sich berge.²¹⁹

Wenn auf dem Kölner Historikertag 1970 von einem Teilnehmer festgestellt wurde, daß „die deutsche Historikerkunft“ von Existenzangst geplagt wird, daß sie sich ihrer erkenntnistheoretischen Grundlagen nicht sicher ist, daß sie über Forschungsziele und didaktische Methoden uneinig ist²²⁰, so können die theoretischen Diskussionen, die in der Folgezeit stattgefunden haben, diesen Eindruck nur bestätigen. Diese Krise kann selbstredend auch nicht überwunden werden, indem man sich heute wieder auf die Positionen eines militanten, orthodoxen „deutschen Historismus“ zurückzieht. Damit mag zwar, wie auf dem Braunschweiger Historikertag 1974, der „Ein-[95]druck einer selbstbewußten und angreifenden Geschichte“²²¹ erweckt werden, die Krise der bürgerlichen Historiographie als Ausdruck und Element der Krise der bürgerlichen Ideologie kann jedoch auch auf diese Weise nicht überwunden werden.

Andererseits sehen gerade führende bürgerliche Historiker in der „Industriegesellschafts“-Theorie das zur Zeit einzig wirksame Mittel, um den Prozeß der in den letzten Jahren zunehmenden Differenzierung in der bürgerlichen Geschichtsschreibung aufzuhalten. „Die führenden bürgerlichen, einschließlich sozialdemokratischen Historiker versuchen, diesem Prozeß (der Differenzierung – H. Sch.)“, wie Gerhard Lozek dazu feststellt, „mit allen Mitteln entgegenzuwirken und mit einer nivellierten, allgemein verbindlichen Gesamtkonzeption – deren Kernstück die historische Komponente der Lehre von der Industriegesellschaft bildet –, den politischen und ideologischen Zielen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems zu entsprechen.“²²²

²¹⁸ Siehe ebenda, S. 83.

²¹⁹ So wies Ritter auf dem Internationalen Historikerkongreß 1955 in Rom jegliche Zugeständnisse bürgerlicher Historiker an die materialistische Geschichtsauffassung empört zurück: „Ich halte die weitverbreitete Vorstellung, das politische Leben sei primär von wirtschaftlichen Interessen bestimmt, für eine der größten und gefährlichsten Illusionen unserer Zeit.“ (G. Ritter, Zur Problematik gegenwärtiger Geschichtsschreibung, in: Lebendige Vergangenheit, München 1958, S. 270)

²²⁰ D. Bavendamm im Anschluß an den Kölner Historikertag 1970, „Die Welt“ vom 6.4.1970

²²¹ Siehe E. Schwalm, Bericht über den 30. Historikertag ... vom 2. bis 6. Oktober 1974 in Braunschweig, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 2/1975, S. 87.

²²² Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch, hrsg. von G. Lozek (Leiter) ..., a. a. O., S. 36 (zit. nach dem im Druck befindlichen Manuskript).

Auch diese Tatsache ist in Betracht zu ziehen, wenn man die Perspektiven der Entwicklung des Verhältnisses von Historiographie und Sozialtheorie in der BRD abzuschätzen versucht. Bestrebungen, die traditionelle methodologische Selbständigkeit der bürgerlichen Historiographie wieder stärker zu betonen, werden den um einer stärkeren ideologischen Wirksamkeit willen in der BRD seit längerem intensiv vorangetriebenen Prozeß des Zusammenwirkens der bürgerlichen Sozialwissenschaften zu dem kaum beeinträchtigen, geschweige denn aufhalten oder gar rückgängig machen. Das gemeinsame Interesse an einer optimal wirksamen ideologischen Bekämpfung des Marxismus-Leninismus veranlaßt die Vertreter der einst häufig miteinander rivalisierenden bürgerlichen Sozialwissenschaften, philosophische, theoretische, methodologische und sonstige Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen, sich über die ihnen am wirksamsten erscheinenden Methoden des ideologischen Kampfes gegen den Marxismus-Leninismus zu verständigen und derartige Methoden gegenseitig zu entlehnen. Die gegenwärtig anzutreffende Forderung, die im Arsenal des „deutschen Historismus“ aufbewahrten ideologischen Waffen wieder stärker gegen die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft ins Feld zu führen, muß also durchaus nicht auf eine prinzipielle Absage an das Zusammenwirken bürgerlicher [96] Sozialwissenschaften inklusive Philosophie, Soziologie und Sozialpsychologie, hinauslaufen. Daher sind, wie Gerhard Lozek im Hinblick auf eine marxistische Methodologie der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung und Geschichtsideologie sehr richtig fordert, auch künftighin „außer der Historiographie jene meist neueren bürgerlichen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen mit einzubeziehen, die wesentlichen Anteil an der Ausarbeitung und noch mehr Verbreitung der bürgerlichen Geschichtsideologie haben; das betrifft hauptsächlich die ‚Politische Wissenschaft‘ sowie die Kommunismusforschung – zu der auch die sogenannte DDR-Forschung zählt –, die einen erheblichen Anteil besonders an der Historiographie zur Geschichte seit 1917 und zur Zeitgeschichte haben. In interdisziplinärer Sicht sind auch die konzeptionellen Einwirkungen anderer bürgerlicher Sozialwissenschaften, namentlich der Soziologie, der Philosophie und Sozialpsychologie zu beachten.“²²³

Diese Forderung schließt keineswegs aus, daß die sich anbahnende methodologische Umorientierung reaktionärer bürgerlicher Historiker, genauer gesagt ihre Rückbesinnung auf Philosophisch-methodologische Elemente eines orthodoxen bürgerlichen „Historismus“ die stärkere Ausnutzung dieser Methoden im ideologischen Kampf gegen den Marxismus-Leninismus sorgfältig analysiert und der Auseinandersetzung mit diesen – *terminologisch* modernisierten – Methoden die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Was aber die Krise des „deutschen Historismus“ anbetrifft, so ist generell zu sagen, daß eine Historiographie, die sich – obgleich es ihre Vertreter zumeist zu leugnen und zu verschleiern versuchen – in der Darstellung der Geschichte von den Interessen einer reaktionären, historisch, zum Untergang verurteilten Klasse leiten läßt, eine Historiographie, die sich den Zielen des Antikommunismus unterordnet, ihre Krise nicht, überwinden kann. Daß sie – wie die bürgerliche Ideologie insgesamt – seit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus zunehmend an ideologischer Wirksamkeit einbüßt, daß sie demzufolge ihre eigenen theoretischen, Philosophischen Voraussetzungen ständig in Frage stellen, „korrigieren“ „modifizieren“, „reformieren“ muß, ist ein zwangsläufiger Prozeß, der sich aus der Vertiefung der Widersprüche des kapitalistischen [97] Systems und dem damit verbundenen Vordringen der sozialistischen Ideologie ergibt.

Dieses „Korrigieren“, „Modifizieren“, „Reformieren“ der theoretischen Grundlagen der bürgerlichen Historiographie ist schon seit langem – eigentlich schon seit dem Lamprechtschen Methodenstreit im vorigen Jahrhundert – nicht mehr von der Sorge um Wissenschaftlichkeit getragen – selbst bürgerliche Historiker sprechen heute von „hundert Jahre(n) nicht mehr überprüfter Wissenschaftlichkeit“²²⁴ –, sondern von der Sorge, im „Wettbewerb“ der Disziplinen um den größtmöglichen Beitrag zur ideologischen Beeinflussung der Werktätigen, und insbesondere der jungen Generation, einer Beeinflussung im Geiste des bestehenden Systems, im Geiste der Systemerhaltung, im Geiste des

²²³ Ebenda, S. 22.

²²⁴ A. Mirgeler, Staat, Nation, industrielle Gesellschaft und die Geschichtswissenschaft, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1/1968, S. 22.

Antikommunismus, den angestammten Platz zu behaupten und die eigene – heute erstmalig ernsthaft in Zweifel gezogene – Existenzberechtigung nachzuweisen.

Die Geschichte hat ihr Urteil über die bürgerliche. Ideologie im Grunde bereits gesprochen. Immer mehr Menschen wenden sich von ihr ab und suchen die theoretische Lösung der sie bedrängenden Probleme bei der sozialistischen Ideologie. Die Existenzkrise des „deutschen Historismus“ ist nur ein besonders augenfälliger Ausdruck der Krise der bürgerlichen Ideologie schlechthin, für die es kein Heilmittel gibt.